

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: vierteljährlich 3.50 RM, monatlich 1.10 RM, wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage.  
 Die Redaktion: 110 Weststr. 10. Postabonnements: 110 Weststr. 10. Postabonnements: 110 Weststr. 10.  
 Einträge in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse: Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsstelligen Adressen, je nach dem Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Besprechungen und Besprechungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt: Besprechungen 30 Pf. (zwei- bis dreizehnte Zeile), je nach weiterer Wort 10 Pf. (zwei- bis dreizehnte Zeile), je nach weiterer Wort 10 Pf. (zwei- bis dreizehnte Zeile), je nach weiterer Wort 10 Pf. (zwei- bis dreizehnte Zeile).  
 Die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 9. Mai 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

### Selbstverständliches.

In den „Sozialistischen Monatsheften“ beschwert sich Gerhard Hildebrand, der bekanntlich auf Antrag der Solinger Organisation aus der Partei ausgeschlossen worden ist, sehr lebhaft über dieses Vorgehen und in einem „Autodafé“ betitelten Artikel unterstützt Genosse Heine diese Beschwerde. Die liberale Presse bringt Artikel über „Rehergerichte“ und „Reinigungsunterdrückung“ und wenn man diese Auslassungen nicht zum tausendsten Male schon gehört hätte, würde man meinen, daß es in Deutschland nur einen Feind der Meinungsfreiheit gäbe, die deutsche Sozialdemokratie.

In die liberale Presse wollen wir dabei weiter nicht viel Worte verschwenden. Es ist ein lächerlicher Schwindel, wenn so getan wird, als ob eine Partei nicht das Recht hätte, von ihren Mitgliedern die Beachtung der Parteigrundsätze zu verlangen. Denn eben darin besteht ja gerade das Wesen einer Partei, daß ihre Mitglieder, die nach ihr in freiwilligem Entschluß beitreten, dies deshalb tun, weil sie die Ziele der Partei fördern wollen. Erkennt ein Parteimitglied, daß seine Ziele sich mit denen der Partei nicht mehr bedecken, so ist es eine Pflicht der einfachsten Loyalität, daraus die Konsequenzen zu ziehen und aus der Partei wieder auszutreten. Gerade das „Berl. Tageblatt“ hat seinen Parteigenossen gegenüber diesen Standpunkt mit aller Schärfe vertreten und es hat z. B. sehr kategorisch von Herrn Eichhoff verlangt, daß er wegen seiner reaktionären Haltung aus der Fortschrittspartei ausscheide. Ebenso verlangt das „Berl. Tageblatt“ immer wieder von der nationalliberalen Partei, daß sie ihre rechtsstehenden Elemente entferne — mit der zutreffenden Begründung, daß Leute, die die liberale Parteiorganisation nur dazu mißbrauchen, um antiliberalen, konserativen Politik zu machen, kein Recht hätten, dieser Organisation anzugehören. Und wenn ein Mitglied der Fortschrittspartei zu der wissenschaftlichen Ueberzeugung käme, daß die Forderungen des Rassenantimilitarismus berechtigt seien, so darf man vermuten, daß das „V. L.“ sehr energisch den Austritt oder Ausschluß — im Namen der Geistesfreiheit, versteht sich — fordern würde.

Wenn im Falle Hildebrand überhaupt ein Unterschied zwischen jenen anderen Fällen vorliegt, so höchstens der, daß die Differenzen, die die Herren Eichhoff oder die Oriola, Becker, Heyl usw. von ihren Parteien trennen, viel geringer sind als die Verschiedenheiten zwischen der Auffassung Hildebrands und der Sozialdemokratie. Nun sagt Genosse Heine allerdings, daß es sich in dem Kampfe gegen jene Liberale um Aktionen gehandelt habe, bei Hildebrand aber um Beschränkung der wissenschaftlichen Kritik. Dies ist aber durchaus irrtümlich. Wenn Hildebrand nur Kritik an unserer Theorie geübt hätte, es wäre, so wie es ja auch in der Tat geschehen ist, mit Gegenkritik geantwortet worden und niemand hätte einen Ausschluß für notwendig gehalten. Hildebrand hat aber aus seinen theoretischen Untersuchungen sofort die praktisch-politischen Konsequenzen gezogen. Er ist ein Gegner des Freihandels und befürwortet den Schutz Zoll, namentlich auch für die agrarische Produktion. Er lehnt die Mißförderung ab, fordert zwar gewisse demokratische Reformen im Seerwesen, ist aber auch ohne deren Bewilligung bereit, in außergewöhnlichen Fällen für notwendige Augenblicksfordernungen einzutreten. Er verurteilt die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie zur Kolonialpolitik und zum Imperialismus, erklärt die Erweiterung unseres Kolonialbesitzes für notwendig und geht so weit, die Forderung der bedingungslosen Erhaltung des Weltfriedens, die wir im Marokkofreie vertreten haben, als zu weitgehend zu bezeichnen. Hildebrand nimmt also in den wichtigsten Gegenwartsfragen eine der Haltung der Partei genau entgegengesetzte Stellung ein, und wenn etwas unbegreiflich ist, so nur das eine, daß ein solcher Mann bei der Partei bleibt, die er doch eigentlich bekämpfen müßte.

Aber, sagt Genosse Heine, Hildebrand meint ja nur, er hat ja nichts getan. Gedanken aber sind frei und nur den Handlungen ihrer Mitglieder kann eine Partei gewisse Sanktionen erteilen. Heine ist nur konsequent, wenn er betont, daß er z. B. auch gegen den Ausschluß Friedeberts wegen dessen anarcho-sozialistischer Ueberzeugung gewesen sei, eine Folgerung, die ja die liberale Presse allerdings nicht zieht. Genosse Heine scheint uns da aber nicht nur zu übersehen, daß das Wesen einer Partei notwendigerweise auf der Uebereinstimmung in den Grundanschauungen ihrer Mitglieder beruht — danach sondern sich ja eben die verschiedenen Parteien —, er faßt auch unserer Meinung nach den Begriff der Aktion ganz falsch auf. Die Aktion der Parteigenossen besteht ja nicht nur in der Abstimmung im Reichstag oder in einem anderen Vertretungskörper. Das Wichtigste ist vielmehr, daß das Mitglied einer Partei deren Forderungen unterstützt, für sie bei jeder Gelegenheit eintritt, die Anschauungen der Gegner zu widerlegen sucht und dadurch eben die Ziele der Partei fördert. Wenn Heine recht hätte, müßte es im Paragraph 1 unseres Organisationsstatuts von nun an heißen: Zur Partei gehört jede Person, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennet oder sie aufs schärfste bekämpft. Die Partei würde dadurch einfach zum Zusammenlag aller möglichen Konfusions-

räte und sozialen Quacksalber, die dadurch die nötige Resonanz für ihre Ansichten bekämen, die ihnen sonst fehlt. Dies ist auch in der Tat der Grund, weshalb manche Leute, die die Sozialdemokratie bekämpfen und ihre Grundanschauungen verworfen, trotzdem sich so sehr dagegen sträuben, die Partei zu verlassen. Sie verlieren dadurch den Widerhall vor allem in der gegnerischen Presse und darauf möchten sie nicht gerne verzichten. Die Rarität mancher Leute aber, die verlangen, daß die Macht und die Autorität einer Partei einfach zu ihrer Verfügung gestellt werde, damit sie desto bequemer die Anschauungen dieser Partei bekämpfen könnten, ist sicher kein Grund, daß die Partei sich selbst ihren Gegnern ausliefern.

Dieser klare Sachverhalt kann auch durch die Uebertreibungen nicht verhüllt werden, in die Genosse Heine leider verfällt. Er sieht den Fortschritt in den Parteianschauungen bedroht, wenn der wissenschaftlichen Kritik durch den Ausschluß aus der Partei Schranken gezogen werden, und er vergleicht den Parteiausfluß mit den mittelalterlichen Reherverbrünnungen und staatlichen Zwangsmahregeln. Aber abgesehen davon, daß zwischen Verbrennung und Einkerkelung einerseits und einem Parteiausflußes denn doch noch einige Unterschiede bestehen bleiben und zwei ganz verschiedene Sachen dadurch nicht identisch werden, daß man sie unter derselben Ueberschrift rubriziert, sind die Uebertreibungen Heines auch sonst ganz haltlos. Wir wiederholen, daß Hildebrand ja nicht wegen theoretischer Kritik, sondern wegen praktischer Stellungnahme sich von der Partei trennen muß. Aber selbst wenn die Grenzen für die Meinungsfreiheit in der deutschen Sozialdemokratie nicht so außerordentlich weit gezogen werden, wie sie es in der Tat sind, könnte die wissenschaftliche Fortentwicklung nicht im geringsten dadurch gehemmt werden. Die Sozialdemokratie hat wegen wissenschaftlicher Kritik an ihren Anschauungen noch nie jemanden ausgeschlossen. Wenn aber die wissenschaftliche Ueberzeugung eines Mannes ihn dazu führt, die sozialdemokratischen Anschauungen und damit die sozialdemokratische Politik für falsch zu halten und es ihm nicht gelingt, die Partei zu seinem Standpunkt zu bekehren, dann ist er eben kein Sozialdemokrat und gehört nicht in die Partei. Aber damit ist ihm doch auch wirklich noch nicht die Möglichkeit genommen, wissenschaftlich weiterzuarbeiten.

Seines Standpunkt würde in Wirklichkeit zu etwas viel Schlimmerem führen. Will er die Einheit im Handeln nicht aufheben, so muß er zum mindesten in allen wichtigen Fragen fordern, daß jemand, der die sozialdemokratischen Grundzüge verwirft, trotzdem sozialdemokratisch handelt. Das heißt aber etwas viel Unwürdigeres von ihm verlangen, als es die Trennung von der Partei ist. Deswegen meinen wir, daß der Ausschluß Hildebrands von der Partei in ihrer überwältigenden Majorität als Selbstverständlichkeit empfunden werden wird. Die liberalen Reinigungskämpfer, die wirklich anderswo weit bessere Gelegenheiten hätten, für Meinungsfreiheit zu kämpfen, werden da nicht viel Glück haben. Zu bedauern bleibt nur, daß Genosse Heine in einer ganz unmöglichen Konsequenzmachelei die selbstverständliche Grundlage jeder Partei, die gemeinsame Ueberzeugung, leugnet, und dadurch den Gegnern zu ihrem Kampf der Heuchelei die nötige Munition liefert. Vertreter der imperialistischen Politik sind in der Sozialdemokratie ebenso unmöglich, wie Vertreter des Ultramontanismus in der liberalen oder der Propagandisten des Atheismus in der Zentrumspartei. Nur wer das Wesen einer Partei völlig leugnet, kann dem Irrtum verfallen, für eine Partei unbefchränkte Meinungsfreiheit zu verlangen.

### Die Frauenerwerbsarbeit in der Industrie.

In Nr. 102 des „Vorwärts“ brachten wir bereits eine kurze Uebersicht über die Frauenerwerbsarbeit im Deutschen Reich nach der Bearbeitung der Berufszählungen von 1882, 1895 und 1907, die die statistische Beilage des „Correspondenzblattes“ der General-Kommission unter dem 27. April veröffentlichte. Der heutige Artikel enthält einen Auszug über die Frauenerwerbsarbeit in der Industrie.  
 In dieser Berufsabteilung wurden 1907 11 256 254 erwerbstätige männliche und weibliche Personen gezählt gegenüber 8 281 220 im Jahre 1895 und 6 306 465 im Jahre 1882.  
 Nach der 1882 erfolgten amtlichen Berufszählung hatte nach die Landwirtschaft nach Zahl der beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen die Führerrolle. Von 16 203 279 in den Hauptberufsabteilungen Landwirtschaft, Industrie und Handel und Verkehr festgestellten Erwerbstätigen, die in allen drei Zählungen über neun Zehntel der insgesamt erwerbstätigen Personen in Deutschland umfaßten, kamen 1882 auf die Landwirtschaft 8 236 496 oder 50,8 Proz., die Industrie 6 306 465 oder 39,5 Proz., das Handels- und Verkehrsgewerbe 1 570 318 oder 9,7 Proz. Für 1907 stellte sich dagegen das Verhältnis wie folgt: Erwerbstätig waren in der Landwirtschaft 9 883 257 oder 40,2 Proz., in der Industrie 11 256 254 oder 45,7 Proz. und in Handels- und Verkehrsgewerbe 3 477 626 oder 14,1 Proz.  
 Die größte Zahl aller beschäftigten Personen entfällt demnach heute auf die Industrie. Dagegen ist die Zahl der beschäftigten weiblichen Personen hier nicht so hoch als in der Landwirtschaft, weder absolut noch im Verhältnis zur Zahl der beschäftigten Männer.  
 Es wurden gezählt:

	1882	1895	1907
männliche Erwerbstätige	5 289 480	6 760 102	9 152 390
weibliche	1 126 976	1 521 118	2 103 924

Die relative Zunahme der Frauenerwerbsarbeit ist aber seit 1882 größer, als die der Beschäftigungsziffer männlicher Personen in der Industrie. Diese vermehrte sich um 3 882 841 oder um 73,7 Prozent, die Zahl der erwerbstätigen weiblichen Personen stieg dagegen um 976 948 oder um 86,7 Proz.

In der Ziffer über die Gesamterwerbstätigen sind sowohl die Selbständigen wie die Unselbständigen enthalten. Die letzten interessieren uns nun in höherem Maße, einmal der Zahl nach und dann auch, weil sich aus ihren Reihen in erster Linie die Mitglieder der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen rekrutieren. Die Veröffentlichung im „Correspondenzblatt“ soll auch in der Hauptsache den Zweck haben, die Zahl der organisationsfähigen Arbeiterinnen festzustellen.

Als solche wurden in der Industrie gezählt:

	1895	1907
männlich	4 950 788	7 008 585
weiblich	948 278	1 456 808
zusammen	5 899 064	8 465 393

Dieser Nachweis läßt sich für 1882 nicht erbringen, da die damals erfolgte amtliche Zählung eine Gliederung nach der Art der beruflichen Stellungen, wie sie für 1895 und 1907 erfolgte, nicht vorgesehen hatte.

Nabezu 1 1/2 Millionen sind also in der Industrie als Arbeiterinnen tätig. Sie verteilen sich auf die einzelnen Berufsgruppen in folgender Weise:

Berufsgruppen	Zahl der Arbeiterinnen	gegenüber 1895 mehr resp. weniger gezählt
Textilindustrie	456 908	112 153
Bekleidungsindustrie	375 735	184 128
Industrie der Nahrungs- und Genussmittel	172 616	67 317
Reinigungsindustrie	78 928	30 171
Industrie der Steine u. Erden	68 080	31 005
Metallerarbeitung	62 385	31 290
Papierindustrie	61 916	25 094
Poligraphische Gewerbe	33 372	19 520
Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate	82 992	23 058
Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	29 546	10 657
Chemische Industrie	22 883	8 509
Bergbau, Hütten- und Salinenwesen, Torfgräberei	19 148	8 577
Leberindustrie und Industrie leberartiger Stoffe	16 746	8 452
Daugewerbe	13 146	1 562
Industrie forstwirtschaftl. Nebenprodukte	7 663	8 571
Kunstlerische Gewerbe	980	1 592
Zahntechniker, Fabrikarbeiter, Gesellen u. Gehilfen, deren nähere Erwerbstätigkeit zweifelhaft bleibt	8 783	— 2 676

Von den 17 Berufsgruppen, welche die amtliche Statistik zur Berufsabteilung Industrie rechnet, ist also nur in einer ein Rückgang der Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen seit 1895 festzustellen. Dieser ist aber auch nur ein scheinbarer und rührt wahrscheinlich daher, daß es 1907 gelungen ist, für eine größere Anzahl Berufsgruppen die nähere Berufsbezeichnung festzustellen und ihren speziellen Berufsarten einzugliedern, als dies 1895 der Fall war. Alle übrigen Berufsgruppen weisen gegenüber den Feststellungen von 1895 Mehrbeschäftigung von Arbeiterinnen auf, oftmals sogar in erheblicher Höhe.

In der Textilindustrie, im Bekleidungsindustrie und im Reinigungsindustrie übersteigt die Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen die der Arbeiter. In den übrigen Berufsgruppen erreicht sie diese Zahl im günstigsten Falle nicht einmal zur Hälfte, ist aber trotzdem oftmals und namentlich für die Verhältnisse innerhalb der einzelnen Berufsgruppen von wesentlicher Bedeutung.

Hierüber gibt die Statistik ausführlichen Bericht und weist nach, daß Frauenerwerbsarbeit selbst in den Berufen noch immer in erheblichem Umfange anzutreffen ist, wo sie aus Gesundheitsrücksichten eigentlich gesetzlich verboten sein müßte. Leider ist auch für die Zukunft in dieser Beziehung keine nennenswerte Änderung des bestehenden Zustandes zu erwarten. Dort, wo nach der Novella zur Gewerbeordnung vom Dezember 1908 das Engagement von Frauen nach dem 1. April 1912 nicht mehr möglich ist, in Kofereien, bei dem Transport von Materialien auf Bauten aller Art, und im Bergbau über Tage bei der Förderung, beim Transport und bei der Verladung ist die Weiterbeschäftigung noch immer bis zum 1. April 1915 gestattet und in einigen anderen Berufsarten, in Steinbrüchen, Steinhauereien sowie in den Steinkohlenbergwerken, Zinn- und Bleibergwerken des Regierungsbezirks Oppeln, wo nach der Bundesratsbeschlusse vom 31. Mai 1909 eine Einschränkung der Frauenerwerbsarbeit nach dem 31. Dezember 1911 zu erwarten war, ist diese nach der Bundesratsbeschlusse vom 28. November 1911 mit Erlaubnis der höheren Verwaltungsbehörde „bis auf weiteres“ gestattet.

Bedauerlicherweise sind aber gerade die Organisationsverhältnisse in diesen Berufen so äußerst mangelhaft, so daß hierdurch und die weitgehenden Grenzen der Ausbeutungsmöglichkeit, dieser auch weiterhin Tür und Tor geöffnet sind.

Frauenerwerbsarbeit ist in der Hauptsache in den Berufen anzutreffen, welche die schlechtesten Arbeitsbedingungen haben, so vor allem in der Heimarbeiter. Bedauerlicherweise läßt die amtliche Statistik die Zahl der als Heimarbeiter tätigen männlichen und weiblichen Personen nur schätzungsweise feststellen. Einziger kommt, daß es überhaupt äußerst schwer, ja nahezu unmöglich ist, die Zahl der Heimarbeiter in vollem Umfange darzustellen. Hierdurch bleiben aber Tausende von erwerbstätigen Frauen als Erwerbsarbeiterinnen ungezählt. Im „Correspondenzblatt“ ist versucht worden, wenigstens annähernd in den Berufsgruppen mit erheblicher Heimarbeiter die Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen dadurch zu bestimmen, daß der Ziffer der Arbeiterinnen auch die der Hausgewerbetreibenden hinzugegerechnet wird, welche die amtliche Berufszählung als selbständige Gewerbetreibende gesondert aufzählt und außerdem die Zahl der mithelfenden Familienangehörigen angibt. Die

auf diese Weise gewonnenen Zahlen sind natürlich erheblich höher als die vorher angeführten. Sie ergeben für die hauptsächlich für Heimarbeit in Frage kommenden Berufe folgende Ziffern: Für die Textilindustrie 509 704, das Bekleidungs-gewerbe 478 379, die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe 41 005, die Nahrungs- und Genussmittelbranche 229 470 Personen.

Diese vier Berufsgruppen weisen auch die größte Zahl der durch die Statistik erfassten Nebenberufstätigen auf. 82,3 von je 100 insgesamt für die Industrie festgestellten Nebenberufstätigen entfallen auf diese Berufsgruppen. Es ist dies auch ganz natürlich. Bei den Nebenberufstätigen der Arbeiterinnen wird es sich eben in der Hauptsache um Heimarbeit handeln. Bei der Erwerbsarbeit, die Frauen — und namentlich verheiratete — im Hause ausüben, ist es äußerst schwer, festzustellen, ob es sich um eine hauptberufliche Erwerbsarbeit, um Nebenarbeit oder um Mithilfe bei der Arbeit anderer Familienglieder handelt. Frauen — und zwar nicht nur verheiratete — reden es sich so oft ein, daß ihre Erwerbsarbeit nur etwas zum Hinzuerdienen sei. Sie halten es deshalb auch nicht für nötig, sich ihrer Berufsorganisation anzuschließen und erschweren dadurch sich und anderen die Lebensbedingungen. Denselben Fehler begehen auch alle diejenigen, die da glauben, nur vorübergehend bis zur Heirat erwerbstätig zu sein und deshalb eine gewerkschaftliche Organisation nicht zu brauchen. Doch für die große Masse der weiblichen Erwerbstätigen die Arbeit eine dauernde Notwendigkeit geworden ist, ist von uns schon des öfteren bewiesen worden. Erhalten Beweis erbringt der Auszug aus der amtlichen Berufsstatistik mit dem Hinweis auf die Steigerung der Hyster verheirateter weiblicher Erwerbstätiger.

In der Industrie stieg diese Zahl seit 1895 um 78,7 Proz., die der Arbeiterinnen aber um nahezu das Doppelte, nämlich 92,5 Proz. 447 947 insgesamt erwerbstätige verheiratete Frauen weist die Berufszählung von 1907 auf, ohne die Verwitweten und Geschiedenen zu berücksichtigen. Gegenüber der Feststellung von 1895 bedeutet dies ein Mehr von 197 281. Als Arbeiterinnen gelten hier von 260 097 oder 120 292 verheiratete Frauen mehr als 1895 gezählt wurden.

Werden diese Zahlen die gesetzgebenden Räte erschöpfen im Reich und in der Gemeinde veranlassen, den gesetzlichen Maximumarbeitszeit für Frauen auf eine kürzere Zeit zu beschränken und Reformen des Schul- und Erziehungswesens anzustreben? Nach den bisherigen Erfahrungen werden auch die Resultate in bezug auf Zunahme der Erwerbsarbeit verheirateter Frauen kein Grund für die jegliche Mehrheit in den Parlamenten sein, in ihren Beschlüssen Rücksicht auf die Verhältnisse der heillosen Bevölkerung zu nehmen. Die sogar von Regierungsvertretern empfohlene weitere Einschränkung des Koalitionsrechtes durch Gerichts- und Polizeipraktik, die den Vertretern des Besitzes noch immer nicht weit genug geht, und die wieder geforderte Mehrbelastung des Volkes durch Steuern unter Schonung des Besitzes, liefern erneuten Beweis dafür, daß die Arbeiterklasse von der Einsicht der gesetzgebenden Körperschaften nicht ermannt darf. Ebenso wenig in wirtschaftlicher Beziehung von der Einsicht des Unternehmers.

Werden die arbeitenden Frauen darauf aber die richtige Lehre ziehen? Aus allem müßte sich für sie nur eins ergeben, die Ueberzeugung, daß ihr Platz ist an der Seite ihres Arbeits- und Klassen-genossen, um mit diesen gemeinsam zu kämpfen für Brot und Freiheit.

Die steigende Rißer der erwerbstätigen Frauen und die daraus für die Gesamtheit entsetzlichen Folgen liefert neben anderen Gründen aber auch die Forderung zu der am 12. Mai aufs neue zu erhebenden Forderung: Her mit dem Wahlrecht für die Frauen!

## Der Krieg.

### Schwierigkeiten bei der Darbanellöffnung.

Konstantinopel, 7. Mai. Die Arbeiten zur Entfernung der Minen aus den Darbanellen stehen infolge des schlechten Wetters auf Schwierigkeiten. Es heißt, daß der Kanal nicht vor einer Woche frei sein werde.

### Der Kleinkrieg auf Rhodos.

Konstantinopel, 7. Mai. Die Regierung veröffentlichte heute keine Meldung aus Rhodos. Ein Abendblatt bringt die Nachricht, der Wali Sudi Bey sei imstande, die Truppen, die sich in die Berge zurückgezogen haben, zu vereinen. Türkische Militärs führen nach verschiedenen Richtungen einen Guerillakrieg. Sie sollen über Lebensmittel und Munition verfügen, die für ein Jahr reichen. Den Blättern zufolge hat die Regierung beschlossen, die italienischen Kolonellen aus Smyrna auszuweisen.

Konstantinopel, 8. Mai. Nach Meldungen türkischer Blätter ist der Plan der Italiener, Rhodos zu zernieren und die Garnison zur Uebergabe zu zwingen, gescheitert. Die türkischen Truppen konnten sich nach erbittertem Widerstande in eine sichere Position zurückziehen. — Der Kaimakam der Insel Kos meldet, ein italienisches Torpedoboot kreuze in der Umgegend.

Rom, 8. Mai. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Rhodos: Der Zerstörer „Ditro“ hat im Hafen von Lindos den Wali von Rhodos und seine beiden Sekretäre gefangen genommen, als sie sich ankündeten, die Insel zu verlassen. Der Wali und seine Sekretäre werden bei der ersten Gelegenheit nach Italien geschickt werden. Vier türkische Offiziere und 23 Soldaten haben sich den italienischen Wopolen ergeben. Die Haltung der Bevölkerung ist ruhig und achtungsvoll.

Konstantinopel, 8. Mai. Minister Talaat hat soeben privatim eine Depesche des Walis von Smyrna mitgeteilt, in der gemeldet wird, daß nach einem Telegramm des Kaimakams von Narmariga die türkischen Truppen auf Rhodos die Italiener zurückgeschlagen und tausend Gefangene gemacht hätten. Die Italiener sollen zahlreiche tote verloren haben.

Also wieder das alte Spiel: auf beiden Seiten werden glänzende Siege erfodert und jede Partei erklärt die Meldungen der Gegenpartei als Lüge.

### Vom tripolitanischen Kriegsschauplatz.

Rom, 8. Mai. Aus Tripolis wird vom 7. d. M. gemeldet: Zur Verwirklichung der Befestigungen, die Laßkura mit Tripolis verbinden, haben gestern zwei Büge und dreißig Lastautomobile das erforderliche Material an Ort und Stelle transportiert. Die mit den Arbeiten beschäftigten Truppen wurden von einer Kavalleriebrigade sowie zwei Bataillonen Infanterie und einem Bataillon Artillerie gedeckt. Die Arbeiten wurden nicht gestört.

Nach einer Meldung aus Benghali stand eine kürzlich gebildete Eingeborenenarmee gestern früh zum erstenmal im Kampfe. In der Dase Garianis ließ sie auf verstreut liegende Gruppen von Beduinen und gestreute sie, wobei sie Beweise großen Muts ablegte.

### Schulen in Tripolitanien und in — Italien.

Rom, 6. Mai. (Fig. Ber.) Da die italienische Regierung jetzt mit so viel Wohlgefallen bekannt gibt, daß in Tripolitanien Schulen eingerichtet werden, dürfte es nicht uninteressant sein, sich wieder einmal darüber klar zu werden, wie es denn mit dem Volksschulwesen in Italien selbst bestellt ist. Da ersticht man zum Beispiel aus dem offiziellen Bericht des Generaldirektors für den Elementarschulunterricht, daß die Provinz von Reggio Calabria noch 75,7 Proz. Analphabeten zählt, die von Cosenza 70,2, die von Girgenti 75,1. Aber nicht nur in Subitalien ist die Zahl der Analphabeten hoch. Die Provinz Bologna weist 89,3 Proz. auf, Ferrara 82,5 und sogar Mailand noch 10,5. In Subitalien haben

von 2483 Gemeinden 1400 in ihren Budgets keinen Fonds vorgesehen, um mittellose Kinder die Bildungsmittel zu liefern, so daß die ganz armen Eltern von selbst darauf verzichten müssen, ihre Kinder in die Schule zu schicken. Außerdem kommt es vor, daß die Gemeindefullehrer Monate lang auf ihr Gehalt warten müssen, so die von Salina in der Provinz Messina seit nunmehr 16 Monaten. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß die Zahl der Lehrer, wenigstens der männlichen Lehrer, zurückgeht. Sie ist trotz der wachsenden Schülerzahl in den letzten sechs Jahren um 500 gesunken, so daß sich ein deutlicher Mangel an Lehrpersonal fühlbar macht. Nur gut, daß man anfängt, für Nordafrika Schulen zu schaffen. Dann können vielleicht die Araber eines Tages Italien mit Volksschullehrern versehen!

## Die Revolution in China.

### Das englische Unterhaus über die Kämpfe in Tibet.

London, 8. Mai. (Unterhaus.) In Beantwortung einer Anfrage über die Lage in Tibet erklärte der Parlamentssekretär im indischen Amt, Montagu, daß nach den letzten aus zuverlässiger Quelle stammenden Meldungen am 28. April in Chofa der Kampf zwischen Tibetern und Chinesen noch andauerte. Neunhundert Tibetern und dreihundert Chinesen seien getötet worden. Dem Vernehmen nach seien tausend Mann chinesischer Truppen von zehntausend Tibetern und zehntausend Mönchen, die als freiwillige Dienste taten, umzingelt. Die chinesischen Truppen hätten das Haus des Bruders des Dalai Lama besetzt und seine Frau und seine Kinder verhaftet. Der Tempel in Chofa, das Serakloster und der Palast des Dalai Lama seien nicht beschädigt, nur einige Gebäude im Süden der Stadt seien eingeschert worden. Der Tashi Lama solle sich in Shambajeng aufhalten.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Mai 1912.

### Interessante Abstimmungen.

Aus dem Reichstage, 8. Mai. Der Reichstag beendete zunächst die Debatte über die Mißsachefrage in den Schutzgebieten, wobei Genosse David Gelegenheit nahm, unseren Standpunkt gegenüber den Resten des Bülowblocks noch einmal zu präzisieren. Dann kam es zur namentlichen Abstimmung, wobei die Resolution der Budgetkommission, die die gesetzliche Anerkennung der Mißsachen fordert, mit 203 gegen 133 Stimmen angenommen wurde.

Dann wurde über die Anträge der Geschäftsordnungs-Kommission entschieden. Mit der überwältigenden Majorität von 265 gegen 67 Stimmen der Konservativen und ihrer Anhängel wurde in namentlicher Abstimmung der Antrag angenommen, der gestattet, daß an die Bepfändung einer Interpellation Anträge gestellt werden. Ebenso wurde der Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission angenommen, daß eine Gruppe nur dann als Fraktion gilt, wenn ihr 15 Mitglieder und Hospitanten angehören.

Es können also jetzt kurze Anfragen an die Regierung gerichtet und Anträge bei Interpellationen gestellt werden. Der Präsident verkündete, daß solche kurzen Anfragen bereits am nächsten Freitag zum erstenmal gestellt werden können und von da an jeden Dienstag und Freitag. Die Mitteilung an das Bureau über eine beabsichtigte Anfrage hat bis Mittwoch bezw. Sonnabend zu erfolgen.

Dann trat das Haus in die Beratung des Etats für das Reichshauptamt ein. Im Mittelpunkt der Debatte stand die sozialdemokratische Resolution, die die Befestigung der Unstimmigkeiten und Härten fordert, die sich bei der Einteilung der Drißklassen ergeben haben. Von unserer Seite wurde sie von Ebert nachdrücklich begründet. Genosse Landsherg forderte die Einreichung Ragdeburgs in eine höhere Drißklasse. Der nationalliberale Abgeordnete Zimmermann rief mit seinen Klagen über die schlechte Finanzwirtschaft Genossen Wolfenbühler auf die Tribüne, der die Schuld der bürgerlichen Parteien, nicht zuletzt die der Nationalliberalen, an der Finanzmisere des Reiches feststellte. Morgen: Fortsetzung der Etatberatung.

### Gewalt geht vor Recht.

Das preussische Abgeordnetenhaus beriet am Mittwoch in erster Lesung das sogenannte Besitzbefestigungsgesetz, dies neue Kampfgesetz gegen unsere polnischen Mitbürger. Jedoch mußte der Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schoeler in seiner einleitenden Rede das Fiasco der bisherigen Politik eingestehen, aber das tut nichts zur Sache. Unentwegt säreitet die Regierung und mit ihr die Landtagsmehrheit auf dem Wege weiter, der sich längst als ungangbar erwiesen hat. Immer neue Lasten bürden die gesetzgebenden Körperschaften dem Volke auf, um die Polen mit Gewalt zu lokalen Staatsbürgern zu erziehen. Und dabei haben die bisherigen Willkuren ihren Zweck völlig verfehlt, das Polentum ist nicht nur nicht zurückgegangen, sondern von Jahr zu Jahr weiter vorgegangen. Nun soll ganze Arbeit gemacht und der Kampf auf der ganzen Linie gegen Polen, Dänen und nebenher auch gegen die Sozialdemokraten aufgenommen werden.

Nichts hinzugelern und nichts vergessen! Das gilt in gleicher Weise für die Regierung wie für die sich national neunenden Parteien. Konservative, Freikonservative und Nationalliberale suchen sich im Galaktismus förmlich zu übertrumpfen; ja der Redner der Konservativen regte sogar die Ausdehnung der Vorlage auf die Provinz Brandenburg an. Mit juristischen Spitzfindigkeiten hemähten sich die Polenfreier um den Nachweis, daß die Vorlage nicht gegen die Reichsverfassung verstoße, obwohl die Verfassung klar und deutlich sagt, daß Deutsche in Deutschland nirgends am Grundrecht gehindert werden dürfen.

Recht sonderbar berührte die Haltung des Zentrums. Nichts war in den Worten des Abg. Klode von der grundsätzlichen Gegnerschaft dieser Partei gegen die Polenpolitik der Regierung zu merken. Bedinglich die Furcht, daß Katholiken dadurch geschädigt werden könnten, ist es, die die Stellungnahme des Zentrums diktiert.

Als entschiedene Gegner der Gewaltpolitik traten neben den Polen, Dänen und Sozialdemokraten auch die Fortschrittler auf. Für die Sozialdemokratie sprach Genosse Vorwardt, der einen Rückblick auf die bisherige Polenpolitik warf, ihre Ergebnislosigkeit, Erfolglosigkeit und Schädlichkeit allenkundig nachwies und mit Recht betonte, wie korumpierend eine Mahnahme wirken müsse, die die niedrigsten Instanzen der Gabyler auf Seiten der Unterdrückten erpede. Aus praktischen Gründen, aus Prinzip und aus Gründen der Menschlichkeit und Moral erklärte sich unser Redner dagegen, daß die Vorlage überhaupt einer Kommissionsberatung gewürdigt wird.

Donnerstag: Fortsetzung und Sekundärbahnvorlage.

### Die Nationalliberalen und die Stichwahl in Varel-Jever.

Der von den Nationalliberalen des Wahlkreises Varel-Jever gefasste Beschluß, sich bei der Stichwahl zwischen unserem Kandidaten

Hug und dem fortschrittlichen Kandidaten Biemer neutral zu verhalten, findet in der nationalliberalen Presse scharfe Beurteilung. Am Dienstag hat sich denn auch die nationalliberale Reichstagsfraktion für den fortschrittlichen Kandidaten Dr. Biemer ins Zeug gelegt und nachstehendes Telegramm abgefaßt:

„Herrn Dr. Barthelmeß, Varel (Oldenburg).  
Für die bevorstehende Stichwahl können wir unsere fortigen Parteifreunde nur dringend bitten, alle etwa vorhandenen Gerüchte und Vermutungen beiseite zu legen und einmütig für Herrn Dr. Biemer einzutreten. Möchte dieser Wahrspruch in letzter Stunde nicht unbeachtet verhallen. Wir bitten um Veröffentlichung dieses Telegramms in der dortigen Presse und mögliche Verbreitung unter den dortigen Parteifreunden.“

Der Vorstand der Nationalliberalen Reichstagsfraktion.  
Vorsitzmann. Prinz Carolath.“

Das Telegramm wird dazu beitragen, daß auf unserer Seite um so mehr dahin gearbeitet wird, den 111. Genossen in das Haus am Richtigplatz zu bringen.

Besonders anzufrieden ist die „Köln. Ztg.“ mit dem Beschluß der Nationalliberalen in Varel-Jever. Sie leistet sich folgende Kritik desselben:

„Zu unserer Bestriedigung können wir feststellen, daß die Wahlparole der Nationalliberalen in Varel-Jever nirgends in der nationalliberalen Presse Verständnis und Beifall gefunden hat, und daß auch die Blätter, denen man Hinnegung zur rechten Seite nachsagt, mit ihrem Tadel nicht hinter dem Berge halten. Daß die Nationalliberalen in einer Entscheidung zwischen Sozialdemokraten und Freisinnigen, wo es auf ihre Stimmen ausschlaggebend ankommt, unbedingt gegen die Partei des Umsturzes antreten würden, haben wir für ganz selbstverständlich gehalten und sogar der Meinung Ausdruck gegeben, daß auch der Bund der Landwirte, nachdem der Kampfschorn der allgemeinen Reichstagswahlen einigermaßen veräußert ist, auch seinerseits zu den alten Grundfäden der unbedingten Bekämpfung der Sozialdemokratie zurückkehren werde. Um so größer ist nun die Ueber- raschung, daß sogar die Nationalliberalen, die sich bei der Er- wähnung mit dem Bund der Landwirte nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen konnten, jetzt genau dieselben Liberalen und gefährlichen Reaktionen vertragen. Nationalliberale und Freisinnige haben selten in einem engeren und vertrauensvolleren Verhältnis gestanden als gerade jetzt. Sie haben bis auf wenige Aus- nahmen den großen letzten Wahlkampf gemeinsam geführt, und die Entwicklung der Dinge hat sie auch im Reichstag Schulter an Schulter gebracht. Dazu kommt für den Reichstagswahlkreis noch besonders, daß die Freisinnigen in dem Kandidaten Dr. Biemer einen Mann aufgestellt haben, der traditionell gute Beziehungen zu den Nationalliberalen unterhalten hat. Es liegt im Interesse des Ansehens der Nationalliberalen Partei, daß der Beschluß von Varel-Jever noch vor dem 9. Mai als ein Fehlbeschuß erklärt wird und der selbstverständlichen Aufforde- rung, mit ganzer Stärke gegen den Umsturz einzutreten, Platz machen muß.“

### Zwangstribut statt freiwilliger Spende.

Ueber die Nationalflugspende, für die zurzeit mit Hochdruck Propaganda gemacht wird, haben wir uns verschiedentlich geäußert. Handelte es sich lediglich um die Unterstützung eines Kultur- zwecken dienenden kulturellen Fortschritts, statt um die schlecht verkappte Unterstützung des Militarismus, so würden auch wir gegen eine Nationalspende zugunsten der Flug- technik nichts einzuwenden haben. Freilich würden wir in diesem Falle den Staat selbst für verpflichtet halten, das Nötige zur Förderung der Flugtechnik zu bewilligen.

Wie dem aber auch sei, auf alle Fälle sollten die Sammlungen für die Nationalflugspende sich aus durchaus freiwilligen Beiträgen zusammensetzen. Jeder Zwang auf die Geber sollte ausgeschlossen sein. Und doch erleben wir auch hier, daß wiederum die unlautersten Mittel kapitalistischer Beeinflussung angewendet werden, um die „freiwillige“ Spende für den Luft- militarismus zusammenzubringen.

Da sind es ausgerechnet die an der Flugspende in direktester Weise materiell interessierten Albatroswerke in Johannisthal, die ihre Arbeiter zu einem Beitrag für die Flugspende zu pressen versuchen. Hat die Leitung dieser bekannten Flugzeugfirma in Johannisthal doch folgende Bekanntmachung erlassen:

### Bekanntmachung.

Es dürfte allgemein bekannt sein, daß in Deutschland für eine sogenannte Flugspende gesammelt wird. Die Angestellten der Flugzeugfabriken, sowie die bei diesen Flugzeugfabriken beschäftigten Handwerker und Arbeiter haben natürlich das regste Interesse an dem Gelingen einer solchen Flugspende, und es dürfte deshalb auch nicht mehr als recht und billig sein, wenn ein jeder sein Scherlein dazu beiträgt, zumal diese Industrie ein auskömmliches Brot genährt.

Wir bitten deshalb einen jeden, auf angeheftete Blätter für diese Spende einen Betrag zu zeichnen, den er anzulegen denkt, und den wir bitten, nicht unter 25 Pf. zu bemessen. Wir werden die gesammelten Gelder mit der Bezeichnung: „Gesammelt von den Handwerkern der Albatros-Werke“ beziehungsweise „Gesammelt von den Angestellten der Albatros-Werke“ der nationalen Flugspende zuführen.

Die Angestellten der Albatros-Werke als derjenigen Fabrik, die bisher als die größte gilt, werden hoffentlich den andern mit einem gutem Beispiel vorangehen.  
Johannisthal, den 6. Mai 1912.

Albatros-Werke G. m. b. H.  
Vollhoff.

Diesem naiven Beeinflussungsversuch gegenüber ist in der Tat jede Kritik überflüssig. Ist es doch der Gipfel der — Rauidität, daß solch ein kapitalistisches Unternehmen, das seinen Arbeitern nur recht bescheidene Löhne zahlt (60—68 Pf. und nur ausnahmsweise 75 Pf. die Stunde), sich noch herausnimmt, diesen schlecht bezahlten Arbeitskräften Gelder für die Flugspende abzulöfen, die hinnen wiederum zur Bereicherung der kapitalistischen Interessenten der Flugzeugfabrikation dienen soll!

Es genügt wohl, einen solchen plumpen Erpressungsversuch anzumageln, um allen anderen Flugzeugwerkern von vornherein die Lust zu benehmen, in der gleichen Weise unter ihren Arbeitern Gelder für die Nationalflugspende einzutreiben!

### Die Post als Zensor.

In Wehrhar (Rheinland) wurde dem Absender einer Ansichtskarte diese wieder zurückgegeben mit dem Vermerk: „Unzulässig, zurück!“ Weshalb? Die Rückseite trug das bekannte Bild des französischen Künstlers Dore: Die Warzeilasse — also die Nachbildung eines hervorragenden Kunstwerkes. Hunderttausende dieser Karten sind schon in allen Kulturländern durch die Post verbreitet worden, ohne daß der Staat dadurch zugrunde gegangen ist.

Die Post sollte sich hüten, nach den Mustern der preussischen Polizei mancher Städte die Zensur zu üben, sie hat nicht das Recht, Postfachen von der Beförderung auszuschließen, sofern es sich nicht um pornographische Zeichnungen handelt. Vor allem aber hat sie die Hand von Kunstwerken zu lassen.

### Das Zentrum einft und jetzt!

Zu den fanatischen Militaristen gehört heute das Zentrum. Mit seinem Schwärmen für den Militarismus setzt es sich in

Widerpruch zu der entschieden antiklimaristischen Stellungnahme seiner Gründer.

Gewöhnlich, wenn die Zentrumsführer sich in Not befinden, beschwören sie die Geister der großen Führer aus der Kulturkampfzeit. Das soll speziell die Arbeiter, die mit der Sozialpolitik des Zentrums unzufrieden zu sein sehr oft Veranlassung haben, in eine Stimmung versetzen, aus der heraus sie im Interesse der Kirche alles Ungemach über sich ergehen lassen. Beim besten Willen können die Zentrumsführer aber für ihren Militarfanatismus keinen der Großen als Vorbild in Anspruch nehmen. Im Gegenteil, gerade die veränderte Haltung in der Frage des Militarismus beweist deutlich, daß das Zentrum von heute andere Bahnen wandelt als seine Vorgänger. Es ist eine ausgesprochen kapitalistische Partei geworden, die den religiösen Mantel nur benutzt, um den verheerenden Arbeitern ihren wahren Charakter zu verbergen. Nun hat es sich auch mit Haut und Haaren dem Militarismus verschrieben. Je volksfeindlicher das Zentrum wird, um so mehr segelt es in das Fahrwasser der großkapitalistischen Scharfmacher und Kriegsheher.

Die großen Zentrumsführer bekämpfen den Militarismus als Feind des Volkes; sie erkennen ihn ganz richtig als das gefährliche Instrument der herrschenden Sippe. Bei einer großen Militärdebatte im Reichstage am 14. April 1874 präzisierte der Abg. v. Malinowski den Standpunkt des Zentrums in der Abstimmungsfrage mit folgenden Darlegungen:

„Man sagte früher, der Leib sei zu schmal und die Rüstung sei zu groß für Preußen; wenn aber erst Deutschland geeinigt sei, dann würden sich die Dinge ändern; die Lasten würden leichter zu tragen sein. Und was ist die Wahrheit? Wir haben mehr Rekruten, wir brauchen mehr Geld, wir fordern längere Dienstzeit, und Deutschland, das geeinigt, wandelt sich jetzt insofern in einen Militärstaat um, und die Folgen davon sind nicht ausgeblieben und werden nicht ausbleiben. Der Begriff des Militarismus nimmt mehr und mehr Gestalt und Fleisch und Blut an. Die ungeheure Summe der fünf Milliarden — wieviel ist heute davon übrig? Wieviel davon ist verwendbar gefunden worden für andere als militärische Zwecke? Man hat Eisenbahnen gebaut, aber Eisenbahnen in erster Linie als Militärbahnen. Reine Herren, wenn es sich heute um ähnliche Fragen handelt, wenn es sich in dem einen oder dem anderen größeren Orte um einen Streit handelt über Bahnhofsanlagen und dergleichen, — gar häufig sind es militärische Gesichtspunkte, die sich den Forderungen des bürgerlichen Interesses entgegenstellen. Sehen Sie sich um in der zahlreichen Beamtenwelt, in dem Subalternpersonal, — überall begegnen Sie alten Soldaten, und die Rücksichten auf die Armeen nehmen auch für jenes Gebiet einen der ersten Plätze ein. Sehen Sie sich um in der Richtung des Unterrichts, — auch da findet sich in der Armee, dem Militärstaate, das Ideal, welches schon der Jugend vorgezeichnet wird. So durchdringt der militärische Gedanke alle Verhältnisse des Volkes.“

Nun hat der imperialistische Koller das Zentrum erfasst. Selbst in den Blättern der katholischen Arbeitervereine treibt es sein Unwesen. Das einst als Teufelswerk bekämpft wurde, das soll nun der Arbeiter gläubig anbeten. So liest man in der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, das Organ zahlreicher katholischer Arbeitervereine — Nr. 18 — folgendes:

„Noch harzt ein Teil der Welt der Erschließung für europäisches Kulturschaffen (Kleinasien, Persien, China). Dem werden die Tore zuerst geöffnet werden, welche Nation wird den Löwenanteil nach Hause tragen? Diejenige, die die Macht hat. Wer nichts einzusehen hat, hat nur zu verlieren.“

So orakeln die ultramontanen Staatsmänner von heute! Ganz anders argumentierte der große Führer Windthorst. Zur Begründung der Forderung, das Militärbudget zu ermäßigen, sprach er sich am 11. Januar 1875 im Reichstage wie folgt aus:

„Das wird mit niemand bemeinen, daß eine Armee wie die jetzige dauernd erforderlich sein wird. Und wäre sie das, dann wäre dies für Deutschland wahrlich eine traurige, sehr entsetzliche Perspektive. Denn immer in diesem Feldlager zu bleiben, in dem wir uns heute befinden, das wäre gewiß kein normaler Zustand. . . Ich bin der Überzeugung, daß nicht allein Deutschland, sondern daß ganz Europa mehr und mehr sich zu einem Feldlager ausbildet, und daß es eine Korheit ist, das nicht anerkennen zu wollen. Der Versuch, dieses Feldlager zu perpetuieren, wie es jetzt . . . gemacht wird, kann nicht genug bekämpft werden.“

Die Wichtigtuer in der M.-Gladbacher Zentrale sind klüger, die versehen dem toten Zentrumsführer noch moralische Fußstapfen. Wird doch in dem angezogenen Artikel der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ weiter ausgeführt, daß die Nation die „schlaueste“ gewesen sei, die bisher am meisten gerüllet. Nun weiß man's! Die alten Zentrumsführer waren — nach der Logik der Wiesbarts und Konforten — Dummköpfe — oder bewußte Vaterlandsverräter, die Deutschland schwächen und dem Erbfeinde ausliefern wollten!

Die Zentrumsführer praktizieren mit ihrem Militarfanatismus zwar den Panzerplattenpatrioten Millionen-gewinne in den Sädel, aber das geschieht auf Kosten der armen, betrogenen Arbeiter. Das hübsch charakterisierte das der Abgeordnete Freiherr v. Schöckler am 11. Januar 1875 im Reichstage. Unter anderem bemerkte er: „Das Militärbudget ist sozusagen das Hah der Danaiden; wir werfen in jedem Jahre neue Millionen hinein, aber ausfüllen können wir es nicht. Erschöpft wird nur der Sädel der Steuerzahler.“

Kögen die Steuerzahler bluten, wenn nur das Kapital gut dabei fährt und die heutigen Zentrumsgrößen sich in der Gnadenfanne der Junker, Scharfmacher und der Regierung wärmen dürfen.

### Gefinnungsschnüffelei.

Die preussische Eisenbahnverwaltung hat der eifässigen Maschinenbau-Gesellschaft in Gelsenkirchen die Lieferungen für die preussischen Staatsbahnen im Betrage von jährlich 8 Millionen Mark entzogen, weil der Direktor angeblich deutschfeindliche Gefinnungen hegt. Der Vorkauf wurde kürzlich schon in der Ersten Kammer kritisch besprochen und beschäftigte Dienstag den Landtag in fünfständiger, ständischer Sitzung. Von verschiedenen Seiten war die Regierung interpelliert worden über diese Gefinnungsschnüffelei und über das Eingreifen der preussischen Regierung in die industriellen Verhältnisse Gelsenkirchens. Unter ständischem Vorfall der gesamten Kammer wurde von allen Rednern das Verhalten der preussischen Eisenbahnverwaltung, die von der Maschinenfabrik die Entlassung des Direktors gefordert hat, wenn sie die Aufträge weiterhin erhalten will, aufs schärfste kritisiert. Aber auch die eifässige Regierung bekam sehr scharfe Worte zu hören, weil sie nicht nur den Mittelmann bei der Gefinnungsschnüffelei gemacht hatte, sondern auch auf eigene Faust Erhebungen über die Gefinnung und die politische Betätigung der Kreise angestellt hatte, die mit der Gelsenkircher Maschinenfabrik in Beziehungen stehen. Es wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die der Regierung Mißbilligung auspricht, und ein Zusatzantrag der sozialdemokratischen Fraktion, durch den auch die Gefinnungsschnüffelei verurteilt wird, fand die starke Mehrheit der Kammer.

### Branntweinsteuergesetz und Spiritus-Zentrale.

Die „Ndn. Zig.“ veröffentlicht eine Zuschrift, die die Spiritus-Zentrale in schärfster Weise kritisiert. Nicht durch Warenknappheit sind die letzten Preissteigerungen zu begründen, „wenn auch die durch das Gesetz von 1909 künstlich hervorgerufene Produktionsbeschränkung infolge Einführung des Durchschnittsverbandes und des Vergällungs-zwanges ohne Rücksicht auf schlechte Erntejahre die Spiritus-bestände stark beeinträchtigt hat“. Die Zentrale hätte es ja leicht in der Hand gehabt, die Maisbrennereien durch Erhöhung des Abschlagspreises (des den Brennern gezahlten Preises) zur Mehrerzeugung zu veranlassen. Die eigentlichen Absichten der Zentrale werden vielmehr durch zwei Artikel des mächtigen süddeutschen Großbrenners Rob. Sinner verraten. Der erste Artikel wendet sich gegen die Liebesgabe, der zweite redet dem Staatsmonopol das Wort. Auf das Kommen des Monopols bereitet man sich in der Zentrale nach allen Richtungen vor, um bei der Uebernahme der Regierung die Bedingungen diktieren zu können. So trägt sich die Zentrale „mit der Absicht, den bis Oktober 1918 bestehenden Vertrag mit den ihr angeschlossenen Brennereien jetzt schon auf 20 bis 30 Jahre zu verlängern“. Auch die dauernden Preis-erhöhungen dienen nur dazu, später vom Staat einen möglichst hohen Preis zu erzwingen. Allein innerhalb der letzten neun Monate sind die Preise um 44 Proz., seit Bestehen der Zentrale um etwa 100 Proz. in die Höhe getrieben worden. Der Auslandspiritus bewegte sich in den letzten Jahren nur zwischen 18 M. und 25 M., während der Preis in Berlin seit August 1911 von 52,90 M. auf 76,50 M. gestiegen ist. „Es ist nun zu natürlich, daß durch ein solches Preisverhältnis zwischen In- und Ausland viele Industrien geradezu gezwungen werden, ihre Betriebe ins Ausland zu verlegen.“

Eine Wirkung der hohen Preise war, daß die Destillateure den Alkoholgehalt ihrer Spiritusate verringerten. Dagegen suchte die Zentrale einen bestimmten Alkoholgehalt zu erzwingen. Nachdem 1909 die Festlegung des Mindestalkoholgehalts vom Reichstage abgelehnt war, veranlaßte sie nunmehr 1911 die Nahrungsmitteleisenwerke, auf Festlegung eines Mindestalkoholgehalts der Viskose zu drängen. In den zu diesem Zweck einberufenen Versammlungen versuchten die Direktoren der Zentrale einen möglichst hohen Mindestalkoholgehalt zur Annahme zu bringen. In den neuen Gezeigentwurf ist ja auch seine Festlegung auf 25 Proz. hineingelommen:

„In welcher Weise die Zentrale zum Zweck der vollständigen Beherrschung des Marktes und der ganz unabhängigen Preisbestimmung vorgeht, erhellt noch aus folgender Mitteilung, die uns aus den Kreisen rheinischer Destillateure und Brenner zugegangen ist. Hiernach hat die Spirituszentrale an den Rheinischen Destillateureverband das Ansuchen gestellt, er möge dafür sorgen, daß die ganze Produktion der noch ausstehenden, d. i. dem Ring nicht angeschlossenen rheinisch-westfälischen Brennereien, bis 1918 aufgelöst würde. Sich sträubende Brennereien sollen einfach boykottiert werden. Die Spirituszentrale bemerkt dabei, sie könne diese Maßnahme nicht selbst ergreifen, da ja diesen noch ausstehenden Brennereien bedeutend höhere Preise zu zahlen wären als die der Zentrale bereits angeschlossenen Brenner erhalten und dies würde bei den letzteren natürlich böses Blut machen.“

Wenn diese Mitteilungen der Wirklichkeit entsprechen, erklärt die Politik der Schnapsbrennereizentrale eine neue Beleuchtung. Aufgabe des Reiches ist es, der geplanten Schröpfung seiner Klassen schon jetzt zu begegnen und das Branntweinsteuergesetz der Schutzbestimmungen privater Profitgier zu entleeren.

### England.

#### Kombinationen.

Paris, 8. Mai. „Echo de Paris“ veröffentlicht unter dem Titel: „Die Unterhandlungen mit Deutschland und die Verletzung des Barons Marischal“ ein längeres Telegramm aus London, welches die ganze Geschichte der deutsch-englischen Unterhandlungen zusammenfaßt, wie sie sich nach der Reise Lord Haldanes nach Berlin gestaltete. Es heißt darin, daß Lord Haldane nach seiner Rückkehr aus Berlin seiner Regierung folgenden Vorschlag unterbreitete: Ohne eine formelle Verpflichtung einzugehen, sollten die Staatsmänner ihr mögliches tun, um sich an dem Flottenprogramm, welches 1908 festgelegt war, zu halten und sich damit begnügen, es zur Ausführung zu bringen, wie es durch das Flottengesetz vereinbart worden war. Außerdem sollten sie anerkennen, daß England besondere Interessen im Persischen Golfe besitzt. Dagegen würde England an Deutschland territoriale Abstraktionen in Afrika machen. Das englische Kabinett beriet über diese Vorschläge und lehnte sie schließlich ab. Die Ablehnung erfolgte jedoch in sehr vorsichtiger Weise und die Unterhandlungen wurden bald wieder auf Grund der Rede Winston Churchills im Unterhause Ende Februar eröffnet. Deutschland hatte vorher versucht, folgende Vorschläge von England gutheissen zu lassen: Ein gemäßigtes Marinebudget gegen eine koloniale Abtretung auszuweisen. Das Londoner Kabinett veranlaßte, daß diese Frage eine Budgetfrage wurde. Wegen jeden Neubaus seitens Deutschlands außerhalb des vorgesehenen Flottenprogramms wird England je zwei Schiffe bauen. Eine Verminderung des deutschen Flottenprogramms würde eine entsprechende Verminderung des englischen Flottenprogramms herbeiführen. Von deutscher Seite ließ man aber durchblicken, daß, obgleich die Unterhandlungen fortgesetzt wurden, dies nur der Form halber geschehe. Hierauf wurde dann auch das neue Flottenprogramm im Reichstage eingebracht und die Unterhandlungen im März wieder angeknüpft. Von liberaler englischer Seite wurde befürchtet, daß die Unterhandlungen scheitern würden, was auf die Beziehungen der beiden Länder zueinander nicht ohne Rückwirkung bleiben würde. Es wurde daher vereinbart, die Flottenfrage außerhalb der Beratungen zu stellen, und man wird sich nunmehr darauf beschränken, die kolonial-angelegenheiten zu regeln, und zwar auf Grund einer gegenseitigen wirtschaftlichen Kooperation. Die Unterhandlungen sind bis zu diesem Stadium gelangt, und man ist in Berlin der Ansicht, daß eine Veränderung des Londoner Vorschlags die Unterhandlungen nur begünstigt, da Zwischensfälle, wie sie zwischen dem jetzigen deutschen Vorschlag Wolff Meiternich und Sir Edward Grey vorgekommen sind, den Verhandlungen nur im Wege stehen. Aus diesem Grunde ist die Befragung des Londoner Postens mit Herrn Marischal v. Bieberstein als ein vielversprechendes Moment anzusehen.

### Marokko.

#### Ueber den Ueberfall einer deutschen Farm,

der Farm Menschhausen bei Ujvar, durch eine französische Truppe laufen allerlei alarmierende Nachrichten durch die bürgerliche Presse. Bestimmte Meldungen liegen aber noch nicht vor, jedoch ist es bei den jetzigen unruhigen Zuständen in Marokko nicht ausgeschlossen, daß Uebergriffe von der einen oder anderen Seite vorkommen. Die deutschen

Marokkotreiber wittern aber wieder Morgenluft und bringen allerlei aufreizende Einzelheiten, für die vorläufig noch jede Unterlage fehlt. Auch von der gefährdeten Lage Deutscher in Südmarokko wird allerlei gefabelt. Es sei daher vorläufig festzustellen, daß die Zahl wirklicher deutscher Staatsangehöriger in jenen Gegenden sehr gering ist; es wird sich im wesentlichen um Eingeborene handeln, die man anlässlich des Agadir-Kummels zu deutschen Schutzbefohlenen gemacht hat.

### Jaures gegen das Marokkoprotektorat.

Paris, 8. Mai. In der „Humanité“ erhebt Jaures von neuem sehr heftige Anklagen gegen die Urheber des marokkanischen Invasionspolitik Frankreichs. Diese hätten unaufhörlich wiederholt, daß der Sultan und alle aufklärten Marokkaner aus eigenem Antrieb die Franzosen in das Land gerufen hätten, und jetzt sähe man, daß das bloße Protektorat einen allgemeinen Aufstand entfesselte. Ihr Faktotum Regnault habe fortwährend Frankreich getäuscht, und eine Anzahl unglücklicher Franzosen hätten diese unheilvolle Unklugheit mit ihrem Leben bezahlt. Unter dem Vorwande, daß man den Aufstand unterdrücken müsse, werde man jetzt Tausende von Marokkanern niedermachen, deren Verbrechen einzig darin bestehe, daß sie zur Gewalt ihre Zuflucht nahmen, um ihre Unabhängigkeit zu verteidigen.

### Die Abreise des Sultans aufgeschoben.

Paris, 8. Mai. Wie aus Fez gemeldet wird, hat der Sultan infolge der eindringlichen Vorstellungen des Gesandten Regnault und des Generals Moinier eingewilligt, seine Abreise zu verschieben und die Ankunft des Generalresidenten Dhautey abzuwarten.

### Die französischen Verstärkungen für Marokko.

Paris, 8. Mai. Die Regierung hat nunmehr beschlossen, bedeutende Truppenverstärkungen nach Marokko zu entsenden. Zwischen dem 10. und 24. Mai sollen 1 Batterie Gebirgsartillerie, 3 Bataillone Schützen, 2 Bataillone Senegalschützen sowie 2 Eskadrons Chasseurs d'Afrique dorthin abgehen. Außerdem sollen 3 Bataillone Senegalschützen und 1 Bataillon Kolonialinfanterie, die in der nächsten Zeit in die Heimat zurückkehren sollten, in Marokko zurückbehalten werden, so daß General Moinier im August über 40 000 Mann verfügen wird.

### Soziales.

#### Gesundheitschädliche Betriebe.

Nach § 120a der Gewerbeordnung sind die Gewerbeunternehmer verpflichtet, die Arbeitsräume, Maschinen usw. so einzurichten und zu unterhalten, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit geschützt sind. Und § 124 der Gewerbeordnung bestimmt, daß die Arbeit vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit verlassen werden darf, wenn bei Fortsetzung der Arbeit das Leben und die Gesundheit der Arbeiter einer erweislichen Gefahr ausgesetzt würde, welche bei Eingehung des Arbeitsvertrags nicht zu erkennen war.

Mit Bezug auf diese gesetzlichen Bestimmungen klagte gestern vor dem Gewerbegericht eine Arbeiterin gegen den Knopfabrikanten Harkenberg auf Zahlung von 24 M. Lohn als Entschädigung für die nicht innegehaltene vierzehntägige Kündigungsfrist. In den Betriebsräumen des Beklagten sind die Fenster nur durch einen Schlüssel zu öffnen, den der Arbeiter selbst in Verwahrung hat. Geöffnet wurden diese Fenster während der Arbeitszeit nicht, und zwar, wie der Beklagte auf Befragen angab, deshalb nicht, weil einmal eine Scheibe eingedrückt worden sei und weil halbwegsige Wurzeln mehrmals Gegenstände durch die geöffneten Fenster geworfen hätten. Infolge der dauernd geschlossenen Fenster herrschte in dem Arbeitsraum stetig eine schlechte Luft, die noch durch den beim Ausfeuern verursachten Staub verschlechtert wurde. Als wieder einmal dieser Mibstand den dort beschäftigten Arbeiterinnen unerträglich erschien, beehrten sie von dem Beklagten die Herausgabe des Schlüssels zwecks Oeffnung der Fenster, was dieser aber verweigerte. Das gesamte Personal ließ deshalb die Arbeit vorübergehend ruhen und verließ den Raum. Am darauffolgenden Sonnabend wurde die Klägerin nebst einer Kollegin ohne Einbildung der Kündigungsfrist entlassen, weil diese beiden nach Ansicht des Beklagten die Kündigungsfrist nicht bei der Arbeitsniederlegung waren.

Die Kammer 4 des Gewerbegerichts unter Vorsitz des Magistratsrats Dr. Werth gelangte zwar zu keinem Urteil, da die Parteien sich zu einem Vergleich auf die Hälfte der geforderten Summe bereit erklärten. Die Bedenken des Gerichts, ob der Aufenthalt in dem Arbeitsraum wirklich gesundheitschädlich gewesen sei, dürften hinfällig sein. Dadurch, daß alle Arbeiterinnen das Oeffnen der Fenster verlangten und, als dies verweigert wurde, die Arbeit niederlegten, spricht dafür, daß der Aufenthalt dort unerträglich war. Der Beklagte hatte auch keinen stichhaltigen Grund, dem berechtigten Wunsch der Arbeiterinnen nicht nachzukommen. Ein Urteil hätte also zugunsten des Beklagten ausfallen müssen.

### Gewöhnung an den Verlust der Hand!

Ein rigoroser Fall von Rentenquerscherei beschäftigte das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung der sächsischen Staatsbahn in Dresden. Bei fast allen Rentenstreitsachen, wo es sich um Ermäßigung oder Entziehung der Rente Unfallverletzter handelt, spielt die „Gewöhnung an die Unfallfolgen“ eine große und oft ausschlaggebende Rolle. Nach Ansicht der Vertrauensärzte muß sich ein Unfallverletzter an alles gewöhnen, selbst an den Verlust eines ganzen Körperteiles — wie im vorliegenden Falle. Der 40 Jahre alte ehemalige Streckenarbeiter Sonntag erlitt im Jahre 1905 im Eisenbahnbetriebe einen Unfall, bei dem er eine schwere Perforation der rechten Hand davontrug. Die Verletzungen waren so erheblich, daß an die Heilung nicht zu denken war und sich deshalb eine Amputation des unteren Drittels des Unterarmes notwendig machte. Nachdem der durch den Verlust der ganzen rechten Hand zum Krüppel gewordene Mann für einige Zeit die Vollrente bezogen hatte, setzte der Staatsfiskus die laufende Rente auf 75 Proz. fest. Der zuständige Bahnarzt hatte sich damals dahin ausgesprochen, daß der Verletzte zu allen Arbeiten unfähig sei, bei denen beide Hände erforderlich sind. Weil dadurch die Erwerbsbeschränkung eine ganz erhebliche war, schlug er Arzt die 75prozentige Rente vor. Von der mäßigen Rente konnte der bedauernswerte Mann mit seiner Familie naturgemäß nicht leben, er verfuhr noch etwas nebenbei zu verdienen. Das sollte sich aber rasch ändern. Der Staatsfiskus erfuhr von dem „glänzenden“ Einkommen und ordnete eine neue Untersuchung an. Der Arzt sollte nicht etwa feststellen, ob die Hand nachgewachsen war, sondern nur, ob „Besserung“ oder „Gewöhnung“ eingetreten sei! Und richtig, derselbe Arzt, der erst einige Jahre vorher gesagt hatte, der Verletzte sei zu allen Arbeiten, bei denen zwei Hände gebraucht werden, unfähig, erklärte jetzt, daß Besserung insofern eingetreten sei, als die „Gewöhnung“ bedeutende Fortschritte gemacht habe. Der Verletzte könne leichte Arbeiten verrichten und durch die „Gewöhnung an den Verlust der rechten Hand“ sei die Erwerbsfähigkeit gehoben worden; eine Herabsetzung der Rente sei mithin gerechtfertigt. Eine 60prozentige Rente wurde als genügend bezeichnet! Der Staatsfiskus beantragte darauf beim Schiedsgericht die Herabsetzung der Rente und trotz des Widerspruches des Verletzten wurde mit Rücksicht auf die eingetretene „Gewöhnung“ demgemäß erkannt!

# Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

## Ein Konflikt im Berliner Holzgewerbe.

Die diesjährige Maifeier der Berliner Holzarbeiter hat zu ernstlichen Mißverständnissen geführt. Die Unternehmer hatten, wie in den früheren Jahren, beschloffen, die Arbeiter, die den 1. Mai durch Arbeitsruhe begehen, auf drei Tage auszusperrn. Dieser Beschluß ist, wenn auch bei weitem nicht in vollem Umfang, durchgeführt worden. Von 23 340 feiernden Holzarbeitern wurden, wie bereits berichtet, 7375 ausgesperrt, welche aber inzwischen so ziemlich vollständig wieder an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt sind. Diese Maßnahmen zeigen, daß sich seit einigen Jahren regelmäßig und sie hätte an sich keinen Anlaß zu ernstlichen Weiterungen gegeben, wenn nicht die Arbeitgeber in diesem Jahre noch einen besonderen Konflikt heraufbeschworen hätten.

Für die Berliner Holzindustrie besteht ein obligatorischer, paritätischer Arbeitsnachweis, der von den Arbeitern in langwierigen Kämpfen errungen wurde. Die Arbeitsvermittlung wird dort von Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter besorgt. Aus dem Umstand nun, daß die dem Deutschen Holzarbeiterverband angehörigen Arbeitsvermittler am 1. Mai nicht im Nachweiskontor erschienen waren, glaubten die Unternehmer Kapital schlagen zu sollen. Im Organ der Berliner Tischlerinnung, der „Nachzeitung“, erschien in auffälliger Schrift die nachstehende Bekanntmachung:

Tischler-Innung zu Berlin.

Hierdurch geben wir unseren Mitgliedern das Nachstehende bekannt:

Am Mittwoch, den 1. Mai, sind nicht nur die vom Deutschen Holzarbeiterverbande gestellten Vermittler auf dem paritätischen Arbeitsnachweise nicht in Funktion getreten, sondern der Nachweis wurde auch von Angehörigen des Holzarbeiterverbandes gesperrt und es waren Kosten vor den Eingang gestellt, welche die ordnungsgemäße Tätigkeit der Einrichtung hinderten.

In einer sofort einberufenen Sitzung des Vorstandes der Tischler-Innung wurde angeordnet, daß die paritätischen Vorgänge beschloffen, die Vermittler der Arbeitgeber bis auf weiteres zurückzuziehen und eine beschleunigte Sitzung des Kuratoriums des Nachweises zu veranlassen.

Es besteht daher zurzeit ein paritätischer Arbeitsnachweis in der Berliner Holzindustrie nicht mehr.

Von etwaigen anderweitigen Beschüssen auf Grund einer inzwischen sich ändernden Sachlage werden die Mitglieder durch weitere Bekanntmachungen in Kenntnis gesetzt werden.

Der Vorstand.

C. Mahardt, Obermeister.

Die Unternehmer hatten ihre Vertreter tatsächlich zurückgezogen, der Arbeitsnachweis funktionierte aber trotz dem fort, denn die Arbeit der Beschloffenen wurde eben von den Arbeitervertretern mitbesorgt. Eine am Sonntag abgehaltene Sitzung des Kuratoriums des Arbeitsnachweises kam zu keinem Ergebnis. Dagegen riefen die Vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie das Einigungsamt des Gewerkschaftsgerichts zur Entscheidung an. Das Einigungsamt wurde von den Unternehmern ersucht, eine Entscheidung über folgende Fragen zu fällen:

a) Ist der Deutsche Holzarbeiterverband als Mitunterzeichner des Vertrages für die Berliner Holzindustrie berechtigt, seine Mitglieder zu veranlassen oder zu bestimmen, während der Dauer des Vertrages an einem beliebigen Tage des Jahres die Arbeit niederzuliegen?

b) Wird eine hiesbezügliche Parole des Holzarbeiterverbandes dennoch erlassen und wird letzterer trotz Widerspruchs der Arbeitgeber von den Arbeitern Folge geleistet, so machen sich sowohl die Organisation als auch deren Mitglieder nach Ansicht der Arbeitgeber eines groben Vertragsbruchs schuldig, der die sofortige Entlassung der Arbeiter rechtfertigt. Das Einigungsamt wolle entscheiden, ob es sich der Auffassung der Arbeitgeber anzuschließen vermag.

c) Hat der Holzarbeiterverband das Recht, die von ihm gestellten Vermittler vom paritätischen Arbeitsnachweis für die Berliner Holzindustrie ohne Zustimmung der Arbeitgeber als Vertragspartner an einem beliebigen Arbeitstage innerhalb der Vertragsdauer zurückzuziehen?

d) Hat der Holzarbeiterverband das Recht, innerhalb der Vertragsdauer den paritätischen Arbeitsnachweis der Berliner Holzindustrie offen oder geheim, direkt oder indirekt zu sperren? Ist die stillschweigende Duldung einer derartigen Sperre gestattet?

e) Endlich beantragen wir, daß das wohlthätige Einigungsamt mit aller Deutlichkeit und Schärfe zum Ausdruck bringen möge, daß die Voraussetzung und Vorbedingung eines paritätischen Arbeitsnachweises in unbedingter Neutralität derselben besteht und jeder Arbeiter, ganz gleich ob und wo er organisiert ist, oder keiner Organisation angehört, jederzeit die Möglichkeit haben muß, den gemeinsamen Arbeitsnachweis innerhalb der Vermittlungszeit ohne irgendwelche Belästigung in Anspruch zu nehmen. Ist die gemollte oder geduldet Verletzung der Voraussetzung der Paritätät Vertragsbruch?

Zur Entscheidung über diese Fragen trat das Einigungsamt am Mittwoch unter dem Vorsitz des Magistratsrats v. Schulz zusammen. Ihm wurden zunächst einige, auf die Materie bezügliche Gegenanträge des Holzarbeiterverbandes vorgelegt, die jedoch nicht zur Verhandlung kamen. Beim Eintritt in die Verhandlungen erklärte Glöde namens des Holzarbeiterverbandes, daß die Anträge der Arbeitgeber in der vorliegenden Fassung nicht zur Beratung gestellt werden können. Es handelte sich um Dinge, mit welchen sich die vertragsmäßigen Vorinstanzen noch nicht beschäftigt haben. So wie die Frage unter a) formuliert ist, ist sie auch gar nicht strittig, das ist etwas Selbstverständliches. Verhandelt könne nur werden, wenn es sich um einen konkreten Fall, also um den 1. Mai handelt.

Nachdem Mahardt sich namens der Arbeitgeber einverstanden erklärt hat, in dem Antrag den 1. Mai zu benennen, führt Glöde aus, daß im Berliner Holzgewerbe seit dem Jahre 1904 wiederholt Verträge abgeschlossen wurden, wobei jedoch nie von der Maifeier die Rede war, die schon seit 1890 durch Arbeitsruhe begangen werde. Man dürfte deshalb annehmen, daß sich die Arbeitgeber mit dem Zustand abgefunden hätten, zumal im Jahre 1908 mit Mahardt vereinbart wurde, daß aus der Arbeitsruhe keine Weiterungen entstehen sollen, wenn sich die Arbeiter vorher beim Arbeitgeber entschuldigen. Später allerdings haben die Unternehmer beschloffen, die Arbeitsruhe mit einer dreitägigen Aussperrung zu beantworten. In dem bekannten Hamburger Maifeierprozeß des Holzarbeiterverbandes hat das Reichsgericht entschieden, daß das Aushalten der Arbeit am 1. Mai kein Vertragsbruch sei. Glöde erinnert ferner daran, daß im Jahre 1908 seitens des Holzarbeiterverbandes beantragt war, das Einigungsamt in der Maifeierfrage anzurufen. Mahardt hat aber abgesehen und in einem vom 29. April 1908 datierten Brief ausgeführt: „... daß also der Vertrag hinsichtlich dieser Materie (Maifeier) ausgeschlossen ist.“ Dem widerspricht es, wenn jetzt die Arbeitsruhe am 1. Mai als Vertragsbruch bezeichnet wird.

Nachdem beide Parteien sich ausgiebig zu der Frage geäußert haben, werden von den Besitzern des Einigungsamtes noch einige Fragen gestellt. Das nimmt Mahardt als Anlaß zu erklären, daß er sein Zugeständnis, den 1. Mai in seinen Anträgen zu nennen, zurückzuziehen. Darauf Glöde erklärt, daß er Verantw. Redakteur: Albert Naab, Berlin. Inzeratenteil verantw.

in diesem Falle es ablehne, zu verhandeln. Ohne eine Klärung dieser Differenz herbeigeführt zu haben, zieht sich alsdann das Einigungsamt zurück. Nach sehr langer Beratung wird hierauf folgender Spruch verkündet:

„Der Deutsche Holzarbeiterverband ist nicht berechtigt, seine Mitglieder zu bestimmen, an einem beliebigen Tage im Jahre die Arbeit niederzuliegen.“

Gegenüber diesem Beschluß weist Glöde darauf hin, daß sein Einspruch gegen die Fällung einer Entscheidung in dieser Frage nicht beachtet worden sei. An sich sei der Spruch allerdings etwas Selbstverständliches. Der Vorsitzende gibt zu, daß man bei der Weiterberatung in einer noch anzuberaumenden Sitzung auf die Sache zurückkommen könne. Glöde erklärt nunmehr, daß die Voraussetzungen für ein weiteres Verhandeln die Wiederherstellung des vertragsmäßigen Zustandes sei. Die Unternehmer müßten also zunächst ihre Vertreter wieder auf den Arbeitsnachweis beordern. Nachdem sich die Arbeitgeber kurz besprochen, erklärt Mahardt: Mit Rücksicht darauf, daß auch wir bei Verhandlungen mit unserem Partner stets die Wiederherstellung des alten Zustandes verlangen, sind wir bereit, auf das Verlangen des Holzarbeiterverbandes einzugehen. Von morgen ab werden unsere Vermittler wieder aus dem Arbeitsnachweis tätig sein. Das Verfahren selbst muß aber seinen Fortgang nehmen. Da beide Parteien damit einverstanden sind, wird vereinbart, daß die Sitzung des Einigungsamtes im Laufe dieser Woche fortgesetzt wird.

## Forderungen der Arbeiter in den Stempelfabriken.

Seit einigen Wochen haben die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Stempelfabriken eine Lohnbewegung vorbereitet. In Versammlungen, Betriebsbesprechungen und Vertrauensmännerversammlungen wurden die Forderungen beraten, die aufzustellen sind, um eine Verbesserung der Verhältnisse in der Branche zu erwirken. Eine Kommission hatte die Aufgabe, einen Entwurf zu einer festen Vereinbarung mit den einzelnen Firmen aufzustellen, gemäß den Forderungen, die allgemein erhoben wurden. In einer recht gut besuchten Versammlung, die am Dienstagabend im großen Saale des Gewerkschaftshauses stattfand, legte Behrend vom Deutschen Metallarbeiterverband im Namen der Kommission den ausgearbeiteten Entwurf vor. In seiner Erläuterung wies Behrend darauf hin, wie dringend eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Erhöhung der Löhne verlangt wurde und wie gerechtfertigt ein solches Verlangen sei. Gegenüber der Behauptung der Unternehmer, daß die Arbeitszeit in den Stempelfabriken in Groß-Berlin nicht länger sei als in anderen Betrieben der Metallindustrie, führte er an, daß der Verband in den letzten Jahren eine stete Verkürzung der Arbeitszeit erzielt habe. Die Arbeitszeit beträgt pro Woche

in 60 Betrieben mit 2464 Beschäftigten	48 Stunden	
29	1766	48-51
29	1283	51
634	86570	51-54

Dagegen ist die Arbeitszeit in den Stempelfabriken gewöhnlich länger als 54 Stunden pro Woche. Und die Löhne sind auch viel niedriger, als sonst durchschnittlich bezahlt wird. In bezug auf Lohn und Arbeitszeit lauten die Forderungen:

Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 Stunden, Sonnabends 7 Stunden, für Lohnarbeiter werden 9 Stunden bezahlt.

Uebertunden dürfen nur im äußersten Notfall gemacht werden und sind dann bis 8 Uhr abends mit 25 Proz. Aufschlag zu bezahlen, nach 8 Uhr abends und Sonntagsarbeit mit 50 Proz. Der Einstellungslohn beträgt:

für gelernte Arbeiter	60 Pf. pro Stunde
Hilfsarbeiter über 18 Jahre	45
Arbeiterinnen	30

Alle diejenigen, welche diese oder höhere Löhne bereits haben, erhalten eine Zulage von 5 Pf. pro Stunde.

Jungausgelernte erhalten im ersten halben Jahre nach der Lehre 50 Pf., im zweiten halben Jahre 55 Pf. pro Stunde.

Die Akkorde werden um 10 Prozent erhöht.

Die Lohnzahlung muß am Schluß der Arbeitszeit beendet sein und findet Freitagssatt.

Bei Arbeitsmangel wird die Arbeitszeit nach gegenseitiger Uebereinkunft verkürzt, bevor Entlassungen stattfinden.

In der Diskussion über diese Forderungen wurden manche weitergehende Wünsche laut, aber die Versammelten erklärten sich schließlich damit einverstanden und nahmen den Entwurf der Kommission einstimmig an. Die Vereinbarung soll bis zum 1. Juni 1914 gelten.

Den einzelnen Firmen wurden die Forderungen durch Kommission der Arbeiterchaft am Mittwochmorgen vorgelegt, mit dem Ersuchen, bis Sonnabendabend eine Antwort darauf zu erteilen.

## Der Streik in den Karosseriefabriken.

Die Unternehmer sind nachträglich von ihrem zweimaligen gefassten Beschluß, mit den Arbeiterorganisationen nicht zu verhandeln, abgegangen, und so haben am Dienstag zwischen beiden Parteien Verhandlungen stattgefunden, in denen eine Grundlage zur endgültigen Lösung gefunden wurde. Die Arbeitgeber haben sich bereit erklärt, formgerechte Verträge abzuschließen.

Das Resultat der Verhandlungen ist in folgenden Bestimmungen niedergelegt:

Die Arbeitszeit wird betriebsweise geregelt, auf der Grundlage, daß bei 55stündiger Arbeitszeit 3 Pf., bei 53stündiger 4 Pf. Zulage gegeben werden.

Die Löhne sollen den von der „Schöneberger Karosseriefabrik“ bewilligten und an dieser Stelle mitgeteilten gleichgestellt werden; ausgenommen hierfor sind die Löhne der Lackierer, die 65 und 67 Pf. pro Stunde erhalten.

Bezüglich der Akkordearbeiten ist das in dem Entwurf Enthaltene bewilligt worden.

Die Arbeitsnachweisfrage wird zur Regelung den einzelnen Betrieben überlassen, ebenso die übrigen nicht erwähnten Forderungen. — Die Karosserie ist auf 2 Jahre festgelegt.

Die Streikleitung empfahl, im Einverständnis mit den Vertrauensmännern, diesen Vereinbarungen zuzustimmen. Es wurde aber auch klipp und klar erklärt, daß keine Verträge abgeschlossen werden. Die nicht mit den aufgestellten Grundforderungen übereinstimmenden. Die Versammlung stimmte den Vorschlägen der Streikleitung gegen 4 Stimmen zu.

Die endgültige Erledigung vollzieht sich in den Betriebsversammlungen.

## Differenzen mit der Löwenbrauerei Berlin-Hohenschönhausen.

Die Löwenbrauerei unterhält in Werder und Brandenburg a. H. Niederlagen, deren Kundschaft sich aus den stillgelegten Vereinigten Werderschen Brauereien rekrutiert. Für diese Niederlagen sind die Tarife zu erneuern. Doch die Direktion der Löwenbrauerei lehnt jedes Entgegenkommen ab und will den Leuten sogar den Urlaub von 3 bis 6 Tagen, der im alten Verträge vorgesehen ist, wieder nehmen. Mit den früheren Unternehmern ist die Organisation der Brauereiarbeiter sehr gut ausgefallen; die Löwenbrauerei will es scheinbar anders haben. Die Arbeiter werden sich mit der Ablehnung ihrer Forderungen nicht zufrieden geben, noch viel weniger werden sie die angebotenen Verschlechterungen hinnehmen. Daß ein solches Ansehen bei den teuren Verhältnissen gestellt werden kann, sollte man nicht für möglich halten.

Der Zigarrenhändler Schumbe, Treptow, Arnholstr. 18, ersucht uns um die Mitteilung, daß er keine Polizeibehörde gegen streikende Stuktureure anrufen habe. In seiner Abwesenheit habe, wie er nachträglich erfuhr, ein Kammerherr sein Telefon dazu benutzen wollen, auf Abreden der dabei interessierten Stuktureure dies aber unterlassen und seinen Laden nicht betreten. Er habe auch keinen

Streikenden photographieren wollen. Weber besitze er einen Apparat, noch habe er vom Photographieren eine Ahnung.

## Deutsches Reich.

### Lohnbewegung der Bauarbeiter in der Provinz Brandenburg.

Der Streik der Maurer in Dühringshof a. d. Ostbahn ist mit bestem Erfolge beendet worden. Es kam zum Abschluß eines zweijährigen Vertrages und einer Lohnerhöhung von 4 Pf. die Stunde.

In dem Streik in Werder a. Havel waren Maurer und Bauhilfsarbeiter beteiligt. Nach zweieinhalbwöchigem Streik wurde ein Vertrag abgeschlossen, der sowohl für Maurer wie für Bauhilfsarbeiter eine Erhöhung des Stundenlohnes von 5 Pf. vorsieht.

Mit nur teilweisem Erfolg endete der Streik der Maurer in Riemig! i. Mark. Infolge nicht genügender Organisation konnte nur eine Lohnerhöhung von 1-2 Pf. erreicht werden.

### Metallarbeiteraussperrung über Süddeutschland.

Die in München zu einer Konferenz versammelten Vertreter der süddeutschen Gruppe des Metallindustrieverbandes haben, wie die „Fr. Ztg.“ hört, einstimmig beschloffen, am 1. Juni die Aussperrung von 60 Proz. der in den Betrieben beschäftigten Arbeiter über ganz Süddeutschland auszudehnen, falls bis dahin keine Einigung in ihrem Sinne erzielt werden sollte.

## Ausland.

### Der Londoner Schneiderstreik.

London, 7. Mai. (Fig. Ver.)

Der Streik der Londoner Schneider dehnt sich immer mehr aus. Im Augenblick schätzt man die Zahl der Ausschüßigen auf 20 000 bis 30 000. Etwa 7000 Streikende, Männer und Frauen, betätigten gestern einen Demonstrationsszug durch die Straßen Westlondons und hielten darauf eine Massenversammlung im Hyde Park ab, wo unter anderen die Genossen MacDonald (Sekretär des Londoner Gewerkschaftsartells), Ouesh, Weingary (deutsch), Libenja! (ungarisch) sprachen. Auf dem Programm der Demonstration wurden die Forderungen der Arbeiter wie folgt formuliert: 1. Bessere Versorgung mit Werkstätten. 2. Revision der bezahlten Löhne und eine sofort zu erfolgende Lohnerhöhung von 2 Pence die Stunde für Akkordearbeit. 3. Ein Lohn von 14 Schilling die Stunde für wöchentlich entlohnte Arbeiter. 4. Ein Minimallohn von 30 Schilling für gelernte Schneiderinnen. In der Versammlung wurde bekanntgemacht, daß am 8. in Ostlondon eine Massenversammlung abgehalten werden wird, in der entschieden werden soll, ob sich die Schneider und Schneiderinnen Ostlondons ihren streikenden Kollegen Westlondons anschließen sollen. Man glaubt allgemein, daß sich die Arbeiter des Ostens der Bewegung anschließen werden. In Ostlondon ist das Schneiderhandwerk ganz verschieden von dem Westlondons. Die streikenden Schneider des Westens arbeiten für Geschäfte, die in der Welt der Herrenmoden den Ton angeben und ihre Kundschaft in den reichen Gesellschaftsschichten Europas und Amerikas finden, während die Schneider Ostlondons (meist jüdische Einwanderer) für die billigen Geschäfte der Stadt arbeiten. Im Osten steht auch das Zwischenmeisterstystem in voller Blüte. Die Organisation der Schneider im Osten ist nicht stark, hauptsächlich wegen der großen Zersplitterung.

Der Zeitungstreik in Chicago kann als beendet angesehen werden, da die Verleger den Streikenden einen Teil der Forderungen bewilligt haben. Die Zeitungen sind von gestern ab wieder erschienen.

## Letzte Nachrichten.

### Arbeiterchutzgesetz in Rußland.

Petersburg, 8. Mai. (B. T. B.) Der Reichsrat hat heute in zweiter Lesung die Arbeiterchutzvorlagen angenommen, betreffend die Verpflichtung der Fabrikanten, den Arbeitern ärztliche Hilfe zu gewähren, ferner betreffend obligatorische Unfallversicherung und Gründung von Assekuranzgesellschaften aus Arbeitern und Unternehmern. Besondere Lokalkomitees und ein Zentralrat sollen das Gesetz kontrollieren, die Fassung, in der die Duma das Gesetz angenommen hat, erhielt einige Abänderungen nicht prinzipiellen Charakters.

### Zusammenstoß zweier Arbeitszüge in der Gifel.

Jünkerath, 8. Mai. (Amtliche Meldung.) Heute vormittag 10 Uhr 50 Minuten stießen zwischen den Stationen Jünkerath und Biffendorf zwei Bauzüge auf einem außer Betrieb befindlichen Gleis infolge unvollständiger Verhängung zusammen. Vier Personen wurden schwer, sechs leicht verletzt. Der Betrieb wurde nicht gestört.

### Ueberschwemmungen in Tirol.

Jännsbrud, 8. Mai. Infolge anhaltenden heftigen Regens ist in mehreren Orten, besonders in Osttirol, Ueberschwemmungsgefahr eingetreten. Der Ort Sankt Johann ist teilweise überschwemmt. Die Orte Waidring und Erpfendorf sind bedroht. Eine Brücke bei Erpfendorf ist weggerissen worden, eine zweite ist stark gefährdet. Von Kössen ist keine Nachricht zu erhalten, weil der Verkehr unterbrochen ist. Der See ist heute um 2 Meter gestiegen.

### Opfer der Arbeit.

St. Ingbert, 8. Mai. Von einem Bau stürzten vier Arbeiter aus beträchtlicher Höhe ab. Einer war sofort tot, zwei andere wurden lebensgefährlich und der vierte schwer verletzt.

### New Yorker Kellnerstreik.

New York, 8. Mai. (P. T.) Ein Kellnerstreik ist in den ersten Hotels New Yorks ausgebrochen. Gerade als die Gäste des Hotels, in der Mehrzahl hochgestellte Personen, beim Diner saßen, legten die Kellner die Arbeit nieder, so daß sich die Gesellschaften gezwungen sahen, ihre Mahlzeit in anderen Restaurants fortzusetzen. Der Streik nimmt große Dimensionen an, da die Behandlung der Kellner in den New Yorker Restaurants überhaupt eine sehr schlechte ist. Auch das Küchenpersonal scheint sich dem Ausstande anschließen zu wollen.

### Ein deutscher Dampfer vermißt.

New York, 8. Mai. Der Frachtdampfer „Augsburg“ der Deutsch-Australischen Dampfergesellschaft, der am 2. Februar von hier nach Yaba mit Kapitän Winter und 86 Mann Besatzung abgegangen ist, ist vermisst worden, da man nichts wieder von ihm gehört hat. Seine Ladung repräsentierte einen Wert von einer Million Mark.

### Straßenschlacht in einer amerikanischen Stadt.

Bostonsville (Pennsylvanien), 8. Mai. (B. T. B.) In Bostonsville kam es zu einem Aufruhr, an dem etwa dreitausend Menschen teilnahmen. Die Polizei mußte gegen die erbitterte Menge einschreiten. Vier Personen wurden getötet und zahlreiche andere verletzt.

Paul Singer & Co., Berlin SW. S. 123 u. 124. u. Unterhaltungsblätter

Quittung.

Im Monat April gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

- Am 2. Lennep-Melmann 2. Du. 776,88. Varmen-Eberfeld 8. Du. 1250.—. Gießen-Grünberg 1. u. 2. Du. 280.—. III. old. Str. 74,10. 11. fächl. Ar. a Konto 300.—. Westprignitz 3. Du. 81,08. G. Leipzig, 18. fächl. Ar. 3. Du. 7000.—. Wahlkreis zurückgezahlt Bez. Kassel 945,63. Dresden Ost u. West 3. Du. 1781,92. Köln Reg. 23. 20.—. 9. Gallenberg D./S. u. 2. 3.—. 17. fächl. Ar. a Konto 1000.—. Erlurt-Ziegenrück a Konto 600.—. 10. Berlin, Jtg.-Abt. d. „Vorwärts“ 50.—. Kalau-Ludau 2. Du. 201,20. Wülshagen i. G. 8. Du. 221,10. Pommeru für 18. Kreise 2. Du. (Klamm. Demmin 23,58. Ulfedon-Bollin 172,44. Randow-Greifenhagen 518,04. Stettin 575,80. Pyritz-Saachig 12,80. Rangard-Negenwalde 10,92. Greifenberg-Kammin 10,20. Stolp-Lauenburg 83,57. Wätow-Schlawe 7,20. Belgard-Dramburg 9,08. Neustettin 11,79. Straßund-Rügen 230,26. Greifswald-Grimm: 96,48) Sa. 1701,64. Medlenburg-Strelitz 3. Du. 134,90. 11. Essen 3. Du. 1082,50. Neuföhn J. B. 7,70. 12. Hildesheim 1. und 2. Du. 705,20. Patienten der Heilstätte Güterhof 5.—. 13. Reuß-Grebenbroich 46,50. Berlin W. 50 L. 30.—. Kommissionshändler W. Strauß 9,50. 15. Leipzig 12. fächl. Ar. Rest vom 2. Du. 459,86. Erlurt-Molsheim 1. u. 2. Du. 81,22. Lichtenberg Ueberlsh. v. Märzgr. v. d. freierg. Arb. d. Morg.-Berle „Verolina“ 17,70. 16. Altona für Wimmenschiff 24.—. 5. Schlesw.-Holst. Ar. 3. Du. 460,27. 17. Wittenberg-Schweinitz a Konto 100.—. Delmenhorst 3. old. Ar. 182,62. Schwerin-Bismar 2. Du. 342,48. Stendal-Nsterburg 2. Du. 212,54. Krefeld 3. Du. 321,23. Rittau, 1. fächl. Ar. a Konto 500.—. 18. Leipziger, Coarbräden, Wahlkreis zurück 618,18. 6. fächl. Ar. a Konto 2000.—. Hagen 3. Du. 733,27. Magdeburg 3. Du. 1648,77. Düsseldorf 3. Du. 1560,17. Kassel 3. Du. 645,50. 20. Bergheim-Eusfirchen 3. Du. 10.—. Delitzsch-Bitterfeld 2. Du. 622,90. 4. el.-lothr. Ar. 42,50. Friedberg-Bildingen 3. Du. 393,60. Wottdam-Dithobeland 2. Du. 755,15. 22. Reddinghausen-Vorfen 3. Du. 515.—. 23. Seehagen 3. Du. 6,92. Vahren-Stadt 3. Du. 128,90. Saargemünd-Forbach, 1., 2. u. 8. Du. 62,28. Lüneburg, 16. hann. Ar. 3. Du. 220.—. Stuttgart, 1. württbl. Ar. 2. Du. 2182,38. Wres-Rees 3. Du. 145,76. Garburg-Neuburg 3. Du. 1820,43. 24. Varmen-Eberfeld, Rest 3. Du. 50.—. 2. hann. Ar. 3. Du. 72,36. 2. old. Ar. 3. Du. 778,44. 25. Wärsleben-Stalbe 3. Du. 804,50. Wanzleben 3. Du. 529,84. Altona-Fischerh. 3. Du. 188,90. 16. württbl. Ar. 3. Du. 25,76. Berlin, Ueberlsh. v. Märzgr. Karl Flohr Berl Wittenau 22.—. 26. Ueberlsh. v. Märzgr. der Arb. u. Arbeiterinnen d. opt. Anstalt Goerg Friedenau 121,80. Wachen Land 3. Du. 96,64. 27. Rachedes 10.—. Obere Rheinprovinz 1. u. 2. Du. 26,10. 4. fächl. Ar. a Konto 1500.—. Halle a. S. 3. Du. 1379,60. Von einer roten Gefellenseiter 2.—. 28. Mannheim 3. Du. 1470,63. Röhren-Weißer 2. Du. 27,24. München-Grabbach 3. Du. 139,24. Bonn-Rheinbach 3. Du. 60,18. 1. westf. Ar. 3. Du. 25,05. Knabe 3.—. H. Erdmann Jungo 2,15. Berlin, Kranzüberlsh. v. d. Koll. d. Jg. Stolzenberg i. Reimend. 21,85. 30. Kolmar i. G. 3. Du. 55,46. Wolfenbüttel-Helmstedt 3. Du. 187,24. Holzminde-Gandersheim 3. Du. 201,45. Limbach-Mittweida 3. Du. 991,88. 1. bad. Ar. 3. Du. 109,18. Bremerhaven u. 19. hann. Ar. 3. Du. 1112,50. Solingen 3. Du. 822,15. Berlin J. A. 1.—. Berlin Dr. A. 100.—. Berlin, Ueberlsh. vom Märzgranz d. Arb. d. Jg. A. Voigt-Zegel 100.—. Weste., Schützenlee 10.—. Berlin A. D. 50.—. Berlin G. H. 50.—. Denny, Argentinien, 5.—. Groß-Berlin a Konto seiner 8. Wahlkreise 15 000.—. Darunter: Alexander H. 6.—. Refrat Weinberg f. Gastwirte durch Weiss 6.—. Postorten Genosse D. Roth, 5. Ar. 2. Abt. —50. Aßbor 1,75. v. alten Zaler für die Jugend 4,55. Arbeiter d. Jg. Subtilität, Märzgranzüberlsh. 6,60. v. d. Arbeitern d. Jg. Weidung 29,20. Unbekannt 6.—. v. d. Herrenpartie des 6. Kreises 37,35. Kranzüberlsh. d. Arb. d. A. G. W. Abt. Schröder, Schlegelstraße, 12.—. Aug. d. Harte 10.—. Märzgranzüberlsh. d. freierg. Arb. d. Jg. Flohr, Chausseest. 60, 40.—. v. d. Rennmähern d. Jg. Kremer 5.—. Göttinger 2.—. J. A. 100 1.—. Weistig 1.—. Ueberlsh. vom Lebe-abend, 5. Abt. 2,50. anstatt eines Märzgranzes gesammelt für den neuen Wahlkreis v. d. Arb. d. Jg. Anordbrense durch Kaufh 52,20. v. d. Roll. u. Kolleginnen d. Jg. Lorenz, Ueberlsh. v. Kranz f. d. Märzgefallenen 48,75. A. G. W. Schlegelstr., Ubiel. Schapow, 10.—. 3. d. Arb. d. Jg. Ruth u. Schind, Lichtenberg, 6,55. Märzgranzüberlsh. v. d. Angehörigen d. Brauerei Pagenhofer Abt. 1 89,15.

Männerchor „Richte-Georgia“ 20.—. Ueberlsh. v. Märzgranz v. d. Metallwerken f. Beleuchtung 8,15. Gutenberg 35.—. Ueberlsh. v. Märzgranz v. d. org. Arb. u. Arbeiterinnen d. Berl. Zigaretten-industrie 61,80. Berlin, den 8. Mai 1912.

Für den Parteivorstand: J. D. Otto Braun, Lindenstr. 3.

Wir haben unter Nr. 7918, A. Gerich, F. Ebert, D. Braun, Berlin, Lindenstr. 3. beim Postfachamt Berlin ein Postfachkonto und erlauben daher dringend, alle Geldsendungen mittels Zahlkarte auf unser Postfachkonto zu bewirken. Es können darauf an jedem Posthalter Beträge bis 10 000 M. portofrei für uns eingezahlt werden. Zahlkarten mit eingedruckter Adresse senden wir auf Wunsch zu.

Reichstag.

56. Sitzung, Mittwoch, den 8. Mai 1912, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Solf. Die Diskussion über die Resolution der Kommission betreffend die

Mischehen-Frage

mit den dazu vorliegenden Anträgen wird fortgesetzt.

Abg. Erzberger (Z.): Was der Staatssekretär in seiner Rede vertreten hat und was der Antrag Dr. Erhard und Nichthofen will, heißt das Roth beim Schwanz aufzäumen. Man will keine Mischehen und verbietet die Mischehen. Dabei steht fest, daß 99 Prozent der Mischlinge nicht aus Mischehen sondern aus dem Konkubinat von Weißen und Schwarzen stammen und nur ein Prozent aus Mischehen. Wo bleibt denn da die Logik? Dann müßte man doch viel mehr Maßnahmen gegen den außerhehlichen Geschlechtsverkehr, gegen das Konkubinat vorschlagen. Dabon habe ich aber bisher nichts gehört. Rüge der Staatssekretär doch gegen seine Beamten, die sich mit Schwarzen abgeben, ebenso streng vorgehen, wie das in England geschieht, wo ein solcher Beamter entlassen oder verjagt wird. Das ist wenigstens logisch. Schide man in erster Linie verheiratete Beamte in die Kolonien; das ist viel wirksamer als ein Verbot der Ehe zwischen Weißen und Schwarzen. Die Ehe zu verbieten ist eine Brutalität ersten Ranges, es ist das Naturrecht jedes Menschen, sich so zu verheiraten, wie er es für richtig hält. Samoa ist ganz christlich. Sie verbieten also die Ehe zwischen Christen! Das ganze ist auch ein bloßer Lustspiel, denn die Trauung kann in jeder fremden Nachbarkolonie vollzogen werden und hat dann Giltigkeit auch für deutsche Kolonien. Ich kann Sie nur bitten, an dem Beschluß der Budgetkommission festzuhalten. (Wahr! im Zentrum.) Abg. v. Bühlendorf-Kölpin (L.): Natürlich sind auch wir die allerhöchsten Gegner jedes außerhehlichen Geschlechtsverkehrs. Den Hauptwert legen wir auf die Erziehung der Beamten, damit sie solche Mischehen nicht eingehen.

Abg. v. Nichthofen (natl.): Durch das Verbot der Mischehen wollen wir das Mischehen der Weißen stärken. Dann wird auch der außerhehliche Geschlechtsverkehr zwischen Weißen und Schwarzen aufhören. (Lachen im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Das beweisen die Erfahrungen in Amerika. Gegenüber Herrn Erzberger betone ich, daß gerade die katholische Kirche eine ganze Reihe von Eheverboten zwischen Christen kennt, die im Bürgerlichen Gesetzbuch nicht vorgehoben sind.

Abg. Dr. Erhard (Sp.): Ausgerechnet Herr Kollege Ledebour hat gestern einen Teil meiner Rede als talumbüßlich bezeichnet, dertelbe Herr Ledebour, der den Erlaß des Staatssekretärs auf seinen Stil unter die Lupe nahm.

Abg. Dr. David (Soz.):

Der Versuch der Konservativen, ihre Haltung mit dem Christentum in Einklang zu bringen, ist gänzlich mißlungen. Wenn Sie auf dem Standpunkt der christlichen Religion stehen, die die Gottesfurcht aller Menschen zur Basis für ihre Moral macht, an der Sie nicht den geringsten Anlaß finden, die Menschen verschieden zu werten, und die außerdem noch sagt, daß die Ehen im Himmel geschlossen werden (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), und wenn Sie es trotzdem hier unternehmen, Sturm zu laufen gegen die Ehehehlichung zwischen Christen — denn darum

handelt es sich in Samoa — dann ist das ein solcher Widerspruch, der mit gefunder Logik nichts zu tun hat. (Sehr wahr! bei den Soz.) Was das Argument der Rasseinheit betrifft, auf das sich die Nationalliberalen und Freisinnigen stützen, so wird es durch die Tatsache, daß 99 Prozent der Mischlinge unehelich sind, vollständig über den Haufen geworfen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Behauptung des Herrn v. Nichthofen, das Eheverbot wäre ein Weg, die Zahl der unehelichen Mischlinge zu vermindern, beweist auch wieder eine Logik, bei der man sich an den Kopf greift. Wenn man die Ehehehlichung zwischen Weißen und Schwarzen verhindert, so wird der Erfolg nur der sein, daß aus 99 Proz. unehelicher Mischlinge 100 Proz. werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Herr v. Nichthofen meinte, wenn man die Ehe verbote, so würde dadurch ein starkes Rassegefühl bei den Weißen erzeugt, so stark, daß sie in den Kolonien — Enthaltensamkeit üben? Oder was meinten Sie? (Große Heiterkeit.) Wenn Freiherr von Nichthofen diese Konsequenz nicht ziehen will, so fällt damit seine ganze Logik wie ein Kartenhaus über den Haufen, und diese Konsequenz zu ziehen, geniert er sich noch etwas, so weit kennt er doch die menschliche Natur, daß er weiß, daß auch ein starkes Rassegefühl gegenüber einem noch elementareren Gefühl die Segel streicht. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Erlaß des Staatssekretärs ist zunächst auf die samoanische Bevölkerung gemünzt. Nun sind gerade die Samoaner — darin stimmen alle Ethnographen überein, ein ganz hervorragendes, schönes und gesundes Volk. Ich glaube demgegenüber verlaßt das Rassegefühl. Ja, mancher Weiße könnte vielleicht mit einer Samoanerin seine eigene Nachkommenchaft nicht degradieren, sondern aufbessern. (Große Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Jedenfalls sind die Samoanerinnen nicht in einen Topf zu werfen mit den Negern. Sie sind nahe verwandt mit den Japanern. Wir hören zuweilen, daß ein Gesandter eine Japanerin heiratet und dann kommen die allerhöchsten Herrschaften und gratulieren ihm, da scheint man das Rassegefühl gänzlich verloren zu haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Nun sagt man, die Beamten sollen mit gutem Beispiel vorangehen, seither war das nicht der Fall, eher das Gegenteil. Wollte man alle Beamten zur Keuschheit ziehen, die ihrerseits die Mischlingsbevölkerung vermehren, so wäre ein ganzer Rattenkönig von Prozessen die Folge. Unser Standpunkt ist der, es soll Sache der Selbstregierung, der Selbsttucht jedes einzelnen sein, für die Güte seiner Nachkommenchaft zu sorgen. Das ist eine Forderung der sexuellen Moral. Wir wünschen auch nicht, daß planlos eine Mischbevölkerung erzeugt wird. Aber wir wollen nicht, daß da, wo es geschieht, die Frauen und Kinder sozial degradieren werden, daß man ihnen das Brandmal aufdrückt, wie auch bei uns leider den unehelichen Kindern, die doch wahrhaftig nichts dafür können, daß sie nicht in einer Ehe erzeugt sind. Deshalb sind wir aus Gründen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit gegen das Verfahren, das Sie einschlagen wollen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erzberger (Z.): Die katholischen Eheverbote zwischen Verwandten sind erlassen im Interesse der zu erwartenden Kinder und verhindern eine Degenerierung der Rasse. Das hat nichts zu tun mit einem generellen Eheverbot zwischen Weißen und Farbigen. Wollen Sie einem Missionar verbieten mitzuwirken, daß ein Konkubinat zu einer Ehe wird? Was würde das für eine Brutalität sein! (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Dann sagt man, wir binden die Deutschen draußen. Ja wohl, ich wünsche, daß sie gebunden sind durch menschliches Recht und göttliches Gesetz. (Lebhafte Beifall im Zentrum.)

Abg. Freiherr v. Nichthofen (natl.) polemisiert gegen den Abg. David; die deutsche Rasse braucht keine Verbesserung durch die Mischung mit Samoanerinnen. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.)

Damit schließt die Debatte. Die Resolution der Budgetkommission, die einen Gesetzentwurf verlangt, welcher die Giltigkeit der Ehe zwischen Weißen und Eingeborenen in allen deutschen Schutzgebieten sicherstellt und das Recht derjenigen unehelichen Kinder regelt, auf welche etwa das Bürgerliche Gesetzbuch zurzeit nicht Anwendung findet, wird in namentlicher Abstimmung mit 203 gegen 133 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Mit der aus Sozialdemokraten und Zentrum bestehenden Mehrheit stimmen auch einzelne Freisinnige (die Abgg. Gothein, Kerschensteiner).

Die Resolution der Kommission, welche einen Gesetzentwurf zur Einengung des Verordnungsrechts in den Schutzgebieten ver-

Kleines feuilleton

Ein neues Zensurverbot gegen die Freie Volkshöhne. Die Freie Volkshöhne begegnet bei der Aufführung ihres Spielplans für das nächste Jahr immer neuen polizeilichen Schwierigkeiten. Eben ist erst die Aufführung von Rosenows Drama „Die im Schatten leben“ vom Berliner Polizeipräsidenten verboten worden und schon erfolgt ein neues Verbot auf die Kunst. Ein für den nächsten Karfreitag geplantes, geistliches Konzert, das mit Hilfe des Berliner Volkshöhns in der neuen Welt veranstaltet werden sollte, verfiel dem Verbot des Reußländer Polizeipräsidenten. Das Verbot wird damit begründet, daß das Programm nicht rein geistliche Musik enthalte. Geplant war die Aufführung des Oratoriums „Franziskus“ von Edgar Tinel. Da dieses Oratorium in seinem ersten Teil des heiligen Franziskus weltliches Leben und Bekehrung behandelt, so ist anzunehmen, daß das Reußländer Polizeipräsident an dem weltlichen Leben des heiligen Franziskus Anstoß genommen hat. Die Argumentation des Polizeijensors ist natürlich völlig haltlos, denn es kommt selbstverständlich auf den Gesamtcharakter eines Kunstwerkes an. Auch das geistlichste Kunstwerk ist ohne Anlehnung an Menschliches eben nicht denkbar. Und ein Oratorium, das den heiligen Franziskus behandelt, muß natürlich seine Entwicklung geben und deren Anfang ist eben menschlich im Sinne des Volksgedichtens. Die Leben der großen Heiligen sind zu Beginn überhaupt zumeist sehr menschlich oder weltlich. Die katholische Kirche, die von diesen Dingen doch mehr versteht als der Reußländer Ordnungsmann, hat diese Vergangenheit nie geleugnet, im Gegenteil sie schildert recht drastisch die Sündhaftigkeit, um die Gnade der Bekehrung und das Verdienst der Heiligung um so kräftiger wirken zu lassen. Ein Reußländer Zensur ist natürlich viel heiligmäßiger als die Kirche selbst. Die Fleischentwöhnungen des heiligen Antonius wie das arg weltliche Leben des heiligen Augustinus sind nach dieser Reußländer geistlichen Theorie also außerhalb des Bereichs geistlicher Musik. Das ganze Karfreitagsumsturzverbot, das an sich ganz unsinnig ist in einem weltlichen Staate, ist ja nur erträglich, wenn der Begriff „geistliche Musik“ in einem vernünftigen Sinne interpretiert wird. Wir möchten inzwischen an den Interpretationskünstler in Reußland die Frage richten, ob er das Oratorium „Judas Makkabäus“, das am letzten Karfreitag auf seinem Gebiet aufgeführt wurde, für rein geistlich hält, oder „die Schöpfung“. Ja, wir sind so naseweis, zu fragen, ob überhaupt irgend etwas Geistliches ohne menschliches Substrat denkbar ist? Jedenfalls sind wir auf die neue transzendente Geistes- oder Geistesstheorie nicht gespannt.

Der schiefe Turm von Pisa. Kurze Zeit nach dem Zusammensturz des Markturms erbaute das italienische Unterrichtsministerium eine von Ingenieuren und Architekten gebildete Kommission, die über die Stabilität des schiefen Turms von Pisa Untersuchungen anstellen sollte. Der Bericht der Kommission liegt nunmehr vor. Aus ihm erhellt, daß die Neigung des Turms im Westen begriffen ist, und zwar ist sie seit dem Jahre 1817 um 65 Millimeter pro Meter der Turmhöhe gewachsen. Der Druck,

den der Turm auf den Untergrund ausübt, wird auf ein Maximum von 10 Kilogramm pro Quadratmeter berechnet, der ungefähr der des schiefen Turmes von Bologna entspricht. Was die Ursachen der Schiefstellung des Turms betrifft, so nehmen die Kommissionäre nicht, wie man das bisher getan hat, ein Nachlassen des Untergrundes an, sondern vielmehr die Wirkung unterirdischer Quellen an der Basis des Turmes. Die Arbeiten, die in den Jahren 1838 und 1839 ausgeführt wurden, haben der Sicherheit des Turmes zu großen Schäden gereicht. Man stieß dabei auf unterirdische Quellen, die es seither nicht gelungen ist, wieder zu schließen. In diesen Quellen liegt die Hauptgefahr für die Stabilität des Turmes. Ihr Wasser enthält beständig geringe Spuren von Erdreich. Dieses wird allerdings zum größten Teil nicht aus den Fundamenten selbst, sondern aus dem Boden südwärts von ihnen weggespült. Trotzdem schädigt auch diese Wegspülung der Umgebung die Fundamente zweifellos. Die Kommission kommt zu dem Schluß, daß eine unmittelbare Gefahr für den Turm nicht bestehe, daß aber mindestens aller vier Jahre die statischen Verhältnisse des Turmes einer Prüfung unterzogen werden müßten. Außerdem rät sie, nicht langs mit gründlichen Arbeiten zu warten, die auf Einfassung der Quellen gerichtet sein müssen.

Theater.

Kammerspiele: Mein Freund Teddy, Lustspiel von Rivore und Besnard. Der Onkel aus Amerika, der sich brühen den Wind hat um die Ohren pfeifen lassen und als dollarschwazer, der Engländer konditioneller Borurteile entwachsener Selbstmordeman bei der Heimkehr allerhand Verzwicktes frisch zupackend ins richtige Gleise bringt — diese ehedem in deutschen Lustspielen und Volksstücken beliebte Gestalt hat mit dem Teddy der Herren Rivore und Besnard mancherlei Verwandtschaft. Wenn auch kein Onkel, zeigt dieser eingeborene Amerikaner, den seine Reife in die elegante Pariser Welt führt, doch onkelhaftes Wohlwollen. Er hat Verstand, Gemüt und selbstverständlich auch die nötigen Millionen. So läuft er Nebensgedenke, die er mit einem Federstrich versenkt, und widmet seine Dienste einer Dame, die er ohne Galanterien und Ehrerungen auf einer fatalen Ehe herausbugliert. Es geht nicht ohne einige erhellende Verrenkungen in den Situationen, aber im ganzen hebt sich das Stück mit seiner Ironie und interessanten psychologischen Klavierung beträchtlich über das gewohnte billige Niveau hinaus. Eine besondere Mischung von Komik und Schaulust, von Draufgängertum und dezentester Zurückhaltung, von Leidenschaft und Nüchternheit, gibt der Figur bei allen mißlautenden Unwahrscheinlichkeiten das Gepräge eigenartiger Individualität. Seine ungeschminkte Solidität und Tüchtigkeit wirkt durch den Kontrast zum hohen Treiben der Umgebung noch eindrucksvoller und sympathischer. Wie selten trifft man in französischen Komödien auf einen gradgemachten, anständigen Kerl, der daran erinnert, daß es in der Welt noch etwas anderes als klüftige Liebeli und Streberer gibt. Sehr amüsanter schildert der erste Akt das Debüt des fremden Wundertieres in dem Salon Madame Morels. Teddy reagiert auf alle Anzuspungen mit halb natürlicher und halb geübter Offenherzigkeit, die erst verflucht und dann als ein pikantes Reiz bestaunt wird. Er gerät sofort in enthusiastische Bewunderung für

die harmonisch liebendwürdige Hausherrin und nimmt in artiger Ergebenheit ihre Lektionen über den guten Ton entgegen. Sein Programm ist fix und fertig vom ersten Augenblick an: Diese Frau paßt nicht zu ihrem gedächstlichen Gatten, der seine politische Karriere unter den schätzenden Pittiden einer althernen Präsidentenwitwe verfolgt; er muß sie selbst heiraten! Wie er den Plan ins Werk zu setzen sucht und wie die Angebetete, der er von seinen Hoffnungen kein Sterbenswortlein sagt, zur Scheidung getrieben, erst einen süßholzpfehlenden Ribalen mit ihrer Hand beglücken will — das bleibt freilich in der Motivierung ziemlich unklar. Die Charakterkomödie verläßt hier in der Mitte stellenweise zur gewöhnlichen Theaterkomödie. Aber die so gewonnene Situation wird dann im Schlußakt wieder sehr glücklich zur Beleuchtung des Charakters ausgenutzt. Der Umschlag von Teddys robuster Entschlußkraft in äußerste Reserve, seine Angst, der geliebten Frau seine Enttäuschung zu nicht merken zu lassen, sein resoluter Zugreifen, als man seine Hilfe anruft, und das Sichfinden der beiden Menschen zeigt eine Fülle humorvoll feiner feilischer Beziehungen, die tief ins Wesen dieses wunderlichen Komizes führen.

Wahmann, der sein Talent so oft an hohe Spagmacherrollen verzetteln muß, faßt hier aus dem Vollen. In distinkter Manier gezeichnet, jeder Versuchung zur Effekthascherei in weitem Bogen aus dem Wege gehend, schloß sich das Bild seines Teddys zu vollkommen lebendiger Einheit.

Else Heims war eine reizend anmutvolle Madame Morel. Aus der hysterischen diktorischen Präsidentin holte Rosa Bertens viel lustige Ergänzungen hervor. Dingelmann, Liedke, Fiedag, Wendow assistierten geschickt in den Nebenrollen. Das Publikum, das sich trefflich zu unterhalten schien, dankte mit starkem Applaus.

Notizen.

- Rußland: Im Lessing-Museum (Brüderstraße 13) findet Donnerstag 8 Uhr ein Loewe-Abend statt, an dem Dr. Leopold Fischerberg die drei großen Legenden des Meisters „Paria“, „Der große Christoph“ und „Gregor auf dem Stein“ zum Vortrag bringt und erläutert. Eintritt frei.
- Eine Geschichte der Arbeit gibt der bekannte Pariser Historiker Prof. Georges Renard im Verlag von Alcan in Paris heraus. Sie wird 12 Bände umfassen, die einzeln um 5 Fr. käuflich sind. Das Werk wird in drei Jahren vollendet vorliegen. Der erste Band ist schon erschienen. Er behandelt „Die Arbeit in der römischen Welt“ und hat den auch in Deutschland bekannten Parteigenossen Paul Louis zum Verfasser.
- Eine Kometenstatistik. Seit dem 16. Jahrhundert sind nach einer neuerdings aufgestellten Statistik 376 Kometen entdeckt worden. Von diesen 376 waren 106 periodisch, und 19 sind bei mehr als einer Wiederkehr beobachtet worden. Nur 56 waren für das unbewaffnete Auge sichtbar und 7 waren auch bei vollem Tageslicht zu erkennen. Die meisten Kometen sind in Marseille entdeckt worden, und zwar nicht weniger als 64; dann kommt Paris mit 46 Entdeckungen und hierauf Genf, Florenz, Vize, Wizza und Berlin mit 12—16 Kometenentdeckungen.

langt und die Mitwirkung der Reichsgefesgebung erweitern will, wird angenommen.

Es folgen die Abstimmungen über die Abänderung der Bestimmungen der Geschäftsordnung über Interpellationen.

Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge werden die Anträge der Geschäftsordnungskommission angenommen.

Über den Antrag der Konserverativen, daß bei der Besprechung einer Interpellation die Stellung eines Antrages unzulässig sein soll, wird namentlich abgestimmt; er wird mit 265 gegen 67 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Nach Schluß der Abstimmungen erklärt

Präsident Kaempf: Die neue Geschäftsordnung tritt meines Erachtens sofort in Kraft. (Zustimmung.) Der erste Tag für kleine Anfragen ist also der nächste Freitag, nachmittags 1 Uhr. Im Interesse des Geschäftsganges schlage ich vor, daß am Mittwoch bis zum Schluß der Sitzung etwaige Anfragen dem Bureau des Hauses übergeben werden. (Zurufe: Heute? Ja wohl; wenn die Anfragen heute am Schluß der Sitzung dem Bureau übergeben werden, so ist nur noch knappe Zeit dazu, sie dem Reichstanzler zu übermitteln und ihm die Zeit zu geben, die Antwort vorzubereiten. Wenn am Dienstag der Tag für die kleinen Anfragen ist, so schlage ich vor, diese Anfragen am Sonnabend bis zum Schluß der Sitzung dem Bureau zu übergeben.)

Das Haus ist mit diesem Vorschlag einverstanden.

Es folgen die Abstimmungen über den Vorschlag der Geschäftsordnungskommission betreffend die Mindeststärke der Fraktionen und die dazu gestellten Anträge.

Der Antrag v. Camp (Sp.), die Jugenabteilung, wird gegen die Stimmen der Rechten und eines Teils des Zentrums abgelehnt.

Der Antrag Schulz (Sp.): Die Vereinigung der Mitglieder und Hospitanten einer Partei bis auf weiteres als zur Teilnahme an Kommissionen und Senatskommissionen ausreichend anzuerkennen, wenn sie mit den Jugenabteilungen 15 Mitglieder erreicht, wird in namentlicher Abstimmung mit 188 gegen 146 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen abgelehnt.

Abgelehnt wird auch der Antrag Albrecht (Soz.): Die Vertreter einer Partei, die 1/10 aller bei den Wahlen abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat, als Fraktion anzuerkennen.

Angenommen wird nur der Antrag der Kommission, daß nur eine Mitgliedervereinigung von mindestens 15 Mitgliedern (Vollmitgliedern und Hospitanten) als Fraktion anzuerkennen ist. Es folgt die zweite Beratung des

### Etats für das Reichsschatzamt.

Hierzu liegt eine Resolution Albrecht (Soz.) und Genossen vor, die Verdrubeten Regierungen zu erlauben, die Unstimmigkeiten und Härten, die sich bei der Einteilung der Ortsklassen ergeben haben, baldigst zu beseitigen.

Abg. Raden (Z.): Dem Antrag Albrecht stimmen wir zu. Ich bitte den Staatssekretär um Auskunft, was in dieser Richtung zu erwarten ist. Eine ganze Reihe von Orten im Westen müssen in eine höhere Ortsklasse versetzt werden.

Reichsschatzsekretär Kühn: Im Jahre 1918 wird eine völlige Neuprüfung der Klasseneinteilung erfolgen. In der Zwischenzeit hat der Bundesrat die Befugnis, einzelne Orte in eine höhere Klasse einzureihen, wenn ein Bedürfnis dazu sich ergibt. Von dieser Befugnis hat der Bundesrat bereits in nicht unerheblichem Umfange Gebrauch gemacht. Im vorigen Jahre sind 67 Orte in eine höhere Ortsklasse eingereiht worden. Wenn neue Tatsachen in einem Orte vorliegen, wird das auch in Zukunft geschehen.

### Abg. Ebert (Soz.):

Die Art, wie der Bundesrat von seiner Befugnis Gebrauch gemacht hat, hat in weiten Kreisen der Beamtenschaft Verwirrung hervorgerufen. Außer Stuttgart sind es fast nur kleine Orte mit wenig Beamten, die in die höhere Ortsklasse gekommen sind. Die Petitionen der größeren Städte sind fast ohne Erfolg geblieben. Dies Ergebnis ist wohl zurückzuführen auf die neuen Grundzüge, die der Bundesrat bei der Prüfung dieser Petitionen angewandt hat und die erheblich von den Grundzügen abweichen, die seiner Zeit Reichstag und Abgeordnetenshaus im Einverständnis mit der Regierung aufgestellt hatten. Danach wurde der Zimmermietpreis ermittelt unter Berücksichtigung der Zimmerzahl, die den mittleren Beamten zugewilligt worden ist, also der Vierzimmerwohnung. Nach den neuen Grundzügen des Bundesrates aber wird geprüft, ob die Mehrzahl der mittleren Beamten eines Ortes mit dem ihnen zustehenden Wohnungszuschuß drei Viertel ihres tatsächlichen Mieteaufwandes decken können. Nun befinden sich unter den mittleren Beamten mehrere Gruppen von Eisenbahnbeamten, die ein verhältnismäßig geringes Gehalt beziehen, und natürlich eine Vierzimmerwohnung nur in ganz wenigen Fällen bezahnen können. Deshalb werden die Orte, in denen die betreffenden Eisenbahnbeamten die Mehrzahl der mittleren Beamten bilden, recht schlecht bei der Einteilung in Ortsklassen wegkommen. Das Verfahren des Bundesrates ist auch deshalb nicht einwandfrei, weil dadurch die Einheitlichkeit der Ortsklasseneinteilung durchbrochen worden ist und mit zweierlei Maß gemessen wird. Eine Erklärung des Finanzministers Leyne vom 18. März 1911, daß bei Prüfung der Petitionen von der Grundlage ausgegangen werden müsse, die die Reichstagskommission zurzeit festgelegt hatte, hatte im gewissen Sinne beruhigend gewirkt. In einer Denkschrift der Beamten aus Eibersfeld und Varmen wird nun aber dargelegt, daß im Januar d. J. eine Deputation dieser Beamten unter Führung des Oberbürgermeisters Herr Leyne vorstellig geworden sei und daß ihre mitgeteilt worden sei, daß Eibersfeld und Varmen deshalb nicht in eine höhere Ortsklasse versetzt werden seien, weil der Bundesrat die früheren Grundzüge des Reichstages nicht mehr als maßgebend anerkenne. Gegen dieses ungeheuerliche Verfahren muß entschieden Einspruch erhoben werden. Es ist überhaupt recht merkwürdig, daß man das Reichsschatzamt mit der Prüfung dieser überaus sozialpolitischen Petitionen beauftragt hat. Ich will nicht sagen, daß man dadurch den Volk zum Gärtner gemacht hat (Heiterkeit), aber es ist doch ganz natürlich, daß das Reichsschatzamt bei seinen Entscheidungen in erster Linie von finanziellen Gesichtspunkten ausgeht; angesichts der Steuerpolitik des schwarzblauen Blocks ist es begreiflich, daß der Staatssekretär in seiner Steuersehen darauf bedacht ist, möglichst viel Ueberflüsse herauszuwirtschaften. Diese Sparpolitik ist hier am wenigsten angebracht, denn hier wird

### gespart auf Kosten der Gesundheit der Beamtenfamilien.

Vor allem hat unter diesem Verfahren die Unterbeamtenchaft zu leiden. Den Unterbeamten hat man ein Wohnungsbedürfnis von zweieinhalb Zimmern zugewilligt (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten). Dabei sind mehr als 60 Proz. aller Unterbeamten verheiratet und haben im Durchschnitt vier Kinder. Also einer sechs-köpfigen Beamtenfamilie müßte man zu, mit zweieinhalb Wohnräumen auszukommen. Im Westen versteht man darunter meist eine Küche, ein Wohn- oder Schlafzimmer und eine Dachsammer. Es muß bei der Einteilung der Ortsklassen Rücksicht genommen werden auf die Einheit der einzelnen Landes- teile und auf Ortsgebräuche. So ist es im Westen vielfach üblich, daß der Mieter den Küchenherd und die Dosen stellen muß. Also eine Revision der Ortsklassen tut dringend not. Je einmütiger Sie unserer Resolution zustimmen, um so größer wird der Eindruck auf die Regierung sein. Den Reichsschatzsekretär erinnere ich daran, daß der Reichstanzler vor kurzem geäußert hat, die Reichsregierung würde der Wohnungsfrage dauernd die Aufmerksamkeit zuwenden, die sie verdient. Nun, hier handelt es sich um einen wesentlichen Teil der Wohnungsfrage, und ich möchte dringend bitten, daß die Regierung auch dieser Resolution die Beachtung zukommen läßt, die sie verdient, und nicht nur die finanzielle, sondern auch die soziale Seite der Frage ertägt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Reichsschatzsekretär Kühn bestreitet, daß die Regierung von den

Grundzügen, welche die Kommission des Reichstages festgesetzt hat, abweichen sei. Von finanziellen Gesichtspunkten ist die Finanzbehörde bei dieser Sache nicht ausgegangen und finanzielle Gesichtspunkte werden auch bei der Erledigung der neuen Petitionen nicht maßgebend sein.

Abg. Dr. Quard (natl.): Die sozialdemokratische Resolution stellt eine Erweiterung der Resolution, die wir beim Postetat angenommen haben, auf alle Beamten dar. Wir werden ihr daher zustimmen. Der Fiskus sollte seine über angebrachte Sparsamkeit aufgeben; schließlich müssen doch die Steuerzahler die Fenster bezahlen, die der Fiskus mit seiner fiskalischen Hartnäckigkeit einwirft. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Sp.): Auch meine Freunde werden für die Resolution stimmen. Auch die Steuerverhältnisse in den einzelnen Kommunen müßten bei der Einteilung der Ortsklassen berücksichtigt werden; gerade diese Steuerverhältnisse sind für die Beamten, die in die Städte versetzt werden, von ganz besonderer Wichtigkeit. — Die Pölle und Steuern werden für das Reich erhoben, aber von den Einzelstaaten wird die Erhebung geordnet, und daraus ergeben sich eine ganze Reihe von Unterschieden und ungleichmäßigen Anwendungen des Posttarifs. Eine einheitliche Regelung würde nicht nur bequemer für das Publikum und die Beamten, sondern auch billiger für das Reich sein. Die gesamte Postverwaltung müßte daher auf das Reich übernommen werden. (Beifall bei der Volkspartei.)

Reichsschatzsekretär Kühn: Der Vordredner hat ein ideales Bild einer einheitlichen Postverwaltung gezeichnet, wie es wohl auch in einem Einheitsstaat zutrifft. Bei uns aber schreibt die Verfassung klar und deutlich vor: „Die Erhebung und Verwaltung der Verbrauchssteuern bleibt jedem Bundesstaat innerhalb seines Gebietes überlassen“, und damit müssen wir uns abfinden.

### Abg. Dr. Landsberg (Soz.):

Meine Parteifreunde unterstützen die Petitionen der Altpensionäre, die für sich selbst sprechen. — Weiter protestiere ich gegen die ungerechte Behandlung der Stadt Magdeburg. 36 Jahre lang befand sich Magdeburg in der Servisklasse 1 und ist jetzt plötzlich in eine niedrigere Servisklasse gesetzt worden. Man kann doch nicht annehmen, daß der Fiskus fast 4 1/2 Jahrzehnte mit dem höheren Wohnungszuschuß den Magdeburger Beamten ein Geschenk gemacht hat. Magdeburg ist der räumlichen Ausdehnung nach die zweitgrößte Stadt, es hat einen Flächeninhalt von über 11 000 Hektar. Infolgedessen müssen die Beamten für sich und ihre Kinder ziemlich viel für Fahrten mit der Straßenbahn ausgeben, und da stellt man Magdeburg plötzlich Städte wie Stolp und Kunaberg gleich. Nach den Mietpreisen, die in Magdeburg ziemlich hoch sind, müßte der Wohnungszuschuß statt 520 M. auf 700 M. bemessen werden. Die Beschwerden der Magdeburger Beamten sind also gerechtfertigt, und die Regierung sollte ihnen abhelfen, indem Magdeburg wieder in die Servisklasse 1 versetzt wird. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erzberger (Z.) befragt gleichfalls eine Erhöhung des Ruhegehalts der sog. Altpensionäre auf gleichem Wege.

Abg. Zimmermann (natl.) betont die Notwendigkeit einer stetigen Finanzpolitik des Reiches. Gesunde Finanzen gehören neben einem starken Heer und einer starken Flotte zu den besten Friedensgarantien.

Abg. v. Döring (Sp.): Der Wunsch auf gerechtere Einteilung der Ortsklassen wird von allen Parteien geteilt und auch ich bitte den Staatssekretär die betr. Petitionen nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Ebenso halten wir die Erhöhung der Pensionen der Altpensionäre für dringend geboten.

### Abg. Wolfenbühl (Soz.):

In bezug auf die Erhebungskosten für Pölle und Verbrauchssteuern ist infolge ein Wandel eingetreten, als vor jetzt nicht mehr, wie früher, aus dem Etat ersehen können, wie hoch die Entschädigungssummen für die einzelnen Bundesstaaten sind. Eine solche Zusammenstellung sollte wieder herausgegeben werden und gleichzeitig die Summen, die die Einzelstaaten für die Erhebung wirklich ausgeben.

Ich möchte auf die schweren Schädigungen eingehen, die die Tabakarbeiter durch das letzte Tabaksteuergesetz erlitten haben. In den Rechnungsergebnissen der Berufsgenossenschaft liegt jetzt eine Grundlage vor, um diese Nachteile genau festzustellen. Daraus ergibt sich, daß im Durchschnitt die Lohnsumme der Tabakarbeiter in einer Reihe von Jahren bis 1909 um 6,65 Proz. gestiegen ist. Man hätte also annehmen können, daß diese durchschnittliche Steigerung weiter angehalten hätte, wenn nicht das Tabaksteuergesetz geltend wäre. In den Jahren 1909/10 beträgt nun nach dem Nachweis der Berufsgenossenschaft der Lohnverlust der Tabakarbeiter, soweit sie gegen Unfall versichert sind, 77 630 000 M.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Von diesem Lohnverlust sind gerade die Verwitwten der Arbeiter betroffen; da in jeder Fabrik natürlich die schwächsten Arbeiter zuerst entlassen werden. Außerdem gibt es auch eine ganze Anzahl Tabakarbeiter, die nicht gegen Unfall versichert sind, die sogenannten kleinen Fabrikanten, die allein arbeiten, und diese sind in die allerbitterste Not gekommen, denn sie haben überhaupt keinen Anspruch auf irgend welchen Schadenersatz, wie er den arbeitslos gewordenen Tabakarbeitern durch das Tabaksteuergesetz zugesprochen war. Also hier kann man einmal ziffernmäßig nachweisen, welches Unheil durch solche Gesetze hervorgerufen werden kann, und ich bitte den Reichsschatzsekretär, wenn es wieder gilt, ein Defizit zu bedenken, nicht wieder zu einer solchen Steuer zu greifen, durch die Tausende und Abertausende der Allerärmsten dem Elend preisgegeben werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Jund (natl.): Was für Magdeburg gilt, gilt auch für eine Reihe anderer Städte; eine Liste solcher Städte werde ich dem Staatssekretär überreichen. Hier will ich sie nicht vorbringen; überhaupt sollten die einzelnen Abgeordneten darauf verzichten, hier Wahlkreisfragen vorzubringen. (Zustimmung.)

Abg. Althorn (Sp.): Der sozialdemokratische Resolution werden meine Freunde zustimmen. Aber allen wird man es nie recht machen können. — Die Petitionen der Altpensionäre werden auch von meinen Freunden unterstützt.

Abg. Vietmeyer (Dietrich, Sp.) erklärt sich für die Wünsche der Altpensionäre und für die sozialdemokratische Resolution.

Die Diskussion schließt.

Die sozialdemokratische Resolution wird angenommen.

Weim Titel: An die Bundesstaaten zur Gewährung von Beihilfen an hilfsbedürftige Kriegsteilnehmer 20 Millionen Mark" fragt

Abg. Prinz v. Salmuth-Carlsath (natl.), was aus den schon im April 1910 einstimmig im Reichstag angenommenen Anträgen zugunsten der alten Kriegsveteranen geworden ist. Die Veteranen befinden sich in einer geradezu bejammernswerten Lage. Wenn man noch länger mit einer Dülse für sie zögert, werden bald die letzten zur großen Arme verkommen sein, und dann kann das dankbare Vaterland ihnen ja ein Denkmal errichten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Besser wäre es, eine Art Wehrsteuer zugunsten der Veteranen einzuführen.

Reichsschatzsekretär Kühn: Mein Amtsvorgänger hat die Frage der gezielten Regelung der Veteranenbeihilfen dadurch für erledigt an, daß fünf Millionen Mark mehr in den Veteranenfonds eingesetzt und daß vom Reichsschatzamt Ausführungsverordnungen erlassen wurden, die den Intentionen des Reichstages entsprachen.

Abg. Welsch (Z.): In der Praxis ist aber die Ausführung dieser an sich guten Bestimmungen durchaus keine milde, sondern vielfach eine recht harte. (Sehr richtig!) Noch immer wird verlangt die dauernde gänzliche Erwerbsunfähigkeit. Vor allem ist zu bemängeln, daß die Ausführungsbestimmungen ganz verschieden gehandhabt werden. (Sehr richtig!) Für die Offizierspensionen und ihre Erhöhung ist immer Geld da, aber für die Veteranen mangelt es an Geld. (Sehr wahr! d. d. Soz.) Es müßte erreicht werden, daß jeder Veteran, der unterstützungsbedürftig ist, auch Unterstützung erhält. (Bravo.)

Die Wetterberatung wird vertagt auf Donnerstag 1 Uhr (außerdem dritte Lesung der kleinen Strafgesetznovelle und kleinere Etats). Schluß 6 1/2 Uhr.

## Parlamentarisches.

### Wehrvorlage und Militärretal in der Budgetkommission.

Die Kommission beendete in der Mittwochsitzung die Beratung der Wehrvorlage. Für einen in Saarbrücken zu garnisierenden Armeekorps wurden 15 300 M. Mietsentschädigung gefordert. Derart hohe Entschädigungen wurden lebhaft kritisiert und schließlich statt der geforderten 15 300 nur 12 000 M. bewilligt. Bei den Forderungen für Pauten für die neuen Truppenteile versuchte der konservative Abgeordnete Carmer für seinen Wahlkreis Garnisonen zu erlangen, fiel mit diesem Versuch jedoch gänzlich ab.

Bei der Beratung des Militärretals führte die Forderung, für zehn weitere Bezirkskommandos Obersten statt bisher Stabs-offiziere als Kommandeure zu bewilligen, zu einer lebhaften Aussprache. Der Kriegsminister begründete die Forderung damit, daß an diese Kommandostellen ehemalige Regimentskommandeure aus Gründen der Mobilmachung gestellt werden sollen, dann aber auch, um ältere und erfahrene Offiziere dort zu haben. Es müsse gegeben werden, daß Bezirkskommandeure sehr oft daneben hausein; dem soll möglichst vorgebeugt werden, was durch die Berufung der erfahrenen Regimentskommandeure geschehen könne. Die Kommission ließ jedoch diese Gründe nicht gelten; sie strich fünf von den zehn geforderten Obersten. Klage wurde darüber geführt, daß Reservisten zum Dienst in den Bezirkskommandos einberufen werden, lediglich um Gefestungsbesuche von Haus zu Haus zu tragen. Die Verwaltung versprach, eine Änderung eintreten zu lassen. Zur Bekämpfung von Naturalien (Brotgetreide, Hafer, Heu, Stroh) wurden 77 413 101 M. angefordert; 12 628 858 M. mehr als im Vorjahre. Nach der Ursache dieser enormen Ausgabenerhöhung befragt, erklärte die Militärverwaltung, die wesentliche gestiegenen Preise seien Schuld an der Erhöhung der Ausgabe. Die Bunkerzöllerei kommt auch bei der Truppenverpflegung recht scharf zum Ausdruck.

Empfohlen wurde, die Verwaltung solle in höherem Maße bei den landwirtschaftlichen Produzenten direkt einkaufen, statt sich der Händler zu bedienen, die höhere Preise fordern. — Die Wetterberatung wurde sodann auf Donnerstag vertagt.

### Brantweinsteuerkommission.

Die Mittwochsitzung der Brantweinsteuerkommission begann mit einer längeren Geschäftsordnungsdebatte. Das ist nicht ersaunlich bei der höchst entwickelten und mangelhaften Geschäftsführung durch den Kommissionsvorsitzenden, den Zentrumsdarstellern Dr. Jechter. Die Mehrheit beschloß zunächst auf seinen Vorschlag, entgegen der sozialdemokratischen Auffassung, die Abänderungsanträge zum geltenden Brantweinsteuergesetz zurückzustellen und bei dem jetzigen Entwurf erst unter dem vierten Abschnitt zuzulassen. Diese Forderung der Majorität ist natürlich aus naheliegenden Gründen völlig berechtigt, und schon im Laufe der Verhandlung zeigte sich, daß sie sich gar nicht durchführen ließ. Auf jeden Fall war aber die Debatte unnötig erspart worden.

Bei den §§ 10, 11 und 12, die sich auf den Durchschnittsbrand beziehen, beantragten die Fortschrittler die Vereinfachung der ganzen Einrichtung und stellten zugleich eine Reihe von Eventualanträgen. Sozialdemokratische Anträge wollten bei den §§ 11 und 12 des Entwurfs eine Herabsetzung der zehnjährigen Frist und die Gleichstellung der gewerblichen mit den landwirtschaftlichen Brennereien. Die Abgg. Sped (Z.) und Dietrich (L.) wandten sich gegen alle diese Anträge, wobei der Abg. Dietrich das künstliche Hinausschieben der Preise noch besonders zu rechtfertigen versuchte. Genosse Dr. Südekum trat für den Antrag auf Vereinfachung des Durchschnittsbrands ein und wies besonders darauf hin, daß die angelegte Aushebung der Liebesgabe bloße Fiktion sei, solange der Durchschnittsbrand und der Vergällungszwang im Geleze bleiben. Denn solange wird die Steuer abgetollt. Bei dieser Gelegenheit entwickelte sich auch eine längere Diskussion über die gesundheitschädlichen Einflüsse des vollständig vergällten Spiritus auf die Arbeitsverhältnisse z. B. in den Lackfabriken. Die Verteidigungsversuche eines Regierungsvertreters wurden vom Genossen Wurm sehr entschieden zurückgewiesen.

Inzwischen hatte der konservative Rebell noch einen Antrag auf Verbotung der landwirtschaftlichen Kartoffelbrennereien in Ostpreußen eingebracht. — In der Abstimmung wurden sämtliche Abänderungsanträge zum Abg. 1 abgelehnt, regelmäßig gegen die zwölf Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittler, denen sich der Nationalliberale Kölich bisweilen anschloß. Für den Antrag Reibel stimmte, nachdem die Worte „landwirtschaftliche Kartoffeln“ gestrichen waren, nicht einmal der Antragsteller. Abgelehnt wurde dann auch der Markenbeschuß für Obstbrantweinstorten.

Bei § 13 wurde der Antrag auf Aufhebung der Vergällungspflicht behandelt. Die Abgg. Sawelshardt (Sp.) und Wurm (Soz.) verteidigten insbesondere die Rechte der Effigindustrie. Staatssekretär Kühn war mit diesen Anregungen naturgemäß nicht einverstanden. Genosse Wurm wandte sich auch gegen die Ausdehnung der Befugnisse des Bundesrats, die doch nur einer Stärkung der Zentrale gleichkomme. Er setzte ausführlich auseinander, daß unsere Bestimmungen dahin gehen, wieder einen freien Markt zu schaffen, der auch für die kleinen landwirtschaftlichen Brennereien eine Besserung bringe. Deshalb richten wir uns in unseren Anträgen gegen jegliche Privilegierung.

Nach längerer Debatte wurden alle Abänderungsanträge abgelehnt. Aber auch der § 13 selbst fiel.

### Die Wahlprüfungskommission

sehte am Dienstag die Prüfung der Wahl des Abg. Kopsch (Piegnitz 5) fort. Es soll bei den betreffenden Behörden Auskunft darüber eingeholt werden, wann und aus welchen Gründen die Anträge in den Wählerlisten erfolgt sind. Wenn weiter die im Protokoll behauptete Beeinflussung der Beamten und Arbeiter des Wahlbezirks Greiffenberg durch den dortigen Bahnvorsteher tatsächlich erfolgt ist, wird die Majorität für Kopsch, die 107 Stimmen beträgt, erklärt. Deshalb beschloß die Kommission einstimmig, den Beschluß über die Gültigkeit der Wahl auszusprechen und Beweis zu erheben. — Wie schon berichtet wurde, haben die Protest- erheber 17 Punkte des Protestes gegen die Wahl des Abg. Pauli-Dagenow zurückgezogen. Die Kommission verhandelte nunmehr als zwei Stunden über die Frage der Inaffizität der Jurisdiktion einzelner Punkte oder auch des ganzen Protestes, nachdem darüber bereits Beschluß gefaßt worden ist. Wie der Referent berichtete, hat der Reichstag bisher über die Frage nur immer von Fall zu Fall und deshalb auch nicht einheitlich entschieden. Die Diskussion wurde schließlich auf die nächste Sitzung vertagt.

### In der Steuerkommission des Dreiklassenhauses

Stellte der fortschrittliche Abgeordnete Cassel den Antrag, die Staatregierung zu erlauben, die Berichte über die Revision der Tätigkeit der Veranlagungskommissionen und ihrer Vorsitzenden vorzulegen. Ueber diesen Antrag entspann sich ein heftiger Kampf. Der Finanzminister sträubte sich außerst gegen ihn, indem er aus- sprachte, daß zwar die Immediatkommission zur Reform der inneren Verwaltung vom Könige das Recht erhalten habe, sich Akten vorlegen zu lassen, nicht aber das Parlament ein solches Recht habe. Die Beamten würden sich nicht mehr so offen über persönliche Verhältnisse und dergleichen mehr gegenüber ihren Vorgesetzten äußern, wenn sie nicht sicher sein könnten, daß ihre Berichte niemandem sonst als der Regierung zugänglich sind. Von konservativer Seite wurde der Minister natürlich in seiner Haltung unterstützt, und es wurde besonders betont, daß der Antrag so aussehe, als dürfe man zu den Landräten als Vorsitzenden der Steuerkommissionen kein Vertrauen haben. Der Antragsteller bemähte

sich durchaus nicht, das zu widerlegen, sondern er erklärte unter Hinweis auf den bekannten Erlaß des Ministers des Innern über die mangelhafte Durchführung des Veranlagungsgeschäfts, daß die Kommission aus der Vorlegung der Akten höchstwahrscheinlich zu einer anderen Ansicht darüber kommen würde, ob die Landräte die geeigneten Vorrichtungen der Steueranlagungskommissionen seien. Der Finanzminister erklärte, daß jener Erlaß nicht die Tätigkeit der Landräte rügen sollte, sondern sie nur veranlassen wollte, sich mehr um das Veranlagungsgeschäft zu kümmern. Schließlich wurde der Antrag, für den sich auch die Nationalliberalen und zum Teil auch das Zentrum aussprachen, mit 14 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Das sozialdemokratische Mitglied stimmte natürlich für den Antrag.

Eine Debatte gab es auch über die von der Regierung vorgeschlagene Strafbestimmung, wodurch die öffentliche Verbreitung der in den Wählerlisten enthaltenen Angaben über die Steuer-, Einkommens- und Vermögensverhältnisse eines Wählers zu anderen als zu Wahlzwecken bestraft werden soll. Es wurde schließlich ein nationalliberaler Antrag angenommen, wonach eine solche Verbreitung dann strafbar ist, wenn sie zu anderen Zwecken geschieht, als zur Nachprüfung oder Richtigstellung der Wählerliste. — Von sozialdemokratischer und fortschrittlicher Seite war der Antrag mit dem Hinweis darauf bekämpft worden, daß nach ihm auch eine Veröffentlichung zu wissenschaftlichen Zwecken und zur Kritik des Dreiklassenwahlrechts verhindert werde; er wurde aber doch angenommen.

## Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Der sozialdemokratische Verein Breslau, der gegenwärtig rund 10 000 Mitglieder zählt, beschloß in einer zweiten außerordentlichen Generalversammlung die Einführung des Vertretersystems zu den geschäftsführenden Versammlungen. Auf je 25 Mitglieder wird ein Delegierter gewählt. Ferner wurde ein Antrag angenommen, daß jährlich mindestens zwei Mitgliederversammlungen stattfinden, in der jedes Mitglied beratende und beschließende Stimme hat. Das neue Statut, das mit dem 1. Juli in Kraft tritt, wurde einstimmig angenommen.

Sier Genossen und eine Genossin, die gegen die gewerkschaftlichen Grundsätze verstoßen haben, wurden aus der Partei ausgeschlossen.

Die Organisation der Arbeiter-Union Zürich.

Das neue Statut der Schweizer sozialdemokratischen Partei, das nur noch eine Zugehörigkeit der politischen Vereine kennt, gab der Delegiertenversammlung der Arbeiter-Union Zürich Anlaß, eine Kommission zur Beratung einer Statutenrevision einzusetzen. In der Kommission fanden sich zwei Meinungen gegenüber. Die Vertreter des Gewerkschaftskomitees traten für eine Trennung der gewerkschaftlichen und der politischen Bewegung auch auf lokalem Boden ein. Zwar sollen beide wie die anderen auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehenden Vereine in der Union vereinigt bleiben, auch über gemeinsame Angelegenheiten, wie Bildungswesen, Raiffeisen, gemeinsam entschieden. Sonst aber sollen beide Teile selbständig und unter besonderer Oberleitung über ihre Aktionen entscheiden. Speziell soll die gewerkschaftliche Kassensführung getrennt und zur Deckung der Ausgaben für Gewerkschaftssekretariat, Auskunftsabteilung der Arbeitskammer (Arbeitssekretariat), die nur ein Gewerkschaftsmitglied erfolgen soll, und sonstige Gewerkschaftsaufgaben bestimmt werden, während die Partei ihre Ausgaben aus den Beiträgen der politischen Vereine bestreiten soll. Für größere Aktionen können freiwillige Beiträge durch die betreffenden Komitees erhoben werden. Sonst sollen Ausgaben allgemeiner Natur im Verhältnis zur Mitgliederzahl der Gewerkschaften und Vereine bestritten werden.

Die Vertreter der politischen Organisation treten im Gegensatz dazu für die Erhaltung der gemeinsamen Organisation in Zürich ein, da diese die Einheitlichkeit der Arbeiterbewegung verkörpere und die erzielten gewerkschaftlichen und politischen Erfolge ihr zu danken seien, auch namentlich gewerkschaftliche Organisationen vorhanden seien, deren Interessen ebenso auf politischem Wege gewahrt werden müßten. Eine Vernetzung der Organisation werde eine Kräftezerpflünderung herbeiführen. Eine Neuorganisation der Kassensangelegenheiten solle bei Revision der Statuten erfolgen. — Die Kommission selbst hat keine Beschlüsse gefaßt. Vielmehr wird Mitte Mai die Frage in der Delegiertenversammlung der Union erörtert, danach in den Vereinen beraten werden. Erst dann soll die endgültige Beschlussfassung erfolgen.

Die deutschen Sozialdemokraten Ungarns

hielten jüngst eine Landeskonferenz ab. Man beschäftigte sich zunächst mit der Parteipresse, die aus den dreimal wöchentlich erscheinenden Blättern in Budapest und Bregburg und dem Halbwochenblatt in Temesvár besteht. Ein Antrag, diese Blätter zu einem Tagesblatt zu vereinigen, ging zunächst an die Parteileitung. Auf der Landeskonferenz waren 49 Organisationen aus 37 Gemeinden durch 63 Delegierte vertreten. Da alle Geldsammlungen verboten sind, konnten 48 Gemeinden nicht delegieren. Es gab auch hier, nach dem Bericht der Wiener „Arbeiterzeitung“, eine nationale Debatte insofern, als Genosse Baron erklärte, die Bewegung müsse sich auf die Feldarbeiter und Kleinbauern stützen, da die deutschen Industriearbeiter ja doch magyarisiert würden. Die Gewerkschaften vernachlässigten die deutschen Arbeiter. Diesen als separatistisch betrachteten Berichten — wogegen sich Baron allerdings unter Betonung dessen, daß die deutschen Arbeiter auf die magyarischen angewiesen seien, verwahrte — trat namentlich Genosse Kalmar entgegen, der betonte, daß Barons Voraussetzungen über die Magyarisierung der Industriearbeiter falsch sei und daher auch die deutsche Bewegung keineswegs bloß als Feldarbeiterbewegung angesehen und geleitet werden dürfe.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Der überpinselte alte Zieten.

Nach langem Kampfe war es der Arbeiterschaft von Alt-Drewitz, im Kreise Königsberg-Neumark, im genannten Orte gelungen, das Lokal des Gastwirts Häbner zu öffentlichen Volksversammlungen zu erhalten. Die erste Versammlung fand am Sonntag, den 28. April statt.

Am 30. April wurde dem Gastwirt vom Herrn Amtsvorsteher Wolfram gegen Empfangsbescheinigung folgendes Schreiben zu gestellt.

Der Amtsvorsteher Alt-Drewitz, den 29. April 1912.  
J. Nr. 563

Zwangandrohungsbefugung.

Kochend Sie Ihre Lokalitäten den hiesigen Sozialdemokraten unbeschränkt preisgegeben haben, fordere ich Sie hierdurch auf, spätestens bis zum 4. Mai dieses Jahres die Ueberschrift über Ihrem Gasthause, „Zum alten Zieten“ entfernen zu lassen, widrigenfalls diese Ueberschrift auf Ihre Kosten von Amts wegen entfernt werden wird.

(Stempel)

Wolfram.

Am 6. Mai erschien ein Herr Bachmeister in Begleitung eines Malermeisters von Alt-Drewitz beim Gastwirt Häbner und meldete diesem, daß er im Auftrage des Amtsvorstehers das Schild über seinem Gasthause zu ändern habe.

Dem konnte der Gastwirt nicht entgegenreten; er mußte es ruhig mit ansehen, wie sein Schild mit weißer Farbe vom Malermeister überpinselt wurde.

Ein Bild für den Gastwirt, daß es sich nur um den Namen „Zum alten Zieten“ handelte. Hätte sein Gasthaus den Namen „Kaiser Wilhelm“ oder „Deutscher Kronprinz“ geführt, so wäre es vielleicht von „Amts wegen“ gänzlich abgedrungen worden.

Die Angelegenheit ist sofort einem Rechtsanwalt übergeben worden.

Vielleicht ist es möglich, da solches Vorgehen gegen Gastwirte im Kreise Königsberg nicht zur Seltenheit gehört, bei dieser Gelegenheit herauszubekommen, ob sich die Amtsvorsteher selbst zu solchen Maßnahmen berechtigt halten, oder ob noch „höhere Stellen“ dahinterstehen.

## Aus Industrie und Handel.

Gold- und Diamantengeschäfte.

Die großen Geldbanken, die ihre Hände in allen Großgeschäften der Welt stecken haben, sind selbstverständlich an Goldminen und Diamantenerzfeldern reichlich interessiert. Gerade Gold- und Diamantengeschäften gelten auf den Börsen und bei dem spekulierenden Privatpublikum als Anlage mit Ausichten auf Riesenerlösen. Bei den Banken ist heute durchaus nicht mehr klar, ob sie das größere Interesse an der Gold- und Diamantenproduktion oder an der Raffinerzeugung von Goldminen und Diamantenerzfelder-Aktiengesellschaften und dem Handel mit deren Werten haben.

Der Goldminen- und Diamantenerzfelderkongress der Deutschen Bank läßt jetzt wieder solche Gedanken in den Vordergrund treten. Die Deutsche Bank hat die Vertretung ihrer Interessen an Goldminen- und Diamantenerzfeldern in einer Trustgesellschaft vereinigt, der H. Goetz u. C. Limited, London, einer nach englischen Aktienrecht gegründeten Verwaltungskommission. Sie besitzt zurzeit ein Aktienkapital von rund 30 Millionen Mark. Ueberdies haben andere deutsche Großbanken ebenfalls Trustgesellschaften mit gleichen Aufgaben. So ist die General Mining and Finance Corporation das gleichartige Unternehmen der Dresdener Bank. Sie besitzt wieder neun große Trustgesellschaften, die in Britisch-Südwestafrika, zumeist im Transvaal distrikte, liegen. Das Aktienkapital dieser neun Unternehmungen, die durch die Muttergesellschaft kontrolliert werden, beträgt zurzeit zusammen über 135 Millionen Mark. Die Gesellschaft verleiht diesmal infolge schlechter Konjunktur keine Dividende. Das gleiche ist bei der Goetz u. Co. der Fall.

Die Goetz u. Co. ist mit Herrschaftsmacht über 22 große Gesellschaften ausgestattet, die zumeist Goldminen sind und ebenfalls in Transvaal liegen. Aber auch in Mexiko und Deutsch-Südwestafrika besitzt die Gesellschaft große Beteiligungen. Besonders interessant sind die Interessen des englischen Tochtertrusts der Deutschen Bank an Gesellschaften im deutschen Kolonialgebiet. Es handelt sich hier in erster Linie um die South West Africa Co. Sie wurde ebenfalls nach englischen Rechte, aber schon 1892 gegründet. Heute besitzt sie ein Aktienkapital von 36 Millionen Mark. Sie ist mit umfangreichsten Land-, Minen- und Eisenbahnrechten ausgestattet. Diese Aktiengesellschaft ist charakterisiert durch ihre starke Beteiligung und Kontrollierung anderer südwesafrikanischer Unternehmungen. Die South West Africa Co. hat außer der bedeutenden Stabgesellschaft, mit der bekanntlich auch schon das Deutsche Reich Eisenbahngeschäfte gemacht hat, eigenliche selbstbetriebsfähige Unternehmungen nennenswerter Art überhaupt nicht mehr. Ihre Hauptaufgabe ist wieder, als Trustgesellschaft über eine ganze Anzahl von südwesafrikanischen Unternehmungen, Aktiengesellschaften, zu wachen und sie zu kontrollieren. Mit der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika, der anderen größten deutschen Kolonialgesellschaft, zusammen hat sie dabei außerdem noch einige wichtige Kolonialunternehmen gegründet. So die Hansatische Land- und Minengesellschaft und die Kalao-Land- und Minengesellschaft. Wichtig ist auch, daß Diamantenfunde auf dem eigentlichen Gebiete der South West Africa Co. gar nicht dem deutschen Handel zugute kommen. Diese Diamanten gehen vertrieben an das Debbersyndikat, der bis zum Jumarlebringen deutscher Diamanten absolut allmächtigen Verkaufsstelle für Diamanten.

Gewinne und Verluste dieser einzelnen Unternehmungen, ihrer mittlerischen Kontrollinstitute und noch höheren Kontrollgesellschaften lassen sich überhaupt nicht genau mehr erkennen.

Ran weiß man, daß auch hier wieder durch die Deutsche Bank über 1000 Millionen Mark arbeitendes Kapital kontrolliert wird. Dazu kommt dann die unheimliche Macht über den Kurs der spekulativen Aktienwerte all dieser Unternehmungen, der ja immer, ganz gleich ob er steigt oder fällt, der Geldbank Gewinne abwirft.

Die Regierungen wollen solchen Mammuten gegenüber gar nichts weiter, als sich mit ihnen abfinden. So hat ja auch das deutsche Kolonialamt unter anderem mit der South West Africa Co., dem einen Tochtertrust der Goetztrustgesellschaft, die weitgehendsten Verträge abgeschlossen. Dasselbe ist auch bei anderen Kolonialgesellschaften geschehen. Es mußte geschehen, denn die Kolonialunternehmen besitzen ja den dritten Teil von Deutsch-Südwestafrika.

Wenn auch starke Kurs- und Konjunkturschwankungen gerade in der Gold- und Diamantenproduktion die Regel sind, die jetzigen schlechten Abschlüsse, und nicht nur in Südwestafrika, zeigen, daß hier manches Haar in der Suppe schwimmt. In Südwestafrika ist's die durchaus unsichere Kenntnis über den Umfang der Diamantenlager, von denen man nicht weiß, wie lange sie noch vorhalten. In der Goldproduktion ist es, besonders bei den Randminen, die Arbeiterfrage, die eine entscheidende Rolle für die Gesellschaften spielt. Es bezeichnet eine hohe Entwicklungsstufe des Kapitalismus, wenn man daran denkt, daß neben tausend anderen Stellen auch in Südwestafrika die Regelgölme für Diamantensuchen und in Transvaal die Minenarbeiterverdienste zuletzt doch immer wieder in den Direktorialräumen der Deutschen Bank zu Berlin mitbestimmt werden. Ebenso die Kurshöhe von Duzenden spekulativer Werte. Und der Erfolg? Der Goldstrom fließt fortgesetzt, schwächer und stärker, in die Taschen der Besthenden, unten stehen die Arbeiter und fordern und kämpfen, verlieren und — werden siegen.

## Aus der Frauenbewegung.

„Führende Frauen“.

I.

Die Vorträge der Jugendgruppe des Vereins Frauenwohl wurden am 20. April fortgesetzt und am 6. Mai beendet. An dem vorletzten Abend lautete das Thema: „Die 48er Bewegung und die Begründung der deutschen Frauenbewegung“. Frau Beneke-Schroer referierte über „Malvida von Meyenburg“, Frau Regine Deutsch über „Luise Otto Peters und Auguste Schmidt“. Wer nun gelangt hätte, etwas über die Kämpfe der 48er Jahre zu hören, der wurde gründlich enttäuscht. Frau Beneke-Schroer sah ihre Aufgabe darin, Malvida von Meyenburg nur von einer einzigen Seite zu schildern: als die Ministerochter, die gegen den Willen ihrer Angehörigen diese verließ, um sich eine auf eigene Arbeit begründete Existenz zu schaffen und trotz oder gerade infolge ihrer aristokratischen Abstammung von allen Menschen, auch den Frauen, forderte, nicht länger als Droschke zu leben, sondern jede Arbeit zu ergreifen, „weil die niedrige Arbeit, wenn sie eine Pflicht ist, den Menschen ehrt“. (Meyenburg, Memoiren II.) Von der Demokratin Meyenburg, die mit allen Revolutionären der 40er und 50er Jahre sympathisierte, zum Teil auch persönlich verkehrte, sprach Frau Beneke-Schroer überhaupt nicht. Gewiß ist M. v. M. Zeit ihres Lebens Ideologin geblieben, aber sie sah das Ziel der Zukunft in der Verletzung der Götter und des Individuums vom Despotismus des Staates und der Familie, und sie forderte für die Arbeiter das Recht, sich zu verbinden zu Zwecken der Bildung, der gegenseitigen Unterstützung der wahren Solidarität — nicht als eine Klasse der Opposition um jeden Preis, sondern als eine wohlberechtigte Klasse der Gesellschaft, ja zum Teil als deren wahre Grundbesitzer, die ihre Rechte haben muß, damit sie ihre Pflichten lösen kann.

Malvida v. Meyenburgs Bedeutung liegt für die Frau von heute mehr auf politischem, wie auf rein erzieherischem Gebiet, weil sie eine der wenigen war, die die Politik aus dem Leben der Frau

nicht ausgeschaltet sehen wollte, sondern ein wesentliches Erziehungsmittel zum ganzen Menschen in ihr erblickte.

Luise Otto Peters hat sich gleich Malvida v. Meyenburg hohe Verdienste erworben um die bessere Erziehung des weiblichen Geschlechts. Ihr war es verpönt zur praktischen Lösung dieser Frage durch die Gründung der Frauenschule in Leipzig gewissermaßen den ersten Anstoß zu geben. Frau Regine Deutsch entwarf ein fesselndes Bild des an Entbehrung und Verlorenheit reichen Lebens dieser ersten deutschen Pionierin auf dem Gebiete der Frauenbewegung. Auch Luise Otto forderte die politische Freiheit aller, weil ohne sie kein Fortschritt denkbar sei. 1868 gab sie die Zeitschrift „Neue Bahnen“ heraus, die von Auguste Schmidt redigiert wurden; 1865 gründete sie den Allgemeinen Deutschen Frauenverein und 1869 in Berlin den ersten Arbeiterinnenbildungsverein, der aber 1877 schon wieder einging. — Sie ist ihr Leben lang eine aufrichtige Freundin und Kämpferin für das arbeitende Volk gewesen, aber den Anschluß an die Sozialdemokratie hat sie nicht zu finden gewußt.

Ihre langjährige Mitarbeiterin und Freundin, aber nicht Gesinnungsgenossin, Auguste Schmidt hat der Arbeiterklasse keine Sympathie und Verständnis entgegengebracht. 1894 kam es in Berlin zur Gründung des Bundes deutscher Frauenvereine, bei der sich die Mehrzahl der anwesenden Vereine gegen die Aufnahme „offenkundig sozialdemokratischer Vereine“ erklärte. Frau Regine Deutsch löst die Frage offen, ob dieser Ausschluß zustande gekommen wäre, hätte die damals geistig und körperlich nicht mehr frische 76jährige Luise Otto Peters noch ihren alten Einfluß geltend machen können.

Ran hätte Luise Otto Peters, die bald darauf starb, diese „reinliche Scheidung“ hinaus schieben können, aber eingetreten wäre sie auf jeden Fall. Die Vorkämpferin im Kampfe gegen die Zulassung sozialdemokratischer Vereine war Auguste Schmidt, die darin eine „Gefahr“ für den „Bund“ erblickte, obwohl politische Frauenvereine zu jener Zeit noch gar nicht vorhanden sein konnten und auch nicht existierten. Daß sich unter den vier Frauen, die gegen diesen Beschluß protestierten und für die Zulassung der sozialdemokratischen Vereine eintraten, Frau Gauer befand, beweist, daß sich schon bei der Gründung des Bundes eine reaktionäre und eine radikale Richtung geltend zu machen suchte.

Leserabende.

Mariendorf. Donnerstag, den 9. d. M., abends 8 Uhr, bei Restaurateur Paul, Königstraße 14.

Vorfrühwald. Der Frauen-Leserabend findet diesmal umständlicher am Freitag, den 10. Mai, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, in den Vorfrühwaldersälen statt. Vortrag des Genossen Kurt Heinig. — Zur Versammlung am Freitag, Sonntag, den 12. Mai, treffen sich die Genossinnen mittags 1 Uhr im Restaurant von Strauß.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Der Treffpunkt für die Beschäftigung des Abends für Obdachlose (Friedrichstraße 15) ist für Sonntag, den 12. Mai um 1 $\frac{1}{2}$  Uhr (nicht 8 $\frac{1}{2}$  Uhr) festgesetzt.

Nachtrag 104/13  
zu unserer in Nr. 89 dieser Zeitung veröffentlichten Bilanz: Die Gesamtbilanzsumme bei 160 Genossen beträgt am 30. September 1911 1555 Mark. Geschäftsguthaben und Haftsumme haben sich um 15 M. vermehrt. Vatererzgenossenschaft Volksbrot eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Der Vorstand: Keliahn, Mölzer.

Vornehme

Herren-

Bekleidung

fertig und nach Maß

erhalten Sie in der modernen Mass-Schneiderei

J. Kurzberg

auf Wunsch Wochenrate.

von 1 Mark an

Rosenthaler Strasse 40

Haarkecher Markt.

Frankfurter Allee 104

Ecke Friedenstrasse.

Reinickendorfer Str. 4

Weddingplatz.

Anhängelisch

für Balkons als Pult etc.

Neu!

von 2.10 M. an.

Klappstühle

Gartenmöbel

Blasberg, Markgrafstr. 94.



Haus- und Wohnungsbaus-Ausstellung

von Dedarhoffstraße für den städtischen Hausbau, vom 4. Mai bis 12. Juni 1912, Berlin

Ausstellungshallen am Zoo

Täglich Konzert

Lichtbilder-Vorträge • Entree 1.- Mark

Stoffe

für eleg. Maßanzüge, Ulster, Palotets, Damenkostüme etc. 3.- 4.- 6.- 8.- 12. Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.

Gertraudenstr. 20-21, Petrifische.

Des „Vorwärts“-Lesern gewähre Rabatt.

Gardinen-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin, Oranienstr. 158

Abgepaßte Fenster, weiß und crème

p. Fenster 2<sup>35</sup>, 3, 4-60 M.

Imit. Paint-lace-Künstler-Gardinen, p. Fenster M. 6<sup>75</sup>

Elegante Sezessions-Tüll-Stores . . . . . M. 1<sup>85</sup>

Gestickte echte Spaachtel-Stores . . . . . M. 7<sup>75</sup>

Goldfarbige reichgestickte Band-Stores . . . . . M. 3<sup>85</sup>

Tüllbettdocken, Größe 160/220 cm . . . . . M. 2<sup>50</sup>

Reichgest. Erbstüll-Bettdecken . . . . . M. 6<sup>75</sup>

Elegante Tüll-Bettdeckenwände . . . . . M. 6<sup>75</sup>

Briso-Bisse (Scheibenschleier) 25, 35, 40, 60 Pfennig.

Nach auswärts p. Nachnahme. Spezial-Katalog mit circa 650 Abbildungen gratis und franko.

Unserem Genossen  
**Max Oestreich** nebst Frau  
 zum 25jähr. Ehejubiläum  
 die herzlichsten Glückwünsche.  
 Genossen des 577. Bezirks,  
 Kopenhagener Straße.

**Todes-Anzeigen**

**Verhand der Tapezierer.**  
 (Filiale Berlin.)  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß unser Kollege, der Tapezierer  
**Eugen Lichtenstein**  
 am 5. Mai an Lungenerkrankung  
 gestorben ist.  
 Die Beerdigung findet am  
 Donnerstag, den 9. Mai, nach-  
 mittags 3 Uhr, von der neuen  
 Halle des jüdischen Kirchhofes in  
 Weihensee, Eingang Lehninger-  
 Straße, aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 178/8 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher  
 Transportarbeiter - Verband.**  
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
**Nachruf.**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß unser Kollege, der Leitergerüstbauer  
**Hermann Abholz**  
 am 3. Mai im Alter von 27 Jahren  
 verstorben ist. 63/19  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Bezirksverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten  
 die traurige Nachricht, daß meine  
 liebe Frau und gute Mutter,  
 Schwester, Schwägerin und Tante  
**Marie Schlicht** geb. Schimko  
 nach langen, schweren Leiden am  
 7. Mai, abends 11 $\frac{1}{2}$  Uhr, sanft  
 entschlafen ist. 35A  
 Dies zeigt bestattet im Rahmen  
 der Hinterbliebenen an  
**Max Schlicht**, Strahmannstr. 30.  
 Die Beerdigung findet am  
 11. d. Mai, nachmittags 4 Uhr,  
 von der Halle des Central-Fried-  
 hofes in Friedrichsfelde aus statt.

**Dankagung.**  
 Allen Verwandten, Freunden und  
 Bekannten sage ich für die herz-  
 liche Teilnahme sowie reichlichen Kranz-  
 spenden bei der Beerdigung meiner  
 lieben Frau, unserer unvergesslichen  
 Mutter auf diesem Wege unseren  
 besten Dank. 15965  
**Friedrich Wudick**, Putzer,  
 nebst Kindern.

**Dankagung.**  
 Für die liebevolle Teilnahme und  
 Kranzspenden bei der Beerdigung  
 meines lieben Mannes  
**August Hüber**  
 sage allen, besonders dem Verein der  
 Gastwirte Nordost Berlin, dem Ver-  
 band der freien Gast- und Schenkwirte,  
 Rahlfelde Berlin, den Genossen  
 des IV. Berliner Wahlkreises, Be-  
 zirk 208, Teil II, den Mitgliedern des  
 Sparvereins „Siene“, sowie allen  
 Verwandten und Bekannten meinen  
 herzlichsten Dank. 60A  
 Frau Hüber nebst Tochter.

**Dankagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlichster  
 Teilnahme bei der Beerdigung unseres  
 teuren Entschlafenen sagen allen Ver-  
 wandten, Freunden und Bekannten,  
 dem Wahlverein Kreis Niederbarnim,  
 Bezirk Weihensee, dem Verband der  
 Tischler (Filiale Berlin III), dem  
 Sparverein „Lehrer Kaser“ und  
 insbesondere den Sängern unseren  
 tiefgefühltesten Dank. 19A  
 Berlin-Weihensee, den 9. Mai 1912.  
 Frau **Herminda Keller**  
 und Kinder.

**Dr. Simmel**  
 Spezial-Arzt  
 für Haut- und Harnleiden.  
 Prinzenstr. 41, sieht am  
 Moritzplatz  
 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Gardinen- haus Bernhard Schwartz	Erst- klassige Bezugs- quelle
Wahlstr. 13 (Ortelshaus)	f. Gardinen u. Teppiche

**Steinarbeiter!**

Freitag, den 10. Mai, abends 8 Uhr, in den „Armin-  
 hallen“, Kommandantenstr. 58/59:  
**Kombinierte Versammlung.**  
 Tagesordnung:  
 1. Stellungnahme zu den ausstehenden Anträgen zum Verbandstag.  
 2. Bericht über den Stand der Verhandlungen zwecks Einführung eines  
 paritätischen Arbeitsnachweises. 3. Beschlußfassung über die Höhe der dies-  
 jährigen Kaimarkte und Ausgabe derselben. 4. Verschiedenes.  
 Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, insbesondere derjenigen,  
 die noch nicht im Besitze der Arbeitslosenunterstützungs-Quittungs-  
 Karte sind, zu erscheinen.  
 171/11\* Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Bauarbeiter - Verband.**  
 Zweigverein Berlin.

Am Sonntag, den 12. Mai d. J., vormittags 10 Uhr, finden  
 in den unten angegebenen Lokalen folgende

**Mitglieder-Versammlungen**  
 statt:  
**Staker**  
 im Englischen Garten, Alexanderstr. 27 o.  
**Fahrstuhlarbeiter**  
 bei Wilke, Gedastanstr. 39.  
**Hilfsarbeiter**  
 im Englischen Garten, Alexanderstr. 27 o.  
 Vollzähliges Erscheinen der in Frage kommenden Kollegen erwartet  
 139/6\* Der Zweigvereinsvorstand.

**Extrastützungs-kasse für Buchbinder u. verw. Gewerbe**  
 zu Berlin.

**Außerordentl. Generalversammlung**  
 am Sonntag, den 12. Mai, vormittags präzis 10 Uhr, in  
 Graumanns Festsälen, Raumnstr. 27.  
 Tagesordnung:  
 1. Auflösung der Kasse. 2. Gründung eines Vereins.  
 3. Statutenberatung. 15985  
 Mitgliedsbuch legitimiert.  
 Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ist nötig.  
 Der Vorstand. R. A.: H. Kausa, Vorsitzender.

**AN DIE ARBEITERSCHAFT GROSS-BERLINS**

Die Berliner Gewerkschaftskommission und die Leitung des Zentralverbandes der sozialdemokratischen  
 Wahlvereine hat am 3. April (vgl. „Vorwärts“ vom 5. April) beschlossen, „das Vorgehen des Propaganda-  
 Ausschusses „Für Gross-Berlin“, der durch eine umfassende Agitation die Bevölkerung von Berlin und  
 seinen Vororten über die Wichtigkeit weiträumiger Bebauung, der Schaffung von Parks und Spielplätzen  
 und des Ausbaues eines grossartigen Verkehrsnetzes aufzuklären sucht, nach Kräften zu unterstützen.“

**DIE NÄCHSTEN VERANSTALTUNGEN:**

**Morgen Freitag, den 10. Mai,**  
 Anfang pünktl. 8 $\frac{1}{2}$  Uhr abends  
**NEUE WELT, HASENHEIDE 108-114**  
 Fräulein Dr. Gertrud Bäumer über:  
 „Die Frau und die Wohnungspolitik“  
 Dr. Fr. Naumann über: „Gross-Berlin“  
**KONKORDIA-SÄLE, Androsstr. 64**  
 Professor Dr. Paul Sommerfeld über:  
 „Die Hygiene der Wohnung“  
 Reichstagsabg. Dr. Quarek über: „Die  
 Wohnungspolitik der Kommunen“  
 Dr. Jablonski, Vors. des Waldschutz-  
 vereins über: „Berliner Waldschutz“  
**HIERAUF: FREIE DISKUSSION**

**Dienstag, 14. Mai abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr**  
**PRACHTSÄLE W., Spichernstraße 3**  
 Landtagsabgeordn. Paul Hirsch über:  
 „Die Aufgaben des Zweckverbandes“  
 Professor Dr. Edvard Lehmann über:  
 „Die Sommerfrische für jedes Kind“  
 Privat-Dozent Dr. Werner Weisbach  
 über „Gross Berliner Stadtbaukunst“  
**BOCK-BRAUEREI, Tempelhofer Berg**  
 Direktor Wetekamp-Schöneberg über:  
 „Die Gross-Berliner Spielplatzfrage“  
 Geheim. Medizinal-Rat Professor Dr.  
 Ewald über „Berliner Waldschutz“  
 Dr. W. Hegemann über „Gartenstädte“  
 Paul Hirsch, M. d. A. (Thema s. oben)

Mit Zustimmung der erwähnten Körperschaften ergeht die Aufforderung an  
 die Berliner Arbeiterschaft die Veranstaltungen recht zahlreich zu besuchen

*Goldminne Malzoffene  
 meist am meisten von dem...*

*Lux Tafel macht's!*

**Manoli**  
 Cigarettes  
 Specialmarken  
**Abbas Dandy  
 Gibson Girl**

Zähne 1,50 M. 10 Jahre Garantie.  
 Zahnarzt Wolf, Potsdamer Straße 55 (Hochbahnstation).

Lieferwagen und alle Sorten  
 Räder Balladenstraße 101/1 15506

**Los nur 1 Mark.**

Ziehung schon 14. Mai  
 Mecklenburgische Pferde-

**Lotterie**

1528 Gewinne 1. W. v. 100.000 M.  
**70000**  
 darunter 50 Pferde, W. Mark:  
**40000**  
 I. Hauptgewinn W. Mark:  
**10000**  
 II. Hauptgewinn W. Mark:  
**5000**  
 III. Hauptgewinn W. Mark:  
**3000**

Lose à 1 M. 11 Lose aus ver-  
 schied. Taus. 10 M.  
 Porto u. Liste 25 Pf. extra durch  
 das General-Debit

**H. C. Krüger**

BERLIN W 8, Friedrichstr. 193a  
 Ecke Leipziger Straße  
 sowie alle durch Filiale  
 kenntlichen Verkaufsstell.  
 Telegr.-Adr.: „Goldquelle“

An diesem  
 Schild  
 sind die Läden  
 erkennbar,  
 in denen  
 SINGER  
 Nähmaschinen  
 verkauft werden.

**ORIGINAL  
 SINGER  
 NÄHMASCHINEN**

Mustergültig in Konstruktion und Ausführung.  
 gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.  
**Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.**  
 BERLIN, Leipziger Straße 92.  
 Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

**Albessinier-  
 Pumpen**  
 zum Selbstanstellen für  
 Gartenschläuche u. Lauben-  
 kolonnen von 8 M. an  
 Hängelpumpen,  
 Gartenschläuche,  
 Filter, Röhren,  
 Schläuche usw. billigst.  
 Erdböhrer leichtweis.  
**Karl Köchlin & Co.**  
 Berlin SW.,  
 Alte Jakobstr. 20/22  
 (IV 1676.)

Ziehung v. 13.-18. Mai 1912  
 Grosse Coburger  
**Geld-Lotterie**  
 17333 Geldgewinne ohne Abzug - A  
**360000**  
**100000**  
**50000**  
 Lose 3.-, Porto u. Liste 30 Pf. extra  
 empfiehlt sich vornehmlich allen  
 unser Fachbesitzer  
**Emil Stiller**, Hamburg  
 Holzdamm 70

**Gartenstadt  
 Falkenhagen - West**

direkt am Bahndorf  
 Geesefeld.  
 Leichter Erwerb eines  
 Eigen-Objekt!  
 Von neuer Aufstellung  
 herrliche  
 Hochwald - Gärten und Land-  
 parkanlagen.  
 Ca. 20. bezugs von 15 M. an.  
 Kleine Anz., langjähr. Erwerbs-  
 obj. herrliche Garten u. Sommer-  
 häuser von 20.000.-, Eigen-  
 heit von 20.000.-, anstehend.  
 3. Kultur. Wasser, gas, elektr.  
 Auskunftstelle auf dem Terrain.  
**Nieschalke & Nitsche,**  
 Berlin,  
 Neue Königstr. 16.  
 (Eink. Königstr. 27A.)

**Die Qualität gibt den Ausschlag!**



MAGGI'S Suppen sind aus den besten Rohmaterialien hergestellt; sie enthalten die natürlichen Bestandteile hausgemachter  
 Suppen und schmecken ebensogut wie diese. Allein echt mit dem Namen **MAGGI** und der Schutzmarke „Kreuzstern“

Arbeiterinnen! Agitiert für den Frauentag! Zum Kampf für Euer Recht!

Abgeordnetenhaus.

87. Sitzung. Mittwoch, den 8. Mai, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Kommissare, später Reicherr v. Schorlemer.

Die zunächst auf der Tagesordnung stehende Vorlage betreffend die Erweiterung des Stadtkreises Trier wird nach kurzer Diskussion, in der u. a. Abg. Hoffmann die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion begründet, an die Gemeindevorstandskommission verwiesen.

Hierauf wird nach untwesentlicher Debatte die Vorlage betreffend Reinigung öffentlicher Wege in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Das Besessungsgesetz. Erste Lesung.

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer: Der Besessungstour ist hervorgerufen durch die andauernden Verluste deutschen Besitzes. Der Kampf des Deutschtums gegen die Dänen und Polen um den ländlichen Grundbesitz ist nun einmal unvermeidlich. Trotz der Tätigkeit der 1888 ins Leben gerufenen An siedelungskommission nimmt der deutsche Besitz in Posen und Westpreußen dauernd ab. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und auch in Ostpreußen, Schlesien und Pommern vermehrt sich der polnische Besitz. In Oberdeutschland ist das Zusammenleben der durch die Sprache zum Teil getrennten Bewohner durch die von außen herein getragene großpolnische Bewegung gewiß nicht im Staatsinteresse sehr empfindlich gestört worden. Ähnliches ist in Rheinland-Westfalen zu gewärtigen. In einem Artikel „Die Polen im Westen bei den Reichstagswahlen“ wird gesagt, daß wohl die größere Hälfte der dortigen Polen schon im ersten Wahlgang den Sozialdemokraten gewählt und entgegen der Enthaltungssparole des polnischen Zentralwahlkomitees die Polen bei der Stichwahl überwiegend sozialdemokratisch gewählt haben, so in Essen und Dortmund. Die Wirtschaftspolitik der dortigen polnischen Blätter stimmt völlig mit der der Sozialdemokratie überein. Das schreibt die „Kölnische Volkszeitung“, die doch gewiß die weitgehendste Rücksicht auf polnische Wünsche und Interessen genommen hat. Der Minister wiederholt dann den bereits bekannten Inhalt des Gesetzes, betont, daß das Dänentum ebenso vordringt wie das Polentum und erucht um Annahme der national und wirtschaftlich bedeutenden Vorlage. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen, Jischen bei den Polen und Dänen, erneuter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Treseow (L.) begrüßt die Einbringung der Vorlage und fordert ihre Ausdehnung auf die Provinz Brandenburg. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich beantrage Ueberweisung an die Budgetkommission.

Abg. Klode (Z.) begrüßt zwar die Einführung des im Interesse des Bauernstandes gelegenen Ackerbaurechts, lehnt aber die Vorlage in der vorliegenden Form nach den Erfahrungen mit der An siedelungspolitik, bei der die katholischen Bauern als national minderwertig betrachtet werden, ab. Das sind unsere Bedenken. (Rufe bei den Polen: Mehr nicht!) Die Besitzfestigung müßte allen Landesteilen zugute kommen, dann würde sie ein Verg. des Friedens und Segens. Ich beantrage Ueberweisung an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Blasel (natl.): Daß wir der Vorlage freundlich gegenüberstehen, werden Sie erwartet haben. (Natürlich! bei den Polen und Sozialdemokraten.) Vor Wafflingen wird sich die Vorlage wohl nicht verabschieden lassen. Mit der Ueberweisung an die Budgetkommission sind wir einverstanden. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Wolff-Lissa (Sp.): Für solche Ausnahmefälle sind wir nicht zu haben. Wir haben Ihnen den Mißerfolg der An siedelungspolitik vorausgesetzt. Nur der wirtschaftlich Schwache wird zur Besitzfestigung schreiten. Der Redner begründet dann den Antrag seiner Partei, mit Staatshilfe das Kapital der Pfandbriefanstalt in Posen auf 6 Millionen zu erhöhen. Ueber den gemeinnützigen Charakter der durch die Vorlage unterstützten deutschen Mittelstandskasse und Bauernbank kann man verschiedener Meinung sein. Wer sich zur Besitzfestigung entschließt, ist für alle Zeiten gebunden. Wir wollen Frieden haben und deshalb müssen Ausnahmefälle unterbleiben. (Beifall bei der Volkspartei.)

Abg. v. Trampzynski (Pol.): Der Minister sucht das Zentrum gegen uns iohart zu machen. Wir erkennen aber an, daß es sich uns gegenüber stets auf den Standpunkt der Gerechtigkeit und des praktischen Christentums gestellt hat. Mit dem gleichen Recht, wie der Minister und die Majoren und Wenden vorhält, könnte man sagen, die Katholiken werden als gleichberechtigt nur anerkannt, wenn sie sich als Protestanten fühlen. (Sehr gut! links. Lärm rechts.)

Die Vorlage widerspricht der Reichsverfassung. Die sagt, daß Deutsche in Deutschland nirgends an Grunderwerb gehindert werden dürfen. (Hört! hört! bei den Polen.)

Abg. Bieder (st.): Das Gesetz ist mit der Reichsverfassung vereinbar. Die polnischen Genossenschaften dienen dem Rationalismus. (Lebhafter Widerspruch der Polen.) Redner ist für die Vorlage.

Ein Regierungsminister erklärt, daß die Posener Pfandbriefanstalt auch weiterhin unterstützt werden wird.

Abg. Borchardt-Berlin (Soz.):

Die Auslegung des Artikel III der Reichsverfassung durch den Abg. Bieder erinnert an das Wort: Man müßte ein schlechter Jurist sein, wenn man nicht alles beweisen könnte. (Sehr gut! links.) Da war der nationalliberale Landtagskandidat für Teltow-Beeskow vor sechs Jahren viel würdiger und vornehmer, als er sagte: Weil ich ein Deutscher bin, siehe ich auf deutscher Seite, ohne mich auf die Frage Recht oder Unrecht einzulassen. (Sehr gut! links.)

Sie sprechen von national gefährdeten Landesteilen. Ja, wer ist die Nation? Die Armen und Bedrückten, die 66 Proz. des Polens, die wir vertreten.

Wir sind die nationale Partei

(Lachen rechts) und als solche erklären wir, die Nation will mit den Polen in Ruhe und Frieden leben. (Lachen rechts.)

Woher weiß denn der Minister beim geheimen Wahlrecht, daß die Polen in Westfalen sozialdemokratisch gestimmt haben? Woher weiß es die „Alln. Volksz.“? Freilich! Der Minister ja selbst, wenn die Polen so gehoriam und wandlungsfähig sein werden, wie sie die Regierung will, dann wird man sie mit der Reichspolitik der Schikanen verschonen. Damit ist ja gegeben, worum es sich handelt: um eine Verfolgung der Polen wegen ihrer Ueberzeugungstreue! (Zustimmung bei den Sozialdemokraten und Polen.)

Abg. Klode ließ durchblicken, daß das Zentrum dem Gesetz geneigt wird, wenn die Zentrumsanhänger von einer Anwendung ausgenommen werden. Vielleicht schreibt man ins Gesetz hinein, Zentrumsanhänger dürfen nicht befristet werden!

Der Mißerfolg der ganzen Polenpolitik, der ja offen zutage liegt und heute wieder vom Minister zugegeben wurde, legt den Gedanken nahe, daß hinter ihre Motive stehen, als das der

Festigung des Deutschtums. Seit 1886 hat der deutsche Besitz um 100 000 Hektar abgenommen und der polnische Besitz diese gewonnen. Wo sollen denn die aus ihrer Heimat verdrängten Polen bleiben? Da die Regierung doch wohl mit den Polen nicht so verfahren will, wie mit den Hereros in Südwestafrika, wird man sich doch mit der Frage des Verbleibs der Polen, die man doch nicht erlösen und erschlagen kann, beschäftigen müssen. Das erklärt es, daß die Polen in den am Westen angrenzenden Provinzen immer mehr Grund erwerben.

Von nationalliberaler Seite wurde der „Königsberger Hartungischen Zeitung“ gesagt, daß die Expropriierung nur Haß und Verbitterung

säe, aber die Polen doch nicht aus Deutschland fortbringe. Schlesien sei doch im Begriff, von den Polen zurückerobert zu werden! (Hört! hört! bei den Polen.)

Gewaltpolitik führt immer zum Mißerfolg, siehe Kulturkampf und Sozialistengesetz. Mit Gewalt und Brutalität kann man keinen Gedanken und kein zivilisiertes Volk totschiagen. Es wird dadurch nur in den Verfolgten bewundernswürdiger Opfermut großgezogen. Früher beim Zentrum, dann bei uns, jetzt auch bei den Polen. — Auf der Seite der Interbrüder aber werden immer die niedrigsten und häßlichsten Empfinden geschäkelt. Die Regierung erklärt ja selbst, daß die deutschen Grundbesitzer in Posen und Westpreußen aus Gewinnsucht, nach guter Bezahung ihres Patriotismus, ihren Besitz an den „Erbsind“ verkaufen. Selbstsucht und niedrigste Gewinnsucht werden geäußert und das soll jetzt noch auf weitere Provinzen übertragen werden.

Es handelt sich um einen Verkauf verschuldeter Besitz, die ihre ganze Selbständigkeit hingeben müssen.

Die Bank bezahlt ihnen aus Staatsmitteln die Schulden.

Das ist die ganze Sache, aus dem nationalen Phrosenwust herausgeschält. Einem Teil der ländlichen Besitzler werden aus Staatsmitteln die Schulden verringert. Dafür erleiden sie eine Einschränkung des Besitzrechts, müssen das Wiederkaufrecht mit 15 Proz. Abzug in Kauf nehmen. So wird ihnen „geholfen“.

Aber es kann auch sein, daß einer den Besitz festigen läßt, um seine Gläubiger zu betrügen. Das Grundstück kann subhastiert, aber niemand anderem zugeschlagen werden ohne Zustimmung der Ansteldungskommission.

Das Gesetz soll unsere Mitbürger brutalisieren. Es ist aber, wie wir oft genug gesehen haben, unweissam, denn die Vertriebenen müssen doch anderswo hin! Nun forderte der konservative Redner Ausdehnung auf Brandenburg. Dehnen Sie es auf ganz Preußen und Deutschland aus, dann können wir uns vielleicht näher kommen. In seiner jetzigen Form ist das Gesetz ein Eingriff in die Privatwirtschaft, der Staat übernimmt einen Teil der Vermögensverwaltung.

Wenn Sie einige Schritte weiter: lassen Sie den Staat, die Gesellschaft die ganze landwirtschaftliche Vermögensverwaltung übernehmen, das läßt sich auch leichter machen — und dann sind wir mit Ihnen einverstanden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. — Hört! hört! links. — Lachen rechts.)

Wir sind der Meinung, daß dieses Gesetz nicht einmal eine Kommissionsberatung verdient. Nicht nur aus den von mir vorgebrachten Gründen, sondern auch nicht zuletzt aus solchen der Reinlichkeit und Moral! (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Donnerstag 11 Uhr: Weiterberatung; Secundärbahnvorlage. Schluß 5 Uhr.

Für Groß-Berlin,

das vom Zweverband das Heil erwartet, wurde am Dienstag in zwei vom Propagandausschuß nach Berlin-Nord einberufenen Versammlungen auf neue eine die Wohnungs-, Verkehrs- und Erholungsbedürfnisse der Bevölkerung mehr berücksichtigende Politik gefordert. In beiden Versammlungen richtete das Interesse sich hauptsächlich auf die Erörterung der Frage, wie weit der Terrainspekulation und neben ihr auch den Hausbesitzern, die merkwürdigerweise getreulich zu ihr halten, eine Schuld an den besagten Uebelständen beizumessen ist, und welche Stellung diese am Wohl und Wehe der Gemeinden angeht. In der ersten Versammlung, die am 2. d. M. stattfand, wurde die Terrainspekulation als die Ursache der Uebelstände angesehen, in der zweiten, die am 4. d. M. stattfand, wurde der Hausbesitz als die Ursache angesehen. In beiden Versammlungen wurde die Terrainspekulation als die Ursache der Uebelstände angesehen, in der zweiten, die am 4. d. M. stattfand, wurde der Hausbesitz als die Ursache angesehen.

In der Versammlung bei Valschmieder (Wahstraße), die feierlich besucht war, referierte der Reichstagsabgeordnete Genosse Südekum über das Thema „Wir und die Hausbesitzer“. Was in Berlin und Vororten an kommunalpolitischen Unterlassungsünden begangen worden ist, erklärte er aus der Rücksichtslosigkeit unserer Kommunalverwaltung, die immer noch den Hausbesitzern ihre Vorrechte in der Kommune sichert. Scharf rechnete er mit Bürgermeister Reide ab, der bei den Hausagrarier den Appetit nach noch mehr Vorrechten zu wecken sich nicht scheut hat. In einem großen Teil Deutschlands gebe es überhaupt kein Hausbesitzerprivileg für die Stadtvertretungen, und gerade dort sei die Verwaltung der Städte müßterhaft zu nennen im Vergleich zu Preußen, das durch seine Städteordnung den Hausbesitzern die Möglichkeit eines ausschlaggebenden Einflusses gewährt. Die Folge solcher Zustände sehe man dann auf wirtschaftlichem Gebiet. In Berlin habe die zum allergrößten Teil aus Mietswohnungen angewiesene Bevölkerung schwer unter der Wohnungsmisere zu leiden, gegen deren Entwicklung nichts Erhebliches getan worden sei. Durch Mängel der Bauordnung und des Bebauungsplans sei der Bodenspekulation ihr Treiben erleichtert worden, dessen Früchte nicht den Mietern und schließlich auch nicht mal den Hausbesitzern zum Segen geworden seien. Es sei erwiesen, daß ohne Kostenerhöhung bessere Wohnungen geschaffen werden können. Für die bisher noch nicht der Bebauung erschlossenen Terrains Groß-Berlins müsse das durchgesetzt werden. Jetzt gelte es, die Städteverweiterung den privaten Profitmachern zu entwinden und sie eine öffentliche Angelegenheit werden zu lassen. Aber gegen die dieses Ziel anstrebende Agitation des Propagandausschusses für Groß-Berlin leiste das Hausagrarierium und die Terrainspekulation heftigsten Widerstand. Das gebe so weit, daß freisinnige Hausbesitzer Berlins sogar gegen das Säulenplakat mit den verkümmerten Kindergestalten die Polizei angerufen habe, weil davon eine Erregung des Massenbewußtseins zu befürchten sei. Gegenüber solchen Widerständen müsse das Volk erkennen, was auf dem Spiel steht. Erreicht müsse werden, was der Propagandausschuß als Mahner des Zweverbandes von ihm fordert: für Groß-Berlin eine Sicherung weiträumiger Bebauung mit gelunden Kleinwohnungen, Schaffung guter und billiger Verkehrsmittel, Erhaltung von Wiese und Wald für Spiel und Erholung.

Die besondere Frage einer Vermehrung der Spielplätze für Groß-Berlin wurde in einem Referat des Schöneberger Stadtdirektors Nobet behandelt. Daß es in Berlin und Vororten an Spielplätzen fehlt, habe man längst gewußt und schon früher ausgesprochen, ohne daß es bestritten wurde. Erst jetzt, wo der Propagandausschuß daran seine Forderungen knüpfte, solle es plötzlich nicht wahr sein. Zu dem Protest der Hausbesitzer gegen das die Verkümmern der Großstadtkinder kennzeichnende Säulenplakat erinnerte Referent an eine auf der Ausstellung „Die Frau

in Haus und Verus“ feilgehaltene Postkarte, die eine Gruppe gesunder Kinder im Nobelsport zeigte. Dieses Bild sei gemäß worden von der Gattin des Bürgermeisters Reide, und Modelle dazu seien ihr die eigenen Kinder gemessen, deren Gesundheit allerdings nicht dem Berliner Straßenpflaster verdankt werde. Für die Bevölkerung Groß-Berlins, nicht nur für die Kinder, sondern auch für die Erwachsenen, müsse vom Fiskus gefordert werden, daß er durch billige Vergabe von Grund und Boden die Spiel- und Erholungsgelegenheiten vermehre.

In der kurzen Diskussion wies ein Vertreter der Bodensreformers darauf hin, daß die Stadt Uim den Grundbesitz größtenteils erworben und durch Schaffung gesunder Wohnungen die Sterblichkeit verringert habe. Die Direktor des neugegründeten Schutverbandes für den deutschen Grundbesitz und Realcredit, Herr van der Vorcht, habe jetzt in Scheris „Tag“ einen Mißerfolg dieses Uimer Unternehmens beweisen wollen mit Hilfe von Zahlen, die — wie sich herausstellte — aus dem Jahre 1896 stammten. Dr. Hegemann, der Geschäftsführer des Propagandausschusses, teilte hierzu mit, daß Uims Oberbürgermeister diesen „Beweis“ ein „starkes Stück“ genannt habe.

Die Versammlung schloß mit Annahme einer Resolution, die die Ziele des Propagandausschusses billigte und vom Zweverband ihre Verwirklichung forderte. Ein Zufall protestierte gegen die Waldverkäufe der Stadt Spandau, an denen allerdings der Zweverband nichts mehr ändern kann.

Die Versammlung in den Pharusälen (Müllerstraße) war nur mäßig besucht, aber hier kam es zu einer lebhaften Auseinandersetzung mit den Hausbesitzern. Den Reigen der Referenten eröffnete der Berliner Professor du Bois-Reymond, der hier über die Spielplatzfrage sprach. Angesichts der Wohnungsverhältnisse gesünder als die Städte seien, und es sei auch durch Beobachtungen an wandernden Schulkindern nachgewiesen worden. Referent forderte, daß den Kindern ermöglicht werde, täglich auf dem Spielplatz sich zu tummeln.

Die Aufgaben des Zweverbandes Groß-Berlin erörterte Dr. Kuczynski, Direktor des Schöneberger Statistischen Amtes. Gegenüber den Machenschaften der Terrainspekulation müßte die öffentliche Meinung den Zweverband stützen und treiben, seine Aufgaben zu lösen, die weiträumige Bebauung herbeizuführen, billige Schnellbahnen zu schaffen, einen Wald- und Befensgürtel freizuhalten.

Es folgte schließlich ein Referat des Genossen Südekum, der auch hier über „Wir und die Hausbesitzer“ sprach.

In der Diskussion, die sich bis nach Mitternacht hinzog, wandte ein Bodensreformers sich gegen den schon erwähnten Schutverband und nagelte die schon in dem Bericht über die andere Versammlung gewürdigte Leistung seines Direktors von der Vorcht fest. Die Bestrebungen dieses von der Terrainspekulation beherrschten Schutverbandes wurden auch von einem anderen Diskussionsredner beleuchtet. Ein Hausbesitzer klagte, daß es ihm schlecht gehe und er so manchen Leidensgefährten habe. Ein anderer Hausbesitzer behauptete, die Schaffung guter Wohnungen sei beim Mietsfajernsystem billiger.

Nach einem Schlußwort Südekums wurde auch hier eine Resolution angenommen, die die Verwirklichung der von dem Propagandausschuß aufgestellten Ziele dem Zweverband zur Pflicht machte.

Von den übrigen Versammlungen, die noch geplant sind, finden die beiden nächsten am Freitag um 7 1/2 Uhr in der „Neuen Welt“ (Hafenstraße) und in der „Concordia“ (Andreasstraße) statt. Es ist zu wünschen, daß sie besonders aus der Arbeiterbevölkerung recht zahlreich besucht werden.

Vertagung des Mordprozeß Trenkler.

Zur gestrigen Verhandlung, die Landgerichtsdirektor Dr. Gayer um 9 Uhr eröffnete, war der Angeklagte nicht erschienen. Der Vorsitzende teilte mit, daß nach seiner Anordnung der Angeklagte nicht vorzuführen sei, wenn er nach dem Gutachten der Verze nicht verhandlungsfähig sei und ersuchte die Sachverständigen um ihr Gutachten.

Medizinalrat Dr. Hoffmann: Ich habe mich gestern noch mehrfach um den Angeklagten bemüht; er war vollständig erschöpft, so daß er gleich nach der Beendigung des gestrigen Termins in Schlaf versiel und eigentlich Tag und Nacht geschlafen hat. Er hat reichlich Blut gespußt, auch frisches Blut. Jede Erregung, die ja bei der Verhandlung nicht zu vermeiden ist, bringt größere Wutergüsse, so daß Lebensgefahr besteht. Ich habe deshalb angeordnet, daß er das Bett nicht verlassen darf. — Vorsitzender: Läßt sich irgendwie voraussehen, ob und wann der Angeklagte wieder verhandlungsfähig sein dürfte? — Medizinalrat Dr. Hoffmann: Das läßt sich nicht sagen; jedenfalls dürften Wochen vergehen.

Gerichtsarzt Dr. Strauch: Ich habe den Angeklagten heute untersucht. Er zeigte etwas erhöhte Temperatur, war ganz erschöpft und es erfolgte frischer Blutaustritt. Jedenfalls ist der Angeklagte heute, morgen und übermorgen verhandlungsunfähig. Wenn er wieder verhandlungsfähig sein kann, ist nicht zu sagen; vielleicht werden wir beauftragt, den Angeklagten zu beobachten und später ein Gutachten über seinen Zustand abzugeben.

Medizinalrat Dr. Störmer: Ich schließe mich den Vordnern an. Ich habe den Angeklagten gestern besucht, ihn sich auch entkleiden lassen und seinen Rücken mit dem Hörrohr untersucht. Ich habe das Vorhandensein einer bedeutenden Höhle in der Lunge festgestellt; es bröckelte und massenhafte Kaffelgeräusche waren vernehmbar, also alle Zeichen einer vorgeschrittenen Lungentuberkulose vorhanden. Andererseits verfügt der Angeklagte über eine große Lebensenergie an sich, er hat ja auch schon einen großen Blutsturz überwunden. Ich empfehle, nach Monaten noch einmal den Versuch zu machen, ob er verhandlungsfähig ist und bitte, und den Auftrag zu erteilen, von Zeit zu Zeit um den Mann zu bekümmern und in einen Gedankenaustausch darüber einzutreten, ob und wann der Angeklagte wieder verhandlungsfähig ist.

Staatsanwalt Leiferling beantragt hiernach, die Sache zu vertagen und den Gerichtsarzten anzugeweiht, den Angeklagten von Zeit zu Zeit zu untersuchen.

Rechtsanwalt Dr. Max Cohn schloß sich diesem Antrage an.

Das Gericht beschloß auf Grund der soeben gehörten Gutachten die Sache auf unbestimmte Zeit zu vertagen und einen neuen Termin anzusehen, wenn von den Gerichtsarzten festgestellt ist, daß der Angeklagte verhandlungsfähig ist.

Gerichts-Zeitung.

Die Verführten.

Wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften hatte gestern die 6. Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichts-

rats Simbal gegen den Verlagsbuchhändler Sieghart Cohn und gegen den Schriftsteller Hans Hnan zu verhandeln. — Die Anklage wurde vom Staatsanwalt Dr. Linde vertreten, als Verteidiger der Angeklagten fungierten die Rechtsanwälte Frankfurter und Wolfgang Feine. Gegenstand der Anklage bildet der von dem Angeklagten Hnan verfasste Roman „Die Verführten“, welcher in dem Verlage des Angeklagten Cohn in Buchform erschienen war, nachdem er schon vorher unter dem Titel „Im Namen des Befehles“ in der Zeitschrift „Vorwärts“ veröffentlicht worden, ohne daß seitens der Staatsanwaltschaft hiergegen eingeschritten worden war. Wie die Anklage behauptet, soll der Roman einige grob unästhetische Stellen enthalten, die geeignet seien, das Schamgefühl eines Lesers von normalem Empfinden stark zu verletzen. Diese Behauptung wurde von den Angeklagten mit aller Entschiedenheit in Abrede gestellt. Es handele sich lediglich um einen Roman, in welchem auch Dinge aus dem Bereich des erotischen in der dem Autor eigenen derb-naturalistischen Art geschildert werden und der natürlich für Mädchenpensionate und fromme Damenstifte nicht geeignet ist.

Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses wurde auf Antrag des Staatsanwalts, gegen den Widerspruch der Verteidiger, wegen Gefährdung der Sittlichkeit die Öffentlichkeit ausgeschlossen. In der Weisungsaufnahme wurde das beschlagnahmte Buch zur Verlesung gebracht, die mehrere Stunden in Anspruch nahm. Die Sachverständigen Dr. Paul Lindau, Sudermann und Freiherr von Jochims erklärten übereinstimmend, das Buch sei nicht unästhetisch und habe einen hohen Kunstwert. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt gegen den Verlagsbuchhändler Cohn 50 M. und gegen Hnan 200 M. Geldstrafe. — Das Gericht kam zu einer Preisprechung, da es in Übereinstimmung mit den Sachverständigen annahm, daß es sich um ein gutes Buch handele, welches moralische Tendenzen verfolge.

#### Meineid wegen 13 Mark.

Unter der Anklage, wegen der geringen Summe von 13 M. einen Meineid geleistet zu haben, hatte sich gestern eine Schneiderin vor dem Schwurgericht des Landgerichts II zu verantworten.

Die Angeklagte war im Januar 1909 auf Kosten der Armenverwaltung der Stadt Schönberg in der königlichen Charité verpflegt worden. Als ihr, nach ihrer Entlassung die übliche Rechnung der Armenverwaltung vorgelegt wurde, verweigerte sie die Zahlung der in Höhe von 13 M. veranschlagten Kurkosten. Sie wurde dann von der Stadt, nachdem eine bei der Angeklagten vorgenommene Pfändung fruchtlos geblieben war, zur Leistung des Offenbarungseides geladen, den sie auch im August v. J. leistete. Wie die Anklage behauptet, soll die Angeklagte hierbei verschwiegen haben, daß sie bei der Depositionskasse A der Deutschen Bank ein Guthaben von 3000 M. hatte. Die Anzeige selbst war von der Schönberger Armenverwaltung ausgegangen, trotzdem die Angeklagte inzwischen den Betrag von 13 M. freiwillig gezahlt hatte.

In dem Ermittlungsverfahren gab die Angeklagte an, daß sie bei der Leistung des Eides der Meinung gewesen war, daß sie über jenes Guthaben gar kein Verfügungsrecht mehr gehabt habe. Sie habe sich durch Vermittlung des inzwischen wegen anderen Verbrechen in Untersuchungshaft befindlichen Kaufmanns Thunau in Spekulationsgeschäfte in Kanadapapieren eingelassen und Verluste gehabt, so daß sie annehmen mußte, daß das Guthaben verbraucht sei. — Die Ermittlungen ergaben jedoch, daß Thunau jene Geschäfte auf eigene Rechnung gemacht und die Angeklagte auch nie deshalb in Anspruch genommen hatte, so daß diese mit der Möglichkeit rechnen mußte, daß das Guthaben noch in voller Höhe vorhanden sei.

Vor Gericht behauptete die Angeklagte, daß sie feinerzeit infolge einer kurz vorher erfolgten Niederkunft geistig so geschwächt gewesen sei, daß sie die Bedeutung der ganzen Handlung bei der Eidleistung gar nicht recht erfaßt habe. — Der Staatsanwalt hielt die Anklage in vollem Umfange aufrecht. — Die Geschworenen entschieden nur die Schuldfrage nach fehlerhaftem Faltscheid. Das Gericht erkannte auf 5 Monate Gefängnis.

#### Schadenersatzklage gegen den Hamburgischen Staat wegen schlechter Beschaffenheit von Diensträumen.

Nach § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuchs hat beim Vorliegen eines Dienstverhältnisses der Dienstherrn die Räume, Vorrichtungen oder Gerätschaften, die er zur Verrichtung der Dienste zu beschaffen hat, so einzurichten und zu unterhalten, daß der Dienstverpflichtete gegen Gefahr für Leben und Gesundheit soweit geschützt ist, als die Natur der Dienstleistung es gestattet. Schadenersatzklagen wegen Verletzung dieser Vorschrift gehören nicht zu den Seltenheiten. Dem Reichsgericht lag nun kürzlich ein solcher Rechtsstreit zur Entscheidung vor, der in tatsächlicher und rechtlicher Beziehung sehr interessant ist.

Der Münzwarden B. in Hamburg ist im Oktober 1895 in den Dienst des Hamburgischen Staats getreten, und zwar als Leiter des chemischen Staatslaboratoriums, das der Münze angegliedert ist und die Aufgabe hat, im Interesse des Erzhandels Untersuchungen der Erze vorzunehmen. Nach wiederholter Erkrankung ist B. im Jahre 1906 pensioniert worden. Er behauptet, die zu seiner Pensionierung führende Krankheit habe er sich im Dienst infolge Einatmung metallurgischer Dämpfe im Laboratorium zugezogen; die deutlichen Einrichtungen des Laboratoriums, das im Keller eines vom Staat angekauften Privathauses betrieben wurde, seien ungenügend gewesen. Er verlangt deshalb vom Hamburgischen Staat

Ersatz seines Schadens, der in der Differenz zwischen der Pension und seinem Gehalt besteht und jährlich etwa 4000 M. beträgt.

Das Landgericht und das Oberlandesgericht Hamburg haben den Klagenanspruch für gerechtfertigt erklärt. In seinen Entscheidungsgründen führt das Oberlandesgericht aus: Der Staat hat nicht minder wie der private Dienstherr die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß seine Angestellten bei ihrer Arbeit ihre Gesundheit nicht zu schädigen brauchen; er hat deshalb auch die Arbeitsräume entsprechend einzurichten. Der Beklagte hatet deshalb für die Schadenersatzforderung des Klägers, wenn die Arbeitsräume des Laboratoriums in mangelhaftem Zustande waren. Die Dienstunfähigkeit des Klägers ist nach dem Gutachten der Sachverständigen zurückzuführen auf das Einatmen giftiger Gase im Laboratorium. Bei der Arbeit im Goldschmelzapparat bildeten sich überaus schädliche, saure, giftige und nitrische Dämpfe; bei Zinneruntersuchungen sind Zinnalkalidämpfe, bei Holzamerzuntersuchungen Quecksilberdämpfe entstanden. Diese schädlichen Gase mußten sich bei der Enge der Laboratoriumsräume in den Arbeitsräumen verbreiten. Die Abzugsvorrichtungen waren ungenügend. Schon im Jahre 1890 hatte der damalige Direktor der Münze Verlegung des Laboratoriums wegen unzureichender Räume beantragt. Der Kläger selbst hat auch in Berichten an die vorgesetzte Behörde, die Deputation für Handel und Schifffahrt, ausgeführt, daß die Räume höchst ungenügend seien und daß er für etwaige Gesundheitschädigungen der dort tätigen Beamten nicht einstehen könne. Die im Jahre 1901 eingeführte Lüftungsanlage war nicht geeignet, ausreichende Verbesserungen herbeizuführen. Nach weitläufigen Verhandlungen ist dann schließlich 1906 eine neue große Lüftungsanlage hergestellt worden. Der Beklagte wies dem Kläger vor, daß er durch unsachgemäße Einrichtung der Arbeitsräume, durch das Zusammenbringen aller möglichen Apparate in einem Zimmer, durch die vom Kläger angewandte Arbeitsmethode zur Vermehrung der schädlichen Dämpfe beigetragen habe. Alle diese Vorwürfe sind aber nach Ansicht des Oberlandesgerichts nicht geeignet, eine Mitschuld des Klägers zu rechtfertigen. Auch den weiteren Vorwurf des Beklagten, daß der Kläger in seiner Eigenschaft als sachverständiger Leiter des Laboratoriums nicht mit größerem Nachdruck bei der nichtfachmännigen vorgesetzten Behörde, der Deputation für Handel und Schifffahrt, auf Abhilfe gedrungen habe, hält das Oberlandesgericht für un begründet. Jede der vor 1906 ausgeführten Lüftungsanlagen hatte sich als unzureichend herausgestellt; es wäre Pflicht des Staates gewesen, sofort eine durchgreifende Tenberung der Räume vorzunehmen, zu einer Zeit, als die Erkrankung des Klägers noch zu vermeiden war. — Das Reichsgericht hat dieses Urteil des Oberlandesgerichts am Mittwoch bestätigt und die Revision des Hamburgischen Staats zurückgewiesen. (Allgemein: III, 364/11.)

### Jugendbewegung.

#### Die Errichtung eines Jugendheims

Beschloß am Montag eine Versammlung des sozialdemokratischen Vereins in Lübeck, nachdem bereits in der vorigen Woche die Vorstände der Gewerkschaften sich für das Projekt ausgesprochen hatten und sich bereit erklärt, die Hälfte der daraus entstehenden Kosten zu tragen. Auch in Lübeck sind die Feinde der proletarischen Jugendbewegung mit dem dortigen Reichsverbandsgeneral an der Spitze eifrig bemüht, die Arbeiterjugend für ihre Zwecke zu fangen. Dieser haben sie allerdings bitterwenig Aussicht auf Erfolg. Wenn der Arbeiterjugend, die bisher im Gewerkschaftshause ihre Zusammenkünfte abhielt, ein eigenes Heim geschaffen sein wird, in dem sie sich wohl fühlen kann, so ist eine weitere Erklarung der proletarischen Jugendbewegung in Lübeck mit Sicherheit zu erwarten.

### Aus aller Welt.

#### Gold aus Blut.

In Monte Carlo im Fürstentum Monaco besteht die berühmte Spielbank, auf der die Edelsten und Besten der kapitalistischen und feudalen Klassen zusammen mit allerhand minderbemittelten Abenteurern, Desraudanten, Dirnen und listernen Spielbürgern ihr Glück versuchen. Zahllose zerstörte Existenzen, ruinierte Familien, Selbstmorde und Verbrechen sind das eine Ergebnis des Teufelspulks, der am glänzendsten Punkte der modernen „Zivilisation“ sein Wesen treibt. Das andere Ergebnis ist etwas freundlicher. Die Badegesellschaft, die diese Anstalt unterhält und ein Aktienkapital von 60 Millionen Franken besitzt, hat im abgelaufenen Geschäftsjahre eine Dividende von 19,2 Millionen (82 Proz.) „verdient“. Im Vorjahre wurde die gleiche und 1909/10 eine Dividende von 18,9 Mill. Fr. verteilt. Dazu kommt noch die Abgabe von 7 827 000 (im Vorjahre 6 724 000) Fr., die dem Fürsten zusteht, dem als Zieffischer und Freund des deutschen Kaisers bekannten Albert von Monaco. Also 20½ Millionen in einem Jahre: ein winziger Bruchteil der Umsätze, die der Kapitalismus der arbeitenden Klasse entzieht und doch durch die besondere Frivolität und Grausigkeit der Vorgänge ein besonders kennzeichnender Ausdruck der Kultur und des Christentums unserer Gesellschaft.

### Festungsfreuden.

In Weichselmünde verfuhr zurzeit der Rechtskandidat Haase eine Festungsstrafe wegen Zweikampfes. Am 30. März erhielt der junge Mann Damenbesuch und als ritterlicher Reizbegleiter er seine Besucherin zunächst zur Festung hinaus und geleitete sie dann nach dem nahegelegenen Danzig. Nach einem mehrtägigen Aufenthalt in der Stadt lehrte der Student in seine Zelle zurück. Der Nuskeiler, der während des „Ausfluges“ Haases auf Wache stand, erhielt dieser Tage für seine Unachtsamkeit zwei Wochen Mittelarrest. In den bürgerlichen Zeitungen Danzigs aber erklärt der Student, „ein Gebot der Ehre“ habe ihn zu seiner Entfernung von der Festung gezwungen.

### Das Urteil im Alkoholverfahren.

Rom, den 6. Mai. (Fig. Ver.) In dem Prozeß wegen Hinterziehung der staatlichen Spirituabgaben gegen die „römische Gesellschaft für Alkoholverteilung“ ist heute das Urteil gefällt worden. Der Direktor der Gesellschaft, der Abgeordnete Montagna, und die Ingenieure Rusvi, Saccardo und Baccaro werden zu je sechs Monaten Gefängnis und zu je 769500 Lire Buße verurteilt, außerdem in solidum zur Zahlung der hinterzogenen Zölle in der Höhe von 258 000 Lire. Ein Beamter und ein Kaufmann namens Ventura werden zu Geldbußen von 148 000 und 14 000 Lire und 75 000 Lire Rückvergütung von Zölle verurteilt. Der Arbeiter Coccia zu drei Monaten und 513 000 Lire Buße. Der Staatsanwalt hatte wesentlich höhere Strafen beantragt, so namentlich für den Abgeordneten Montagna zwei Jahre Zuchthaus und 5000 Lire Strafe sowie fünf Jahre Ehrverlust wegen Verletzung von öffentlichen Beamten und zwei Jahre Gefängnis und zwei Millionen Lire Buße wegen Abgabenhinterziehung. Im ganzen hatte der Staatsanwalt sieben Millionen Lire Buße und die sofortige Beschlagnahme der Fabrik gefordert, welche Beschlagnahme übrigens auch auf Grund des heutigen Urteils unvermeidlich ist. Das Urteil, das natürlich angefochten werden wird, kann in bezug auf die Freiheitsstrafen als sehr milde gelten, aber die Höhe der Bußen wird doch die römische Aktiengesellschaft zur Liquidation nötigen, wobei die Herren vom Aufsichtsrat wohl sehr tief in ihre Taschen greifen werden.

### Recht und Menschlichkeit.

Ein merkwürdiger Fall englischer Rechtsprechung hat sich am Dienstag vor dem Londoner Gerichtshofgetragen. Ein 70-jähriger Greis war angeklagt, einen alten Leberzieher gestohlen zu haben. Der Staatsanwalt bemerkte bei seinem Urteilsantrag, daß der Dieb etwa fünfzig Jahre seines Lebens im Gefängnis zugebracht habe. Der Greis gab zu, tatsächlich fünfzig Jahre hinter Gittern zugebracht zu haben, immer wegen geringfügiger Diebstähle, wie beispielsweise alten Leberziehern, Gabeln, Zigarrenschachteln usw. Die Gesamtsumme der von ihm gestohlenen Sachen übersteige kaum 500 M. Er habe jetzt nur noch eine Hoffnung, daß er wegen seines letzten Diebstahls nunmehr endlich gehehrt werde. Der Gerichtshof billigte ihm mildernde Umstände zu und verurteilte ihn zu der gesetzlichen zulässigen Mindeststrafe von einem Jahr Zuchthaus. Der Greis zeigte durch seine freudig erhellende Miene, daß er mit diesem Urteil ganz zufrieden schien.

### Kleine Notizen.

**Zurückbare Raube.** Ein schweres Verbrechen spielte sich in dem Dorfe Karlow, Kreis Stolp, ab. Ein galizischer Arbeiter hatte einem 20 Jahre alten Mädchen aus unbekannter Ursache eine Ohrfeige gegeben. Als sich der Arbeiter später dem Schlafen legte, schlich sich das Mädchen mit einem Beil an den Ahnungslosen heran und spaltete ihm mit wuchtigen Schlägen den Kopf. Infolge der schweren Verletzungen verstarb der Arbeiter. Das Mädchen wurde verhaftet.

**Selbstmord aus Furcht vor Strafe.** Bei einer Konsultation sah in Stendal ein Arbeiter dem ihn behandelnden Arzt einen Trauring aus dem Sprechzimmer. Der Arzt entdeckte den Diebstahl sofort nach dem Weggang des Arbeiters. In der Krankenstube wurde der Dieb von der Polizei gefasst und ihm der Ring abgenommen. Aus Furcht vor Strafe erhängte sich der Arbeiter am Bettposten in seiner Wohnung.

**Im Kampfe mit Räubern.** Als gestern die Bergwerkspolizei von Bogoduchow einige Räuber verhaften wollte, die sich in einem Hause versteckt hielten, wurde sie von den Räubern beschossen. Die Polizei holte Kosaken herbei und es kam zu einem Feuergefecht, bei dem zwei Polizeibeamte verwundet, zwei Räuber und drei andere Personen getötet wurden.

**Opfer der Mississippi-Überschwemmung.** Wie aus Baton Rouge gemeldet wird, sind dort am Dienstag infolge Dammbruchs des Mississippi 17 Personen ertrunken.

### Eingegangene Druckschriften.

14. Jahresbericht des Arbeitersekretariats München und Geschäftsbericht des Gewerkschaftsvereins München 1911. 35 S. Selbstverlag.  
Das Arbeitersekretariat und die Gewerkschaften Magdeburgs 1911. 28 S. Selbstverlag.

# Drei billige Pelerinen-Tage

Donnerstag ≡ Freitag ≡ Sonnabend

## Loden-Pelerinen

grauer oder grünlicher Strichloden. „Imprägniert.“ Vorzüglich im Tragen. Mit abknöpfbare Kapuze, Tragbändern, Armdurchgriffen und Taschen.

Für Herren und Damen

Längen 120 u. 125 cm

Qual. I 12.90 Qual. II 7.30

Für Knaben und Mädchen

Längen 70, 80, 90 cm

Längen 100 u. 110 cm

7.30 u. 4.35 9.80 u. 5.85

### Sport-Anzüge

moderne Loden, praktische Formen

M. 45, 36, 30, 24, 18

### Gummi-Mäntel

echt englisch, spottbillig, für Herren und Damen M. 12.50

### Sport-Joppen

zweckmäßige Loden und Formen

M. 13, 10.50, 8.50, 7, 5

# BaerSohn

Sonntag von 8-10 Uhr geöffnet

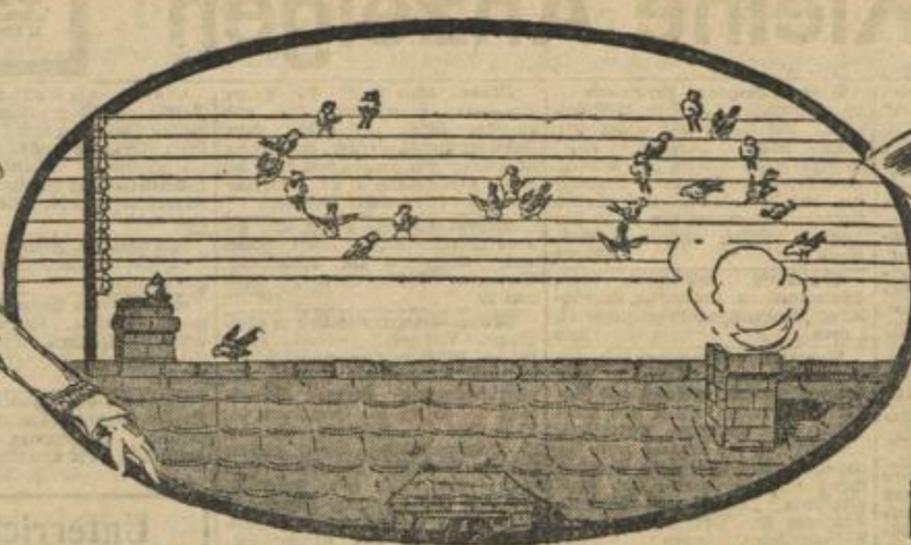
Chausseestraße 29-30 | 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurter Straße 20 | Schöneberg, Hauptstr. 10

Die Besichtigung unserer Kleiderwerke, der größten ihrer Art in Deutschland, wird unseren Kunden nach vorheriger Anmeldung gestattet.

Loden-Hüte 1.90 u. 3.40  
Sporthemden, Rucksäcke  
Sommer-Gürtel. . . 95 Pf.

Der Haupt-Katalog Nr. 44 (Neueste Moden) kostenlos und portofrei





**Die Spatzen pfeifen's schon vom Dach!**

**Eleg. Popeline - Paletot**  
aus sehr gutem Stoff  
mit geschmackvoller  
Rüschen - Garnierung  
nur 16<sup>50</sup>

**C & A**  
**BRENNINKMEYER**  
Spezialhaus für Damen-, Backfach- u. Kinderkonfektion

**Sehr schickes Kostüm**  
aus prima blau Kamm-  
garn mit apart. Trossen-  
Carnierung auf Seide  
39<sup>75</sup>

!!!  
Dieser hohelegante  
**Seidenpaletot**  
allerfeinste Auf-  
machung, mit entzück.  
Spachtelkragen  
nur 15<sup>75</sup>

**Königstrasse 33**  
Am Bahnhof Alexanderplatz

**Chausseestr. 113**  
Ecke Invalidenstrasse

**Theater.**

Donnerstag, 9. Mai 1912.  
Anfang 7<sup>1/2</sup> Uhr.  
Kgl. Opernhaus. Balletkönigin. —  
Doktor und Apotheker.  
Kgl. Schauspielhaus. Der große König.  
Anfang 8 Uhr.  
Festung. Heimliche Liebe.  
Komische Oper. Rigoletto.  
Deutsches. George Dandin.  
Kammerstücke. Mein Freund Lebba.  
Kuriereusper. Der Schmutz der Madonna.  
Wohau. Die schöne Helena.  
Königgräber Straße. Die fünf Frankfurter.  
Neues Schauspielhaus. Mi-  
deidelberg.  
Neues. Der liebe Augustin.  
Weidens. Alles für die Firma.  
Festung. So'n Windhund.  
Berliner. Große Rollen.  
Neues Operetten. Mädchen von Toledo.  
Schiller O. Die Jüdin von Toledo.  
Schiller. Charlottenburg. Die Haubenlerche.  
Pulsen. Ich lasse Dich nicht.  
Noie. Die Grille.  
Trianon. Der Ehemann am Fenster.  
Ein angebrochener Abend.  
Thalia. Antiochische.  
Kleines. Der Nachtwächter. Volkshaus.  
Schürdick. Schwindelmeier u. Co.  
Savoyland. Spezialitäten.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Kassio. Die lustige Strohwitwe.  
Wagon. Spezialitäten.  
Reichshallen. Eine Hochzeit in der Kaffeebohne.  
Anfang 8<sup>1/2</sup> Uhr.  
Friedr. Wilh. Schauspielhaus.  
Die feuchte Susanne.  
Polies Caprice. Der Vollgelbend.  
Voigt. Die Macht der Liebe.  
Walhalla. Um eine Krone.  
Anfang 8<sup>1/2</sup> Uhr.  
Neues Volkstheater. Geographie und Liebe.  
Königgräber-Kassio. Spezialitäten.  
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

**Schiller-Theater O. Theater**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Die Jüdin von Toledo.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Der scharfe Junker.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Die Jüdin von Toledo.**  
**Schiller-Theater Charlotten-  
burg.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Die Haubenlerche.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Der Kompagnon.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Lady Windermere's Fächer**  
**Berliner Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Große Rollen.**  
**Theater in der Königgräber Straße**  
Abends 8 Uhr:  
**Die 5 Frankfurter.**  
**Neues Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der liebe Augustin.**  
**Residenz-Theater.**  
Direktion Richard Alexander.  
8 Uhr:  
**Alles für die Firma.**  
Schwan in 3 Akten von H. Dennequin  
und G. Wittell.  
Morgen u. folgende Tage: **Alles  
für die Firma.**  
**Theater des Westens.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die schöne Helena.**  
Sonntag 8<sup>1/2</sup> Uhr: Wiener Blut.  
**Quien-Theater.**  
Donnerstag: Ich lasse Dich nicht.  
Freitag und folgende Tage: **Gold  
und Liebe.** (The King of Gold.)  
**Metropol-Theater.**  
Abends 8 Uhr: **Kandeln gestaffelt.**  
**Schwindelmeier & Comp.**  
Wahntisch musikalische Komödie in  
3 Akten aus dem Englischen völlig  
frei bearbeitet von J. Freund. Musik  
H. Nelson. U. a. Tänze v. E. Bishop.  
Im Saale geleitet vom Dir. R. Schulz.  
**Folies Caprice.**  
Täglich 8<sup>1/2</sup> Uhr:  
**Die Saison-Schlager**  
**Der Polizeihund.**  
**Das Broadway-Girl.**

**Freie Volksbühne**

**Thalia-Theater**  
Schönthan:  
**Der Raub  
der Sabinerinnen.**

**Neues Schauspielhaus**  
Calderon:  
**Das Leben ein Traum.**

**Residenz-Theater** letzte Aufführung **Die arme Löwin.**  
Emil Augier:

**Abendabteilungen: Parkettsitz No. 10.**

Die Mitglieder d. Nachmittagsabteilungen können zu den Montagabendvorstellungen im Neuen Schauspielhaus Gastkarten a. L. 30 M. beim Obmann im Theater (7-8 Uhr) erhalten. 242/19

**Neue Welt**

Amerikanischer Vergnügungspark.  
Heute: **Elftag.**

**Großes Gala-Parade-Feuerwerk.**  
Arabische Derwische und neueste Belustigungen.  
Konzert. Kapellmeister **Berth. Bothe,**  
Spezialitäten-Vorstellung. Entree 50 Pfennig!

**Apollo Theater**

Ab 8 Uhr  
Ein sensationeller Erfolg  
**Will Bishop**  
in seiner Langreedion.  
**Robins**  
der  
Urkommische  
etc.

**Trianon-Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Der Ehemann am Fenster.**  
Darauf: Ein angebrochener Abend.

**Passage-Theater.**

**Claire Waldoff  
Littke Carlsen  
Alt-Bonner**  
Studenten  
und das große  
**Mal-Programm!**  
14 Varietè-Attraktionen!

**ZOOLOGISCHER GARTEN**

Täglich ab 4 Uhr:  
Gr. Militär-Konzert.  
Eintritt 1 M., v. abds.  
9 U. ab 50 Pf. Kinder  
unter 10 Jahren die  
Hälfte. — Jahres-  
Abonnements an allen 3 Schalter-  
Kassen.

**Ko Krol**

früher Neues Kgl. Operntheater.  
**Lichtspiele**  
in wirklichen Naturfarben  
**Kinemakolor.**  
Nur noch kurze Zeit das von  
der gesamten Presse glänzend be-  
sprochene, farbensprühende Pracht-  
programm.  
Gr. Orchester mit Gesang.  
Täglich von 4-11 Uhr — Mon-  
tag von 4-7 Uhr Schüler-Vorst.  
zu besonders ermäßigten Preisen.  
Unsere Eintrittskarten gelten  
auch für den Besuch des  
**Konzertgartens.**

**Casino-Theater**

Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.  
Nur noch bis 29. Mai  
das glänzende neue Programm  
5 erstklassige Spezialitäten + Schlager.  
Nielen-Erfolgreich der Woche  
**Die lustige Strohwitwe.**  
Sonntag 8<sup>1/2</sup> Uhr: **Unsere lieben  
Frauen.**

**Königstadt-Kasino.**

Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstraße  
Täglich mochtags von 1/2 8 Uhr  
Sonntags von 1/2 6 Uhr:  
**Das brillante Malprogramm**  
9 Spezialität. u. Winter-Pine.  
Gesangspolke von D. Klein.  
Vorzugskarten haben an allen  
Bochenlagen Gültigkeit. — Mit-  
woch-Sonntag u. Sonnt. Tanz.

**Passage-Panoptikum.**  
**Das vereinte  
Riesenpaar**  
Brühbild und Duror  
Deutschland u. Frankreich  
**lebend zu sehen**  
**Ohne Extra-Entree.**

**Luna Park**

**30 Weltattraktionen**  
Kongo, Zwergstadt, Luna-Ball-  
haus, Liebesmühle, Johnstons  
Untergang usw.  
Entree 50 Pf. Saisonkarten 5 M.  
(A. Werthelm, Invalidendank.)

**Reichshallen-Theater.**

Stettiner Sänger  
zum Schluss:  
**Eine Hochzeit in der  
Wälderstraße.**  
Vurleste  
von Ret'el.  
Anfang  
Freitag  
8 Uhr,  
Sonntags:  
7 Uhr.

**Admiralspalast**  
am Bahnhof Friedrichstraße,  
**z. Z. einziger Eis-  
palast Deutschlands**  
Allabendl. d. sensat. Eiseballett  
„Yvonne“. Die kl. Wala-Königin  
Charlotte. Waltmstr. Bror Meyer.  
Nachm.: Kunstlauf-Produktionen.  
Bis 6 Uhr und von 10<sup>1/2</sup> Uhr  
abends halbe Kassenpreise.  
**Restaurant I. Ranges.**  
Wein- und Bier-Abteilung.

Für den Inhalt der Inserate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

**ROSE-THEATER**

Große Frankfurter Str. 132.  
Abends 8 Uhr:  
**Die Grille.**  
Charaktergemälde in 5 Akten v. Carl  
Dach-Wieser.  
Freitag zum erstenmal: **Spree-  
Rehener.**

**Boigt-Theater.**  
Deute Donnerstag, den 9. Mai:  
Gedichtspiel in  
**Puhlmanns Theater, Schönhauser  
Allee 148.**  
Abschiedsvorstellung!  
**Die Macht der Liebe.**  
Soubrette in 5 Aufzügen.  
Kasseneröffnung 7, Anfang 8<sup>1/2</sup> Uhr.



Flugblattverbreitung am Freitag, den 10. Mai, abends 7 Uhr.

Der kommende Oberbürgermeister von Berlin.

Die Stadtverordneten wollen den früheren Reichschaffsekretär Bermuth zum Oberbürgermeister von Berlin erklären. Das ist das Resultat von vertraulichen Verhandlungen, die in den letzten Tagen im Rathause unter den Stadtverordneten stattgefunden haben, über die aber bereits in einigen Blättern berichtet wird und uns nötigt, gleichfalls auf die Sache einzugehen.

Die Nachricht wird vielfach überraschen. Anfang März hatte der Oberbürgermeister Kirchner sein Entlassungsgesuch eingereicht. Verschiedene Ursachen hatten zusammengewirkt, Herrn Kirchner zu seinem Demissionsgesuch zu bestimmen; nicht zuletzt waren recht reaktionäre Entschlüsse der freisinnigen Kommunalmehrheit die Ursache zu dem Rücktrittsgesuche. Die Stadtverordneten ersuchten aber Herrn Kirchner zu bleiben und erleichterten ihm die Zurücknahme seines Entlassungsgesuchs durch eine besondere Vertrauensfundgebung. Kirchner erklärte daraufhin, noch bleiben zu wollen. Inzwischen wurden die verschiedensten Personen als Anwärter auf den Oberbürgermeisterposten genannt, bis Ende voriger Woche irgend einer auf den ehemaligen Schaffsekretär Bermuth viel als einen geeigneten Oberbürgermeister von Berlin. Es wurde mit dem Herrn Kirchner geredet und Herr Bermuth erklärte auf Befragen, daß er zur Uebernahme des Postens sich bereit fände. Dieser Jubel entstand unter unseren Kommunalfreisinnigen! Einen früheren Reichschaffsekretär als Berliner Oberbürgermeister zu haben, das erschien ihnen eine besonders glückliche Lösung der Oberbürgermeisterfrage. Und so entschieden sich die bürgerlichen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung am Dienstagabend in ihren Fraktionsitzungen ziemlich ausnahmslos für Herrn Bermuth. Für den bürgerlichen Liberalismus bedeutet dieser Entschluß ein außerordentliches Armutszeugnis. Er attestiert sich damit die Tatsache, daß er keine Personen aufweist, die in der Lage sind, ein großes Gemeinwesen von großen Gesichtspunkten zu leiten. Herr Bermuth ist auf kommunalpolitischem Gebiete ein unbeschriebenes Blatt. Niemand weiß heute, welche Stellung Herr Bermuth den großen bedeutsamen Fragen gegenüber einnimmt, die in der Kommune eine Rolle spielen und für sie zum Teil eine Lebensfrage bilden. Es ist von außerordentlicher Wichtigkeit, zu wissen, welche Stellung der neue Oberbürgermeister von Berlin einnimmt zu der Frage der Selbstverwaltung, der Eingemeindung, zum Zweckverband, zum kommunalen Wahlrecht. Es ist von Bedeutung, zu wissen, wie sich der neue Oberbürgermeister stellt zu sozialen Fragen und nicht zuletzt ist es von geradezu ausschlaggebender Bedeutung, welche Anschauungen der neue Herr von Berlin in städtischer Hinsicht hegt. Die Stadt Berlin mit ihrer Millionenbevölkerung hat das dringendste Interesse an einer rationalen und möglichst billigen Lebensmittelförderung. Es ist deshalb von eminentem Interesse, daß ein Oberbürgermeister von Berlin nicht Schutzzöllner ist, weil dieser Herr auch im Herrenhause die Interessen der Stadt Berlin wahrzunehmen berufen ist.

Ueber alle diese Fragen herrscht vollkommenes Dunkel, soweit die Person des Herrn Bermuth in Frage kommt. Nur soviel weiß man, daß Herr Bermuth in seiner Eigenschaft als früherer Unterstaatssekretär die Schutzzöllnerpolitik und die indirekte Steuerpolitik der Regierung zu vertreten hatte. Sollte er das gegen seine Ueberzeugung getan haben und heute anderer Meinung sein.

Alles das weiß niemand. Aufschluß kann nur Herr Bermuth selber geben. Und das wird der kommende Oberbürgermeister von Berlin sein müssen, will er das Vertrauen der großen Masse der Berliner Bevölkerung haben.

Diese Erwägungen haben auch die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung, die die breite Masse der Berliner Bürgerschaft vertritt, veranlaßt, ihre Entscheidung solange auszuschieben, bis Herr Bermuth sich über die eben kurz skizzierten Fragen näher geäußert hat.

Die Wahl des Oberbürgermeisters erfolgt durch die auf Grund des Dreiklassenwahlrechts zusammengesetzte Stadtverordnetenversammlung, in der die erwerbstätige Bevölkerung lediglich durch die jetzt 48 Mann starke sozialdemokratische Fraktion vertreten ist. Daß diese so zweifelhaft zusammengesetzte Versammlung bei Wahlen nicht die Meinung der großen Masse der Bevölkerung zum Ausdruck bringt, ist selbstverständlich.

Kirchners Rücktrittsgesuch.

Der Oberbürgermeister Kirchner hat infolge der neu geschaffenen Situation sein Entlassungsgesuch wiederholt und gestern von neuem eingereicht. Wir geben diese Gesuche im Wortlaut wieder. Sie lauten:

Berlin, den 8. Mai 1912.

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher! Untenstehende beziehe ich mich, Abschriften meiner am 3. und 9. März und am 8. Mai an den Magistrat gerichteten Schreiben mit der ganz ergebenden Bitte zu überreichen, ihren Inhalt zur Kenntnis der Stadtverordnetenversammlung zu bringen. Mit ganz besonderer Verehrung und Hochachtung Euer Hochwohlgeborenen sehr ergebener Kirchner.

Berlin, den 8. März 1912.

Den sehr geehrten Magistrat bitte ich um meine Entlassung aus dem Amte des Oberbürgermeisters, da ich die Ueberzeugung erlangt habe, daß es dem Interesse der Stadt entspricht, eine neue, jüngere Kraft in mein Amt zu berufen. Damit die Stelle bei der gegenwärtig recht schwierigen Geschäftslage nicht längere Zeit unbesetzt bleiben braucht, erkläre ich mich bereit, das Amt noch so lange zu verwahren, bis die Wahl und die Bestätigung meines Nachfolgers erfolgt ist, längstens jedoch bis Ende September d. J. Abschrift dieses Schreibens habe ich dem Herrn Stadtverordnetenvorsteher mit der Bitte zugestellt, der Stadtverordnetenversammlung Kenntnis zu geben. Eines sehr geehrten Magistrats sehr ergebener Kirchner.

Sehr geehrter Magistrat! Infolge Verhandlungen mit dem Herrn Stadtverordnetenvorsteher und dessen Herrn Stellvertreter habe ich mich entschlossen, die Entscheidung darüber, ob ich mein Entlassungsgesuch vom 8. d. M. aufrecht erhalte, bis zum 1. Juni hinauszuschieben. Ich nehme mein Entlassungsgesuch daher vorläufig zurück. Eines sehr geehrten Magistrats sehr ergebener Kirchner.

Berlin, den 9. März 1912. Abschrift. Sehr geehrter Magistrat!

Nach erneuter Rücksprache mit dem Herrn Stadtverordnetenvorsteher und dessen Herrn Stellvertreter erkläre ich im Einverständnis mit den genannten beiden Herren schon heute, daß ich mein Entlassungsgesuch vom 8. März wiederhole. Eines sehr geehrten Magistrats sehr ergebener Kirchner.

Berlin, den 8. Mai 1912. Abschrift. Sehr geehrter Magistrat!

Das Gehalt des Oberbürgermeisters soll bei Neubefetzung des Postens erhöht werden. Oberbürgermeister Kirchner erhielt in den letzten Jahren 86 000 M. Jahresgehalt. In den Vorbesprechungen mit Herrn Staatssekretär a. D. Bermuth ist diesem eine Erhöhung um 4000 M. in Aussicht gestellt worden, so daß sich das künftige Gehalt also auf 40 000 M. belaufen würde. Bemerkenswert dürfte sein, daß bei der vor einigen Jahren erfolgten Regulierung der Beamtengehälter dem Herrn Oberbürgermeister Kirchner eine Gehaltserhöhung von 4000 M., also von 86 000 M. auf 40 000 M. gemacht werden sollte. Herr Kirchner hat aber dankend abgelehnt; er wollte für sich keine Gehaltserhöhung annehmen.

In Verbindung mit diesem Wechsel auf dem Berliner Oberbürgermeisterposten steht eine Meldung, die der „Vossischen Zeitung“ aus guter Quelle zugeht, wonach Bürgermeister Dr. Reide ebenfalls aus dem roten Hause zu scheiden gedenkt. Wie verlautet, haben unverbündliche Vorbesprechungen mit Vertretern aus Frankfurt a. M. stattgefunden, wo man ihn als Nachfolger Dr. Abides in Aussicht genommen hat.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Wir machen auf die am Freitag, den 10. Mai, abends 7 1/2 Uhr, stattfindende wichtige Flugblattverbreitung aufmerksam. Der Vorstand.

Neukölln. Zur Durchführung des Schlächterbohlotts findet am Freitagabend 7 Uhr eine Flugblattverbreitung statt. Der Vorstand.

Groß-Lichterfelde. Freitagabend 7 Uhr in allen Bezirken: Flugblattverbreitung zu der am Sonntag, den 12. Mai, nachmittags 2 Uhr, bei Wahrensdorf, Bäckstr. 7, stattfindenden öffentlichen Frauenversammlung. Der Vorstand.

Bohlaggen-Kummelsburg. Freitag, abends 7 Uhr, von den bekannten Stellen aus: Flugblattverbreitung. Die Versammlung am Sonntag wird im Garten abgehalten.

Lichtenberg. Zu der am Sonntag, den 12. Mai, stattfindenden Frauenversammlung morgen Freitag, abends 7 Uhr: Flugblattverbreitung.

Wris-Budow. Zu der am Sonntag, nachmittags 2 Uhr, im Gesellschaftshaus, Chausseestr. 97 tagenden öffentlichen Frauenversammlung findet Freitag, abends 8 Uhr, eine Flugblattverbreitung statt. Der Vorstand.

Ober-Schöneweide. Freitag, den 10. Mai, abends 7 Uhr, von den bekannten Lokalen aus: Flugblattverbreitung. Die Bibliothek des Wahlvereins ist bis zum 1. September an den Sonntagen geschlossen; die Bücherausgabe findet somit nur Mittwochs und Freitags abends von 8-9 Uhr statt. Die Bezirksleitung.

Pankow. Am Freitag, den 10. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Ebersbach („Kurfürsten“), Berliner Straße 102, eine öffentliche Gemeindevorstanderversammlung statt. Tagesordnung: „Der Gewaltstreik gegen die proletarische Wählerschaft“. Referent: Gemeindevorsteher Otto Schmidt. Freie Aussprache. Die bürgerlichen Vertreter, welche am 16. April für die Ungültigkeit eingetreten, sind hierzu eingeladen. Parteigenossen! Sorgt für Massenbesuch. Das Wahlkomitee.

Niederschönhausen-Nordend. Am Freitagabend 7 Uhr von den bekannten Stellen: Flugblattverbreitung. Am Sonntag, den 12. Mai treffen sich die Genossinnen zum Abmarsch nach der Versammlung um 1/2 Uhr am Kirchplatz. Die Bezirksleitung.

Hörsingental. Heute abend 8 Uhr: Zusammenkunft bei Marx. Der Bezirksleiter.

Zegei. Am Freitag, den 10. Mai, abends 7 Uhr: Flugblattverbreitung. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Die Verunstaltung am Potsdamer Bahnhof. Der Eisenbahnminister ist auf die sonderbare Idee verfallen, ausgerechnet vor dem Potsdamer Bahnhof auf dem dort belegenen ehemaligen Dreifaltigkeits-Kirchhof ein Café zu errichten. Als wir vor einiger Zeit diese Nachricht brachten, wollte niemand so recht daran glauben. Man traute dem Eisenbahnminister in seiner Sucht Geld zu machen, zwar vieles zu, aber ein Café auf dem ehemaligen Friedhofe, das stand doch zu offenkundig. Es stellt sich aber heraus, daß in allem Ernste vom Minister ein solches Projekt verfolgt wird. Es ist bereits ein Vorgehen eingeleitet worden. Das Projekt hat auch schon Sachverständige von dem Gesichtspunkte der Verunstaltung von Straßen und Plätzen beschäftigt. Diese Sachverständigen sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß wenn irgendwo, so im vorliegenden Falle das Ortsstatut gegen Verunstaltung zur Anwendung zu bringen und dem Projekte die Zustimmung zu verweigern sei. Einmal paßt das geplante Café zu dem Potsdamer Bahnhof wie die Faust aufs Auge. Man braucht gar nicht Sachverständiger zu sein, um das zu erkennen; jeder Laie empfindet das auf den ersten Blick. Aber das Projekt hat auch schwere verkehrstechnische Bedenken. Das Café wird den Platz vor dem Potsdamer Bahnhof in einer Weise in Anspruch nehmen, daß der Zugang zu dem Bahnhof ganz erheblich in Anspruch genommen wird und zwar so, daß die zum Bahnhof führenden Treppen gar nicht mehr in voller Breite benützt werden können. Das ist eine Ungeheuerlichkeit, die man kaum für möglich halten sollte. Aber das kümmert den Minister alles nicht. Gegen alle Einwände ist er bisher vollkommen unzugänglich gewesen. Wie wir hören, sollen selbst die Einwände der Sachverständigen des Verunstaltungsausschusses in den Wind geschlagen worden sein. Alles, nur um Geld zu machen!

Die ganze Größe des ungeheuerlichen Planes wird aber erst offenbar werden, wenn das Projekt weiteren Kreisen zu Gesicht kommen wird.

Die Schloßbrücke soll umgebaut werden. Die Brücke ist noch eine jener alten Klappbrücken, wie sie früher in Berlin an vielen Stellen vorhanden waren. Sie wurde vor einigen Jahren mit einem neuen Wohlbelaug versehen, soll aber jetzt nach langen Erwägungen zu einer massiven Brücke umgestaltet werden. Die Kosten sind auf 140 000 M. veranschlagt.

Eine neue Verbindungsstraße soll auf dem Gelände zwischen Landsberger Allee und Thierstraße hergestellt werden.

Die moderne Jugendpflege-Bewegung, soweit sie in nationalem, kirchlichem oder ähnlichem Rahmen segelt, zieht immer weitere Kreise. Wo für die wachsenden nationalverpflichteten Bestrebungen des Generalfeldmarschalls v. d. Goltz oder für die ins kirchliche Schlepptau genommenen Kriegsspiele und dergleichen Jauber der Boden nicht gepflügt ist, erinnert man sich jetzt in den Berliner Vororten an den die Gemeindevorstellungen zur allgemeinen Jugendpflege aufzuweckenden Ministerialerlass. Der tiefere Zweck dieses Ministerialerlasses ist, möglichst viele an irgendeinem Orte bestehenden Jugendvereinigungen, ganz gleich, welche speziellen Aufgaben sie sich gestellt haben, unter einen Hut, natürlich den regierungsfreundlichen, zu bringen, freundschaftliche Verhältnisse gleichartiger Vereine anzubahnen und selbstverständlich der sozialdemokratischen Jugendpflege das Wasser abzugraben. Bei den Vorbereitungen kommt es zu recht ergötzlichen Szenen, die erkennen lassen, daß die führenden Reviden überhaupt nicht wissen, was sie eigentlich wollen. Es fehlt an dem nötigen Können, vor allem an jener großzügigen Organisation, wie sie bei der sozialdemokratischen Jugendpflege zum Ausdruck kommt und trotz aller Drangsalierungen sich durchringt. In Weihenstephan befinden sich zwei Ausschüsse zum Zusammenschluß der Jugendvereine und zur Werbung für dieselben, aber im benachbarten Pankow lebt man das Vorbild ab und will die Sache anders machen. In einer kürzlich nach dem Pankower Rathause einberufenen Versammlung von Vertrauenspersonen, meist Vereinsleitern, wurde erklärt, daß in Weihenstephan an den Veranstaltungen der allgemeinen Jugendpflege auch schon einzelne jugendliche Mitglieder aus Arbeiterturnvereinen teilnehmen. Man sieht hieran deutlich, daß es darauf abgesehen ist, den Jugendorganisationen der Arbeiterschaft die Mitglieder zu entziehen. Wohin der Kurs geht, ist auch daraus ersichtlich, daß die allgemeine Jugendpflege der nördlichen Vororte eine Veranstaltung größeren Stils im Anschluß an das am 9. Juni stattfindende Kreislerverbandstreffen plant. Bei diesen Verbandstreffen fehlt es niemals an nationaler, säkularisierter Beduflung, und in diese Stimmung sollen diejenigen Jugendvereine, welche abseits vom nationalen Zaumel stehen, künstlich hineingelockt werden. Auf der Pankower Versammlung war auch die Mitteilung des Kreislerschulrats von Interesse, daß dem Kreis Niederbarnim zu Anreden der Jugendpflege 8000 M. aus eigenen Mitteln und 3000 M. aus der Beihilfe des Ministers zur Verfügung stehen. Mit allen diesen Zuwendungen wird man doch nicht genug jugendliche Hinteren Osen hervorlocken, um die Arbeiterjugendorganisationen heimzuliegen.

Eine unterirdische Bedürfnisanstalt soll auf dem Hansaplatz hergestellt werden; außerdem soll dieser Platz in verschönerter Form einer Umgestaltung unterzogen werden.

Der Exerzierplatz an der Schönhauser Allee, soweit er der Stadt Berlin gehört, soll, wie wir früher schon berichtet haben, eine Randbebauung erhalten mit der Maßgabe, daß große Flächen zu Parkweiden der erholungsuchenden Bevölkerung zur Verfügung bleiben. Kürzlich hatte die Direktion des Parks Sarraus sich an die Stadt gewendet mit dem Ersuchen, ihr für Errichtung eines festen Zirkus-Geländes des Exerzierplatzes zur Verfügung zu stellen. Durch dieses Angebot war der bisherige Plan für den Exerzierplatz sehr beeinträchtigt. Die Zirkus-Direktion glaubte, die Stadt würde ihr durch besonders niedrige Preisbemessung für das benötigte Gelände entgegenkommen. Ihre Hoffnung der Direktion ist aber schiefgeschlagen; es erschienen ihr die geforderten Preise bald zu hoch und sie ist von ihrer Absicht, auf dem Exerzierplatz sich dauernd niederzulassen, abgekommen. Die Tiefbauverwaltung hat in ihrer gestrigen Sitzung den Fluchtlinienplan für den Exerzierplatz festgelegt.

Beim Märchenbrunnen am Friedrichshain sind die monumentalen Säulenaufbauten zu beiden Seiten der Terrasse nunmehr vollendet und es fehlen nur noch die allegorischen Figuren, an denen in den Bildhauerateliers noch emsig gearbeitet wird. Der Boden des Wasserbeckens, in welches sich das läßliche Rah von beiden Seiten her über die Terrasse ergießen soll, ist fertiggestellt, und es wird gegenwärtig an dem Aufbau der Beckenränder gearbeitet. Auch die Gärten sind fleißig an der Arbeit, so daß der Vollenbung der Schmuckanlagen in einigen Wochen entgegenzusehen werden kann. Ueber die Anordnung der künstlerisch ausgestatteten Ruhebänke hat Geheimrat Dr. Hoffmann sich die Entscheidung noch vorbehalten, es ist zu diesem Behufe ein Modell an Ort und Stelle zur Probe aufgestellt worden. Die Fertigstellung des prächtigen Monumentalwerkes hängt von der Lieferung des Figurenschmuckes ab, für welche ein Termin sich heute noch nicht festsetzen läßt.

Ein schwerer Baunfall ereignete sich im Laufe des gestrigen Nachmittags auf einem Neubau der Firma Lorenz am Tempelhofer Feld. Dort stürzten aus bisher noch unbekannter Ursache zwei Maurer vom Dachgesims herunter und zogen sich tödliche Verletzungen zu. Beide wurden im Krankenautomobil nach dem Krankenhaus gebracht. Die Polizei sperrte kurz darauf den Neubau. Dem Vernehmen nach ist einer der Verunglückten kurz nach seiner Einlieferung bereits seinen Verletzungen erlegen.

Von einem Kraftwagen überfahren und lebensgefährlich verletzt wurde vorgestern nachmittag die taubstumme 26 Jahre alte Ehefrau Anna des ebenfalls taubstummen Maurers Müller aus der Dyckerhoffstraße 105. Die Frau brachte ihrem Manne jeden Nachmittag den Kaffee nach der Arbeitsstelle am Bahnhof Prenzlauer Allee. Dabei geriet sie gestern nachmittag, als sie an der Ecke der Stargarder und Dyckerhoffstraße den Fahrdamm überschreiten wollte, unter einen Privatkraftwagen, dessen Warnungsrufe sie nicht hören konnte. Sie schlug mit dem Kopfe so heftig auf das Pflaster auf, daß sie eine Gehirnerschütterung erlitt, dann gingen ihr auch noch die Räder über Brust und Beine. Die Hilsschwache in der Gaudystraße, die ihr die erste Hilfe leistete, ließ die Verunglückte nach der Charité bringen.

Das Opfer einer Gasvergiftung wurde die 78 Jahre alte Rentnerin Anna Schiemann, geb. Sendler, die in einem Altesheim im Nordend

Der Stadt wohnte. Die Greisin machte gestern einen Auszug. Bei ihrer Rückkehr benutzte sie den Gaslocher in ihrem Zimmer, um ein Glas Wasser zu trinken. Sie drehte dann auch den Hahn wieder zu, aber nicht fest genug. Ohne das sie zunächst etwas merkte, entströmte durch die kleine Öffnung so viel Gas, daß sie noch und noch betäubt und hilflos wurde. Als man nachmittags den Gasgeruch wahrnahm und das Zimmer betrat, fand man die Greisin regungslos vor dem Bett auf dem Fußboden liegen. Wahrscheinlich hatte sie sich, durch die Einwirkung des Gases ermüdet, hinlegen wollen. Ein Arzt, den der Hausvater sofort holen ließ, konnte nur noch den Tod der Greisin feststellen.

Ueber einen Selbstmordversuch auf dem Königsplatz wird berichtet: Als ein Schuhmann gestern morgen um 5 1/2 Uhr einen Hundsgang vor dem Brandenburger Tor machte, fand er auf dem Königsplatz auf einer Kutschbahn einen Mann sitzen, der aus einer Schuhwunde in der rechten Schläfe blutete und die Bestimmung verloren hatte. Er brachte den Schwerverletzten, der noch schwache Lebenszeichen von sich gab, mit einem Wagen nach der Charité, wo er noch immer ohne Bewußtsein danielerlegt. Die Veranlassung des Lebensmüden konnte noch nicht festgestellt werden. Er ist etwa 25 bis 30 Jahre alt und ungefähr 1,70 Meter groß, hat dunkles Haar und Schnurbart und trägt einen dunkelgrünen Ullst, einen dunkelbraunen karierten Anzug, einen weißen Kragen, eine blaue Strawatte, ein blaues gestreiftes Oberhemd, schwarze Strümpfe, schwarze Gummistiefel und einen schwarzen Seifenhut.

Brennexplosion in einer Fabrik. Gestern (Mittwoch) nachmittags 6 Uhr, wurde die Feuerwehrt nach der Oranienstraße 25 gerufen, wo in den Deutschen Lachmeyerwerken G. m. b. H. ein Benzinhälter explodiert war. Durch die Stichflammen brach der Uhrmacher Schreier Brandwunden an beiden Händen davongetragen. Der Verunglückte wurde nach der nächsten Unfallstation gebracht und fand dort die erste Hilfe. Das Feuer konnte mit Leichtigkeit gelöscht werden.

Am Polles-Gayrice-Theater fand am Dienstagabend die fünfzigste Aufführung der beiden lustigen Schwanke „Der Polizeikommissar“ und „Das Broadway-Girl“ statt und zwar bei recht gut besetztem Hause, denn noch immer üben beide Stücke auf jene Kreise, die einen freien pikanten, wenn auch manchmal etwas derben Humor der tränenreichen Nüchternheit vorziehen, ihre Wirkung aus. Zudem wird vorzüglich gespielt. Herr Fritz Beckmann in der Rolle des propygen umgebildeten und doch schlauköpfigen Jonas Frankfurter, des jüdischen Inhabers eines Blumenkonfektionsgeschäfts, sowie Herr Siegfried Weiss in der Rolle eines Wiener Detektivinstitutsbesitzers und des altmodischen jüdischen Buchhändlers Solo Wagenstätt bieten geradezu glänzende Charakterzeichnungen. Der herzhafte Lachen will, kommt auf seine Rechnung.

Der Arbeiter-Schwimmerbund teilt den Vereinen und Gewerkschaften hierdurch mit, daß zu Veranstaltungen, Sommerfesten, Dampferpartien usw. Rettungswachen zur Verfügung stehen. Die Rettungsmannschaften sind zur Rettung Ertrinkender und erster Hilfeleistung bei Wiederbelebungsbemühungen praktisch ausgebildet, tüchtige Schwimmer, und in den Vereinen und Gewerkschaften bei Veranstaltungen, die am Wasser abgehalten werden, bringend zu empfehlen, die Rettungsmannschaft des Arbeiter-Schwimmerbundes mit hinzuziehen. Schon viele Unglücksfälle haben in Ermangelung praktischer Hilfe einen tödlichen Ausgang genommen. Hierin will der Arbeiter-Schwimmerbund Abhilfe schaffen. Meldungen betreffs Rettungswachen sind an den Gewissen Herr. Mensel, Weihensee, Kolonnenstraße 12, zu richten. Dort werden auch Anmeldungen zum Beitritt in den Arbeiter-Schwimmerbund entgegengenommen.

## Vorort-Nachrichten.

### Pankow.

Die Gemeindeverordnetenversammlung am Dienstag beschäftigte sich mit der Einführung des neu gewählten Gemeindevorstandes zum 1. Juli abends mit der Einschränkung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe. Bekanntlich hatte die Vertretung im Februar d. J. im Gegensatz zur Berliner Regelung ein Ortsstatut beschlossen, das mit Ausnahme des Blumenhandels und der Nahrungs- und Genussmittelbranche die Offenhaltung der offenen Verkaufsstellen an gewöhnlichen Sonntagen auf die Zeit von 8-10 Uhr früh und 12-2 Uhr mittags festsetzte. Dieses Statut ist von der Aufsichtsbehörde nicht genehmigt worden. Letztere hat an die Nichtgenehmigung den Wunsch geknüpft, daß, wie eine ganze Reihe anderer Vorortgemeinden auch Pankow im Interesse einheitlicher Verhältnisse die Berliner Regelung zur Einführung bringen möge. Demgemäß beantragte die Finanzkommission nunmehr ebenfalls Einführung der Berliner Regelung. Leider vermochte sich auch diesmal wieder die bürgerliche Mehrheit nicht über ihren beschränkten Lokalpatriotismus und träumerischen Gesichtspunkt zu erheben. Es wurde wieder das schon so oft gebildete Lied von der Schwächung der kleinen Geschäftsleute und damit auch der Grundbesitzer in allen Tönen gesungen. Als maßgebend wurden nur die Interessen der Gewerbetreibenden anerkannt, denen gegenüber die von Angestellten wegen ihrer geringen Zahl nicht in Frage kämen. Von unseren Genossen wurde den bürgerlichen Mittelstandsbreiten eindringlich vor Augen geführt, daß trotz gegenseitiger Behauptung gerade die Sozialdemokratie sich der kleinen Gewerbetreibenden in diesem Falle annehme, denen sicherlich mit der Berliner Regelung und der dadurch für sie zur Erholung frei werdenden Zeit ebenso sehr gedient sei wie den Angestellten. Auch das einbrütende Eintrüben des Herrn Stadtrat Stawitz für die Berliner Regelung vermochte die Mehrheit nicht eines anderen zu belehren. Der Antrag der Finanzkommission wurde gegen 11 Stimmen verworfen und der bestehende Bescheid beibehalten. — Bei der Beratung über Bewilligung von Mitteln zur Anstellung eines Polizeikommissars und 3 Polizeiergänzungen wurde wieder, wie bei der letzten Staatsberatung, von den Bürgerlichen ein besorgliches Lament über die Unsicherheit der Bürger und den Mangel an Polizei in Pankow angestellt. Auch der Grundbesitzer- und Bürgerverein halten in einer Eingabe die Polizei- und Sicherheitsverhältnisse Pankows so übertrieben mangelhaft dargestellt, daß der Bürgermeister sich zu der Bemerkung veranlaßt sah, im Interesse der genannten Vereine von einer öffentlichen Bekanntgabe des Inhalts ihrer Eingabe absehen zu wollen. Unser Redner bestrich sich auf die Erklärung, daß, nachdem erst kürzlich bei der Staatsberatung die unbedingte Notwendigkeit einer Vermehrung der Polizei nicht anerkannt worden sei, die Verhältnisse sich nach so kurzer Zeit unmöglich so geändert haben könnten, daß sich jetzt ein größerer Polizeifutur Pankows rechtfertige. Die verlangten Mittel in Höhe von rund 10.000 M. wurden schließlich gegen die Stimmen unserer Genossen sowie einiger Bürgerlichen bewilligt. — Debatte über den Beitritt zum Verbande deutscher Gewerks- und Kaufmannsgerichte beschloßen. — Ferner wurde nach uninteressanter Debatte für Beschäftigung der Ausstellungen für Haus- und Wohnungsbau die Summe von 800 M. bewilligt. — Nachdem der Bürgermeister noch bekanntgegeben, daß die Verträge betreffs Übernahme der Berliner Straße von den Aufsichtsbehörden genehmigt und Pankow nunmehr endgültig in den Besitz der Straße gelangt sei, erfolgte Schluß der öffentlichen und hierauf geheime Sitzung.

### Wilmerdorf.

Sturz aus der vierten Etage. In dem Hause Halberstädter Straße 4 sah vorgestern nachmittags der zehnjährige Sohn Julius des Kongertlängers Siffermann aus dem Fenster der in der vierten Etage belegenen Wohnung auf die Straße hinab, auf der Schulameraden spielten. Der Schüler beugte sich dabei zu weit über das Fensterbrett, wurde schwindlig und stürzte plötzlich kopflücker in die Tiefe. Der Verunglückte erlitt einen doppelten Bruch des rechten Oberarmes, einen komplizierten Unterarmbruch und schwere Querschunden. Auf der Rettungswache in der Goltzener Straße erhielt der Schwerverletzte die erste ärztliche Hilfe und wurde mittels Krankenwagens der Feuerwehrt nach einer Privatambulanz übergeführt.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Dohd, Berlin. Für den

### Charlottenburg.

Die von der Stadt zum Unterricht in der Herstellung gesunder Nahrungsmittel zweckmäßiger Nahrungsmittel eingerichtetes beiden Kochkurse, die vom 1. Februar bis 18. März d. J. in den Räumen verschiedener Gemeindefschulen stattfanden, waren sehr gut besucht. Es mußten daher zwei weitere Kurse eingerichtet werden, die vom 11. April bis 22. Mai d. J. stattfinden. Auch diese Kurse, in denen neben anderen Gerichten auch Seetische gekocht werden, sind so stark besucht, daß nur noch für die Schule in der Westfälischen Straße auf Bestehen einige Teilnehmerkarten ausgegeben werden können. Alle übrigen Schulen sind voll besetzt. Wie im ersten und zweiten Kursus erhalten auch jetzt die Teilnehmerinnen Koststoffe zum Selbstkostenpreis und Kochbücher unentgeltlich verabfolgt. Eine Wiederholung der Kurse, in denen voraussichtlich vorzugsweise Gemüße gekocht werden soll, ist für den Herbst d. J. geplant.

### Tegel.

Die Gemeindevertretung nahm in ihrer letzten Sitzung zunächst unter Ausschluß der Öffentlichkeit die Wahl von 3 Ausschussmitgliedern vor, die auf die Herren Kommerzienrat von Borjig, Oberingenieur Marschneider und vereideten Landmesser Westphal fiel. Ebenfalls in nichtöffentlicher Sitzung wurde über die Neuregelung des Dienstvertrages der Lehrerschaft an den höheren Gemeindeverschulen verhandelt und außerdem über die zum 1. Mai erfolgte Pensionierung des seit einiger Zeit schon vom Amt suspendierten Bürgermeisters Weigert. — Jetzt kann also wieder ein Kampf um den Bürgermeister resp. um der Parteien Gunst in Tegel losbrechen, der vor der Wahl des Herrn Weigert die schönsten Blüten trug.

Aus der öffentlichen Sitzung sei zunächst erwähnt, daß zum Bau eines katholischen Pfarrhauses die Gemeinde eine Beihilfe von 3000 M. leisten soll. Unter dem Widerpruch unserer Genossen wurde der Aufnahme einer Anleihe in dieser Höhe von der Sparkasse des Kreises Niederbarnim zugestimmt. — Gegen den Vertrag, betreffend Veräußerung der Schloßstraße, der zwischen Provinz, Kreis, Gemeinde, Humboldtstraße und Verwaltung von Schloß Tegel seinerzeit geschlossen wurde, hat letztere jetzt Einspruch erhoben mit dem Einwand, daß beim Abschluß desselben ein Irrtum unterlaufen sei, sie will daher das Recht zur Entscheidung anrufen. Die Provinzialverwaltung hat bereits alle Arbeiten vergeben und nun kommt das Schloß mit Anträgen auf Änderung der Straßenflucht, wodurch zunächst die Humboldtstraße geschädigt und auch die Gemeinde als Vertragskontrahentin in Mitleidenschaft gezogen würde. Es können hierbei bereits aufgewendete circa 18.000 M. für Straßenflächenaustausch in Frage; sollte wirklich trotz des geschlossenen Vertrages seitens des Schloßes eine Gerichtsentscheidung herbeigeführt werden, trotzdem alle anderen Kontrahenten sich gebunden halten, so müßte eine Wiedererrichtung aller von der Gemeinde aufgewendeten Grunderwerbskosten erfolgen. Im Hinblick hierauf, entschied sich die Gemeindevertretung dahin, die Schloßverwaltung zur Innehaltung des Vertrages anzuhalten und beim eventuellen Klageverfahren zu erhebende Prozeßkosten der Gemeinde vorzubehalten.

Hierauf folgte der wichtigste Punkt der Tagesordnung: Nachmalige Beratung des Haushaltsvoranschlags für 1912 und Beschlußfassung über dazu vorliegende Anträge. Die in einer früheren Sitzung ausgesprochene Vermutung, der Etat würde nicht die landwärtliche Zustimmung erhalten, ist eingetreten. Beantragt werden hauptsächlich die zu hohen Ausgaben in der Bauabteilung, die Einstellung zu hoher Einnahmen bei der Einkommensteuer, der Luftbarkeits- und Viehsteuer, der zu hohe Beitrag zum Verbandskrankenhause in Reinickendorf und das schon von unseren Genossen beanstandete Einstellen eines Gewinnes durch Ankauf des Gaswerkes durch die Gemeinde. Dieser vermeintliche Gewinn sei ganz zu streichen. Ferner seien bei den von der Gemeinde aufzunehmenden Anleihen die Deckungsmittel nicht klar ersichtlich. Auf diese landwärtlichen Beanstandungen hat natürlich der Gemeindevorstand entsprechend geantwortet, die einzelnen Statistiken gerechtfertigt, besonders den Gewinn aus einem Verkauf seiner Gaswerkstaten; ferner hat er eine Res. resp. Mehrbelastung der Gemeindeglieder für nicht notwendig erklärt, ebensowenig eine sofortige Mitteilung an die Gemeindeglieder von der Beanstandung, um keine Verunruhigung herbeizuführen. Darauf zog das Landratsamt seine Monita soweit zurück bis auf die Gaswerkstatenposition. Diese nun ausfallenden 80.000 M. müssen anderweitig gedeckt werden; der Gemeindevorstand schlägt vor, die Konzeptionsgebühren von 2% auf 3% Proz. zu erhöhen, zumal der Kreisaußschuß schon seit 5 Jahren darauf dränge, daß die Kosten der Kanalisation durch Gebühren gedeckt werden sollen. Weiter soll an den Ausgaben für den Gemeindefriedhof und für den Zweiverband gespart werden, insgesamt circa 33.000 M., während bei den Einnahmen circa 47.000 M. mehr erwartet werden, wodurch also die nötigen 80.000 M. Deckung da wären. — In der ausgedehnten Debatte wurde einerseits für gleichmäßige Verteilung aller Gemeindeglieder plädiert, nicht bloß des Grundbesitzes, andererseits der stärkeren Heranziehung des letzteren das Wort geredet, und hierbei besonders auf den niedrigen Wasserpreis verwiesen, den der Fiskus (Strafgerängnis) zahle. Man will versuchen, den Fiskus, der jetzt das Wasser unter dem Selbstkostenpreis bezahlt, einen höheren Preis abzunehmen, vorausgesetzt, daß es der mit demselben geschlossene Vertrag zuläßt. Eine Erhöhung des Zuschlages zur Einkommensteuer von 125 auf 140 Proz. wurde, wie man anerkennt, als schwer schädlich, die Richter würden von Tegel fernbleiben oder gar wegziehen. Der Gemeindevorsteher Apothekenbesitzer Schäfer sprach seine Freude über die Beanstandung des Etats aus; er habe den „Bladderbaß“ der Gemeinde vorausgesehen, der Grundbesitz liege bis an die Grenze der Möglichkeit belastet, die Fesseln der Schuldenwirtschaft müßte die Gemeinde nun mal hinschleppen und sich mit dieser ewigen Finanzmisere im nächsten Jahre eingehend beschäftigen und die Regelung dahin vornehmen, daß die Allgemeinheit die erhöhten Lasten trage, die für dieses Jahr den Hausbesitzern zugefallen seien. So umgefallen gelangte endlich der Etat gegen drei Stimmen zur Annahme, vorbehaltlich der Zustimmung des Landrats.

### Wittenau-Vorsigwalde.

Am Sonntag, den 5. Mai, ist in den Vorsigwalder Feststätten ein Ueberzieher gestohlen worden. In den Taschen desselben befanden sich außer Familienpapieren ein Wahlvereinsbuch Kreis Niederbarnim, Bezirk Vorsigwalde Nr. 75, ein Verbandsbuch der Steinbrüder, Lithographen und Verlagsgenossen, Deutscher Senesfelder-Bund Nr. 2781, ein Krankenassenbuch der Steinbrüder und Lithographen Nr. 10629 und eine Invalidentarte. Es wird gebeten, die Bücher anzuhalten und bei Emil Sched, Vorsigwalde, Schaubertstraße 21, III, abzugeben.

### Wandlitz.

„Der neue Reichstag“. Ueber dieses Thema referierte in einer auf beachtlichen Vollversammlung im Gesellschaftshaus Reichstagsabgeordneter Kappeler-Altenburg. Unter andauernder Aufmerksamkeit übte der Redner scharfe Kritik an der Regierung Bethmann Hollweg, insbesondere an der neuen Militärvorlage. Die Versammlung belohnte den Vortrag mit großem Beifall. Nach einem kurzen Schlusssatz des Vorsitzenden Genossen Reumann-Bankow ging die Versammlung mit begeisterten Hochrufen auf die Sozialdemokratie aus. —

### Eggersdorf.

Die Gemeindevertretung nahm in ihrer letzten Sitzung eine Prüfung der Jahresabrechnung von 1911 vor. Hierbei trat man auf einige Mängel hin, die von einer mangelhaften Kostensführung Zeugnis geben. Nachdem unsere Genossen diesen Mangel gerügt hatten, wurde die Abrechnung zur nochmaligen Prüfung einer Kommission überwiesen, der auch einer unserer Genossen angehört. Sonderbarerweise ist auf dem Schloffen Ritter das Budget für die Wasserhospitalsausgaben angegeben worden, trotzdem dasselbe seinerzeit gelistet wurde, weil Ritter einem Gemeindefestzug zuwider gehandelt hatte. Unsere Genossen werden nunmehr den Klageweg inzeratentell veranlassen. —

Inzeratentell verantw.: Th. Glöde, Berlin. Deud u. Verlag: Vorwärts

Beschreiten. Der Vertrag mit der Stadt Strausberg über die Lieferung von elektrischem Strom zu Licht- und Kraftzwecken wurde genehmigt. Hierauf beschloß die Gemeindevertretung die Pflasterung der Bahnhof-, Strausberger und Wilhelmstraße. Die Arbeiten sollen öffentlich ausgeschrieben werden.

### Notwales.

Die örtliche Nahrungsmittelkontrolle, die vertraglich durch die Landwirtschaftskammer ausgeübt wird, hat der Gemeinde in den letzten drei Jahren 2324,08 M. oder durchschnittlich 772,10 M. pro Jahr gekostet. Nach einem Beschluß der Gemeindevertretung soll letztere Summe auf 934 M. erhöht werden; dafür übernimmt jedoch die Landwirtschaftskammer auch die Milchkontrolle, die nach Möglichkeit auf alle Verkaufsstellen und umherziehenden Händler ausgedehnt werden soll und entsetzt zur Entnahme von Proben von nun an eigene Beamte. Die für die Untersuchungen allgemeiner Art sowie für die Milchkontrolle benötigten Proben muß die Landwirtschaftskammer auf ihre Kosten ankaufen und nach ihrem Untersuchungsamt in Berlin schaffen. Die Entnahme, Verpackung und Ueberführung der Proben für die etwa erforderlichen Nachuntersuchungen sowie für Untersuchungen, die der Ortspolizeibehörde aus Verdachts- oder sonstigen Gründen erforderlich erscheinen, ist dagegen Sache der Ortspolizei.

Der Fußgängerunterweg im Auge der Eisenbahnstraße ist wegen der Aufstellungsarbeiten seit Montag gesperrt. Der Fußgängerverkehr wird jetzt in Straßenhöhe über den Bahnlörper hinweggeleitet.

Die Hausbesitzer der Großbeerenstraße sehen sich durch die neue Bauvorschriften für die Vororte von Berlin vom 31. Januar dieses Jahres, die wesentlich verschärfte Vorschriften über die Anlage von Vorgärten enthält, in eine eigenartige Zwangslage versetzt. Die Verordnung schreibt unter anderem vor: „Vorgärten sind in ihrer ganzen Ausdehnung als Begrüntungen anzulegen und zu unterhalten. Unterbrechungen der Gartenanlagen sind nur zulässig, soweit sie zur Herstellung von Haus- und Ladeneingängen notwendig sind.“ Die Durchführung dieser Vorschriften bietet nun in der Großbeerenstraße außerordentliche Schwierigkeiten. Hier bestehen mehrere Bauausführungspläne mit verschiedenen Straßenschnitten und verschiedenen tiefen Vorgärten; der Teil vom Lutherplatz bis zum Sternsdorffschen Grundstück 3, B. soll nach einem besonderen Plan überhaupt keine Vorgärten erhalten, während für den übrigen Teil solche vorgeschrieben sind. Einzelne Besitzer haben nun im Interesse von Schaufenstern und Ladeneingängen die Vorgärten ganz oder zum Teil beseitigt und verstoßen damit gegen die polizeilichen Vorschriften. Um nun diese Besitzer nicht zur Wiedereinfriedigung der Vorgärten zwingen zu müssen, was ihnen sowohl wie auch der Gemeinde bei einer späteren Verbreiterung der Straße unnütze und hohe Kosten bereiten würde, faßt die Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung den Beschluß, für die Großbeerenstraße, die teilweise heute schon Geschäftsstraße ist, teilweise sich zu einer solchen in absehbarer Zeit ausbilden wird, einen besonderen Plan auszustellen, wonach die Vorgärten durchweg in Form kommen sollen.

### Jugendveranstaltungen.

Neufuß. Unsere Pingspartien. Am Freitag, den 10. Mai, abends 8 Uhr, findet im Jugendheim eine Vorprüfung statt. Sonntag, den 12. Mai, Familienausflug nach Herdebusch, Sadoma. Treffpunkt 1 Uhr, am Mühlendammplatz. Fahrgeld 30 Pf.

### Briefkasten der Redaktion.

N. N. 100. Verlag von Paul Solzmann, Charlottenburg, Gemarkungstraße 4. — N. N. 100. 1. u. 2. Senden Sie sich ein Foto der photographierten Anzeigen, deren Adressen im Adressbuch, Band II, 4. Teil, Seite 356 und folgende zu finden sind. — N. N. 111. Weller, Kämpfer, Terpenitz und auch Radikalität sind geeignete Mittel. Bleibt nicht auch schon tüchtiges Aussehen. Steht ein Raum zur Verfügung, so lege man in diesem das Möbel dem Dampf von auf kleinerer Schale oder Steinplatte entgegen dem guten perfekten Ansetzpunkt 24 Stunden aus, bei düstern Verfall der Türen und Fenster. Dies ist eventuell mehrmals zu wiederholen. — N. N. 56. Hierfür käme der Nachweis des Verbandes für die Angestellten im Galmeisbergwerk in Betracht, Große Hamburger Straße 19. — N. N. 59. Transportarbeiter-Verband, Verein Berliner Handwerker, Sektion für Vorleser und Hausverwalter, Alte Lehnstraße 1. — N. N. 60. Tempelhof 4. Und ist die Frage nicht bekannt. Vorlicht scheint angebracht. — N. N. 91. Auf den 29. Mai. — N. N. 97. Senden Sie sich zunächst an den Wahlvereinsvorstand. Die Kopien sind nicht mehr zu bekommen. — N. N. 98. Die Abrechnung der Pingspartien ist nicht abgemacht. Nachzahlung scheint nicht erreichbar. Wegen Rückgabe der Photographie kann geklagt werden. — N. N. 98. Die Abrechnung wegen der Steuer für das letzte Quartal 1911 war nur zulässig, falls und soweit die Lohnsteuer 28,25 M. wesentlich übersteigt und nicht wegen der Steuer für das letzte Quartal brislanhaft war. Schreibern Sie sich bei dem Magistrat. Die Abrechnung wegen der Lohnsteuer ist unter derselben Voraussetzung zulässig. — N. N. 101. Beim 2. Durch Nachfrage der dem Amtsgericht Berlin-Weiß, Nachzahlung. Für Erstellung der Testamentsabrechnung werden 20 M. Schreibgebühr pro Seite liquidiert. 3. Teil. Eigenhändige Niederschrift des Testaments, mit Ortsbestimmung, Datum und Unterschrift, gemäß 4. u. 6. Teil, 8. Teil, 10. Teil, 11. Teil, 12. Teil, 13. Teil, 14. Teil, 15. Teil, 16. Teil, 17. Teil, 18. Teil, 19. Teil, 20. Teil, 21. Teil, 22. Teil, 23. Teil, 24. Teil, 25. Teil, 26. Teil, 27. Teil, 28. Teil, 29. Teil, 30. Teil, 31. Teil, 32. Teil, 33. Teil, 34. Teil, 35. Teil, 36. Teil, 37. Teil, 38. Teil, 39. Teil, 40. Teil, 41. Teil, 42. Teil, 43. Teil, 44. Teil, 45. Teil, 46. Teil, 47. Teil, 48. Teil, 49. Teil, 50. Teil, 51. Teil, 52. Teil, 53. Teil, 54. Teil, 55. Teil, 56. Teil, 57. Teil, 58. Teil, 59. Teil, 60. Teil, 61. Teil, 62. Teil, 63. Teil, 64. Teil, 65. Teil, 66. Teil, 67. Teil, 68. Teil, 69. Teil, 70. Teil, 71. Teil, 72. Teil, 73. Teil, 74. Teil, 75. Teil, 76. Teil, 77. Teil, 78. Teil, 79. Teil, 80. Teil, 81. Teil, 82. Teil, 83. Teil, 84. Teil, 85. Teil, 86. Teil, 87. Teil, 88. Teil, 89. Teil, 90. Teil, 91. Teil, 92. Teil, 93. Teil, 94. Teil, 95. Teil, 96. Teil, 97. Teil, 98. Teil, 99. Teil, 100. Teil, 101. Teil, 102. Teil, 103. Teil, 104. Teil, 105. Teil, 106. Teil, 107. Teil, 108. Teil, 109. Teil, 110. Teil, 111. Teil, 112. Teil, 113. Teil, 114. Teil, 115. Teil, 116. Teil, 117. Teil, 118. Teil, 119. Teil, 120. Teil, 121. Teil, 122. Teil, 123. Teil, 124. Teil, 125. Teil, 126. Teil, 127. Teil, 128. Teil, 129. Teil, 130. Teil, 131. Teil, 132. Teil, 133. Teil, 134. Teil, 135. Teil, 136. Teil, 137. Teil, 138. Teil, 139. Teil, 140. Teil, 141. Teil, 142. Teil, 143. Teil, 144. Teil, 145. Teil, 146. Teil, 147. Teil, 148. Teil, 149. Teil, 150. Teil, 151. Teil, 152. Teil, 153. Teil, 154. Teil, 155. Teil, 156. Teil, 157. Teil, 158. Teil, 159. Teil, 160. Teil, 161. Teil, 162. Teil, 163. Teil, 164. Teil, 165. Teil, 166. Teil, 167. Teil, 168. Teil, 169. Teil, 170. Teil, 171. Teil, 172. Teil, 173. Teil, 174. Teil, 175. Teil, 176. Teil, 177. Teil, 178. Teil, 179. Teil, 180. Teil, 181. Teil, 182. Teil, 183. Teil, 184. Teil, 185. Teil, 186. Teil, 187. Teil, 188. Teil, 189. Teil, 190. Teil, 191. Teil, 192. Teil, 193. Teil, 194. Teil, 195. Teil, 196. Teil, 197. Teil, 198. Teil, 199. Teil, 200. Teil, 201. Teil, 202. Teil, 203. Teil, 204. Teil, 205. Teil, 206. Teil, 207. Teil, 208. Teil, 209. Teil, 210. Teil, 211. Teil, 212. Teil, 213. Teil, 214. Teil, 215. Teil, 216. Teil, 217. Teil, 218. Teil, 219. Teil, 220. Teil, 221. Teil, 222. Teil, 223. Teil, 224. Teil, 225. Teil, 226. Teil, 227. Teil, 228. Teil, 229. Teil, 230. Teil, 231. Teil, 232. Teil, 233. Teil, 234. Teil, 235. Teil, 236. Teil, 237. Teil, 238. Teil, 239. Teil, 240. Teil, 241. Teil, 242. Teil, 243. Teil, 244. Teil, 245. Teil, 246. Teil, 247. Teil, 248. Teil, 249. Teil, 250. Teil, 251. Teil, 252. Teil, 253. Teil, 254. Teil, 255. Teil, 256. Teil, 257. Teil, 258. Teil, 259. Teil, 260. Teil, 261. Teil, 262. Teil, 263. Teil, 264. Teil, 265. Teil, 266. Teil, 267. Teil, 268. Teil, 269. Teil, 270. Teil, 271. Teil, 272. Teil, 273. Teil, 274. Teil, 275. Teil, 276. Teil, 277. Teil, 278. Teil, 279. Teil, 280. Teil, 281. Teil, 282. Teil, 283. Teil, 284. Teil, 285. Teil, 286. Teil, 287. Teil, 288. Teil, 289. Teil, 290. Teil, 291. Teil, 292. Teil, 293. Teil, 294. Teil, 295. Teil, 296. Teil, 297. Teil, 298. Teil, 299. Teil, 300. Teil, 301. Teil, 302. Teil, 303. Teil, 304. Teil, 305. Teil, 306. Teil, 307. Teil, 308. Teil, 309. Teil, 310. Teil, 311. Teil, 312. Teil, 313. Teil, 314. Teil, 315. Teil, 316. Teil, 317. Teil, 318. Teil, 319. Teil, 320. Teil, 321. Teil, 322. Teil, 323. Teil, 324. Teil, 325. Teil, 326. Teil, 327. Teil, 328. Teil, 329. Teil, 330. Teil, 331. Teil, 332. Teil, 333. Teil, 334. Teil, 335. Teil, 336. Teil, 337. Teil, 338. Teil, 339. Teil, 340. Teil, 341. Teil, 342. Teil, 343. Teil, 344. Teil, 345. Teil, 346. Teil, 347. Teil, 348. Teil, 349. Teil, 350. Teil, 351. Teil, 352. Teil, 353. Teil, 354. Teil, 355. Teil, 356. Teil, 357. Teil, 358. Teil, 359. Teil, 360. Teil, 361. Teil, 362. Teil, 363. Teil, 364. Teil, 365. Teil, 366. Teil, 367. Teil, 368. Teil, 369. Teil, 370. Teil, 371. Teil, 372. Teil, 373. Teil, 374. Teil, 375. Teil, 376. Teil, 377. Teil, 378. Teil, 379. Teil, 380. Teil, 381. Teil, 382. Teil, 383. Teil, 384. Teil, 385. Teil, 386. Teil, 387. Teil, 388. Teil, 389. Teil, 390. Teil, 391. Teil, 392. Teil, 393. Teil, 394. Teil, 395. Teil, 396. Teil, 397. Teil, 398. Teil, 399. Teil, 400. Teil, 401. Teil, 402. Teil, 403. Teil, 404. Teil, 405. Teil, 406. Teil, 407. Teil, 408. Teil, 409. Teil, 410. Teil, 411. Teil, 412. Teil, 413. Teil, 414. Teil, 415. Teil, 416. Teil, 417. Teil, 418. Teil, 419. Teil, 420. Teil, 421. Teil, 422. Teil, 423. Teil, 424. Teil, 425. Teil, 426. Teil, 427. Teil, 428. Teil, 429. Teil, 430. Teil, 431. Teil, 432. Teil, 433. Teil, 434. Teil, 435. Teil, 436. Teil, 437. Teil, 438. Teil, 439. Teil, 440. Teil, 441. Teil, 442. Teil, 443. Teil, 444. Teil, 445. Teil, 446. Teil, 447. Teil, 448. Teil, 449. Teil, 450. Teil, 451. Teil, 452. Teil, 453. Teil, 454. Teil, 455. Teil, 456. Teil, 457. Teil, 458. Teil, 459. Teil, 460. Teil, 461. Teil, 462. Teil, 463. Teil, 464. Teil, 465. Teil, 466. Teil, 467. Teil, 468. Teil, 469. Teil, 470. Teil, 471. Teil, 472. Teil, 473. Teil, 474. Teil, 475. Teil, 476. Teil, 477. Teil, 478. Teil, 479. Teil, 480. Teil, 481. Teil, 482. Teil, 483. Teil, 484. Teil, 485. Teil, 486. Teil, 487. Teil, 488. Teil, 489. Teil, 490. Teil, 491. Teil, 492. Teil, 493. Teil, 494. Teil, 495. Teil, 496. Teil, 497. Teil, 498. Teil, 499. Teil, 500. Teil, 501. Teil, 502. Teil, 503. Teil, 504. Teil, 505. Teil, 506. Teil, 507. Teil, 508. Teil, 509. Teil, 510. Teil, 511. Teil, 512. Teil, 513. Teil, 514. Teil, 515. Teil, 516. Teil, 517. Teil, 518. Teil, 519. Teil, 520. Teil, 521. Teil, 522. Teil, 523. Teil, 524. Teil, 525. Teil, 526. Teil, 527. Teil, 528. Teil, 529. Teil, 530. Teil, 531. Teil, 532. Teil, 533. Teil, 534. Teil, 535. Teil, 536. Teil, 537. Teil, 538. Teil, 539. Teil, 540. Teil, 541. Teil, 542. Teil, 543. Teil, 544. Teil, 545. Teil, 546. Teil, 547. Teil, 548. Teil, 549. Teil, 550. Teil, 551. Teil, 552. Teil, 553. Teil, 554. Teil, 555. Teil, 556. Teil, 557. Teil, 558. Teil, 559. Teil, 560. Teil, 561. Teil, 562. Teil, 563. Teil, 564. Teil, 565. Teil, 566. Teil, 567. Teil, 568. Teil, 569. Teil, 570. Teil, 571. Teil, 572. Teil, 573. Teil, 574. Teil, 575. Teil, 576. Teil, 577. Teil, 578. Teil, 579. Teil, 580. Teil, 581. Teil, 582. Teil, 583. Teil, 584. Teil, 585. Teil, 586. Teil, 587. Teil, 588. Teil, 589. Teil, 590. Teil, 591. Teil, 592. Teil, 593. Teil, 594. Teil, 595. Teil, 596. Teil, 597. Teil, 598. Teil, 599. Teil, 600. Teil, 601. Teil, 602. Teil, 603. Teil, 604. Teil, 605. Teil, 606. Teil, 607. Teil, 608. Teil, 609. Teil, 610. Teil, 611. Teil, 612. Teil, 613. Teil, 614. Teil, 615. Teil, 616. Teil, 617. Teil, 618. Teil, 619. Teil, 620. Teil, 621. Teil, 622. Teil, 623. Teil, 624. Teil, 625. Teil, 626. Teil, 627. Teil, 628. Teil, 629. Teil, 630. Teil, 631. Teil, 632. Teil, 633. Teil, 634. Teil, 635. Teil, 636. Teil, 637. Teil, 638. Teil, 639. Teil, 640. Teil, 641. Teil, 642. Teil, 643. Teil, 644. Teil, 645. Teil, 646. Teil, 647. Teil, 648. Teil, 649. Teil, 650. Teil, 651. Teil, 652. Teil, 653. Teil, 654. Teil, 655. Teil, 656. Teil, 657. Teil, 658. Teil, 659. Teil, 660. Teil, 661. Teil, 662. Teil, 663. Teil, 664. Teil, 665. Teil, 666. Teil, 667. Teil, 668. Teil, 669. Teil, 670. Teil, 671. Teil, 672. Teil, 673. Teil, 674. Teil, 675. Teil, 676. Teil, 677. Teil, 678. Teil, 679. Teil, 680. Teil, 681. Teil, 682. Teil, 683. Teil, 684. Teil, 685. Teil, 686. Teil, 687. Teil, 688. Teil, 689. Teil, 690. Teil, 691. Teil, 692. Teil, 693. Teil, 694. Teil, 695. Teil, 696. Teil, 697. Teil, 698. Teil, 699. Teil, 700. Teil, 701. Teil, 702. Teil, 703. Teil, 704. Teil, 705. Teil, 706. Teil, 707. Teil, 708. Teil, 709. Teil, 710. Teil, 711. Teil, 712. Teil, 713. Teil, 714. Teil, 715. Teil, 716. Teil, 717. Teil, 718. Teil, 719. Teil, 720. Teil, 721. Teil, 722. Teil, 723. Teil, 724. Teil, 725. Teil, 726. Teil, 727. Teil, 728. Teil, 729. Teil, 730. Teil, 731. Teil, 732. Teil, 733. Teil, 734. Teil, 735. Teil, 736. Teil, 737. Teil, 738. Teil, 739. Teil, 740. Teil, 741. Teil, 742. Teil, 743. Teil, 744. Teil, 745. Teil, 746. Teil, 747. Teil, 748. Teil, 749. Teil, 750. Teil, 751. Teil, 752. Teil, 753. Teil, 754. Teil, 755. Teil, 756. Teil, 757. Teil, 758. Teil, 759. Teil, 760. Teil, 761. Teil, 762. Teil, 763. Teil, 764. Teil, 765. Teil, 766. Teil, 767. Teil, 768. Teil, 769. Teil, 770. Teil, 771. Teil, 772. Teil, 773. Teil, 774. Teil, 775. Teil, 776. Teil, 777. Teil, 778. Teil, 779. Teil, 780. Teil, 781. Teil, 782. Teil, 783. Teil, 784. Teil, 785. Teil, 786. Teil, 787. Teil, 788. Teil, 789. Teil, 790. Teil, 791. Teil, 792. Teil, 793. Teil, 794. Teil, 795. Teil, 796. Teil, 797. Teil, 798. Teil, 799. Teil, 800. Teil, 801. Teil, 802. Teil, 803. Teil, 804. Teil, 805. Teil, 806. Teil, 807. Teil, 808. Teil, 809. Teil, 810. Teil, 811. Teil, 812. Teil, 813. Teil, 814. Teil, 815. Teil, 816. Teil, 817. Teil, 818. Teil, 819. Teil, 820. Teil, 821. Teil, 822. Teil, 823. Teil, 824. Teil, 825. Teil, 826. Teil, 827. Teil, 828. Teil, 829. Teil, 830. Teil, 831. Teil, 832. Teil, 833. Teil, 834. Teil, 835. Teil, 836. Teil, 837. Teil, 838. Teil, 839. Teil, 840. Teil, 841. Teil, 842. Teil, 843. Teil, 844. Teil, 845. Teil, 846. Teil, 847. Teil, 848. Teil, 849. Teil, 850. Teil, 851. Teil, 852. Teil, 853. Teil, 854. Teil, 855. Teil, 856. Teil, 857. Teil, 858. Teil, 859. Teil, 860. Teil, 861. Teil, 862. Teil, 863. Teil, 864. Teil, 865. Teil, 866. Teil, 867. Teil, 868. Teil, 869. Teil, 870. Teil, 871. Teil, 872. Teil, 873. Teil, 874. Teil, 875. Teil, 876. Teil, 877. Teil, 878. Teil, 879. Teil, 880. Teil, 881. Teil, 882. Teil, 883. Teil, 884. Teil, 885. Teil, 886. Teil, 887. Teil, 888. Teil, 889. Teil, 890. Teil, 891. Teil, 892